Münster.1929.№ 576 Jur. Diss

Die Argumente der politischen Parteien im Kampf um die Regelung der neuen deutschen Außenhandelspolitik

---

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Würde eines Doktors

der

wirtschaftlichen Staatswissenschaften einer hohen Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Universität zu **Münster** i. W.

vorgelegt von

GERHARD HOLLAND
Dipl.-Volkswirt
aus Berlin

---

1 * 9 * 2 * 9

Referent: Prof. Fr. Hoffmann

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meinen Freunden
Kurt und Margarete Kowalewski

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546201_0076

Inhaltsangabe

7— 9 I. **Handelspolitische Ideenströmungen und Tatsachen der Nachkriegszeit.**

9—34 II. **Außenhandelsgrundsätze der deutschen Parteiideologien.**

9—18 1. Der Grundsatz der Selbstversorgung.

18—27 2. Der Grundsatz der aktiven Handelsbilanzgestaltung.

27—34 3. Der Grundsatz der inneren Marktstärkung.

35—64 III. **Die Stellung der Parteien zu den einzelnen Wirtschaftszweigen.**

35—54 1. Die Stellung zur Landwirtschaft.

35—42 a) Die Stellung zum Kornzollproblem.

42—45 b) Die Stellung zur landwirtschaftlichen Solidarität.

45—49 c) Die Stellung zur Stabilisierung der Wirtschaftsführung.

49—54 d) Die Stellung zum Agrarkapitalismus.

54—64 2. Die Stellung zur Industrie.

54—57 a) Die Stellung zum Gleichgewichtsproblem der Wirtschaftszweige.

57—58 b) Die Stellung zum Industrieschutzproblem.

58—61 c) Die Stellung zur industriellen Solidarität.

62—64 d) Die Stellung zum Organisationsproblem.

64—67 IV. **Die Stellung der Parteien zum Problem des Kampfzollsystems.**

I.

Handelspolitische Tatsachen und Ideenströmungen der Nachkriegszeit

Der 10. Januar 1925 gab dem Deutschen Reiche die Freiheit zur Ordnung seiner handelspolitischen Angelegenheiten zurück. Die Aufgabe bestand darin, den handelspolitischen Anschluß an die übrigen Volkswirtschaften wiederherzustellen, nachdem die internationalen Beziehungen während einer Zeit von mehr als 10 Jahren zum Teil vollständig unterbrochen gewesen waren, zum Teil ihre Wiederausgestaltung für Deutschland durch den Versailler Vertrag erschwert war. Die Vorkriegshandelspolitik hatte den Versuch dargestellt, die Schutzinteressen einerseits und die Exportinteressen andererseits in dem Kompromiß eines langfristigen Vertragssystems gegeneinander auszugleichen. Ob und in welchem Maße das geglückt ist, braucht hier nicht erörtert zu werden. Die neue Lage glich der eben dargestellten insofern, als auch jetzt wieder Schutzinteressen geltend gemacht wurden; aber zugleich trat als besonderes Merkmal der veränderten Lage die Forderung nach einer möglichst freiheitlichen Gestaltung der Außenhandelsbeziehungen hervor. Welche Handelspolitik war unter diesen Umständen einzuschlagen: war eine einfache Fortsetzung der alten Vorkriegshandelspolitik richtig, oder galt es angesichts der veränderten politischen und wirtschaftlichen Lage andere Bahnen zu gehen?

Die rechtsformale Lage war so, daß der alte Bülowtarif der Vorkriegszeit, der den Solidarschutz von Industrie und Landwirtschaft anstrebte, de iure noch in Geltung war. De facto war seine Einheitlichkeit gestört, einerseits durch die 1914 mit Beginn des Krieges erfolgte Aufhebung der Agrarzölle, andrerseits durch die Erhöhungen eines erheblichen Teiles der industriellen Tarifpositionen im Jahre 1922; von den ca. 900 Tarifpositionen hatten rund 300 eine zum Teil ganz ansehnliche Abänderung nach oben erfahren[1]). Zudem hatten viele Industrieprodukte einen ausgesprochenen Schutz durch die zahlreichen Einfuhrverbote zu verzeichnen, die „im Interesse der Aktivierung der Handelsbilanz" erlassen waren, während andrerseits die Agrarprodukte hauptsächlich aus sozialpolitischen Gründen „zur Sicherstellung der Volksernährung" mit Exportverboten belegt waren. Alle Maßnahmen trugen deutlich den Charakter von Notbehelfen in der außergewöhnlichen Zeit des Krieges und der Inflation, die auch handelspolitisch außergewöhnliche Mittel erfordern sollte und entschuldigen mußte. Es war daher nach der Wiederkehr „normaler Zeiten" für die Regierung und den Reichstag notwendig, sich der

[1]) Nach der Darstellung von Harms: Zukunft der deutschen Handelspolitik S. 73.

Neuregelung der Handelspolitik zuzuwenden. Ein Versuch der Regierung und ihrer Parteien, nämlich der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, bereits im Jahre 1924 durch die „kleine Zollvorlage" die Agrarzölle wiedereinzuführen, scheiterte an der ablehnenden Haltung der Mehrheit des Reichstages. Die eigentliche Periode der neuen deutschen Handelspolitik wird erst eingeleitet durch die Annahme der „kleinen Zolltarifnovelle" im August 1925, die wiederum die Einsetzung von Agrarzöllen, sowie eine Neuregelung — in der Hauptsache eine Erhöhung — der Industriezölle zum Inhalt hatte. Wie von keiner Seite bestritten wird, ist die neue deutsche Handelspolitik, ebenso wie die der Vorkriegszeit, protektionistisch orientiert; sie ist bewußt geleitet von dem Gedanken eines weitgehenden „Schutzes der nationalen Arbeit". Die Träger dieser Politik waren die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum, als die damaligen Regierungsparteien, sowie die Bayerische Volkspartei, die Deutschvölkische Freiheitspartei und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei[2]). Ablehnend standen die Deutschdemokratische Partei, die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei[3]) der Neuregelung der Handelspolitik gegenüber. Sie vertraten eine möglichst freiheitliche Gestaltung der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen.

Unsere Aufgabe soll es sein, zu untersuchen, welche Probleme für die Parteien bei ihrer handelspolitischen Stellungnahme bestanden haben, und mit welchen Argumenten sie ihren Standpunkt zu begründen suchten.

Bevor hierauf im einzelnen eingegangen wird, sei ein kurzer Überblick über die handelspolitische Argumentationsmöglichkeit nach dem Kriege gegeben.

In wirtschaftlicher Hinsicht wird von den Anhängern des Protektionismus argumentiert, daß die während des Krieges aus Gründen nationaler Verteidigung stark erweiterte Industrie einen Schutz gegen die ausländische Konkurrenz nötig habe, wenn sie in gleichem Ausmaße erhalten werden solle. Das wirtschaftlich stärkere Ausland werde insbesondere versuchen, durch Unterkostenpreisdumping die Entwicklung der Industrie zu beeinträchtigen, um sich die eigene Vormachtsstellung auf dem Weltmarkt zu bewahren. — Auch die zerrütteten Währungen scheinen wie ein „Valuta"-dumping zu wirken, gegen das zum Schutze der eigenen Produktion Abwehrmaßnahmen notwendig sind.

Ein weiteres Argument des Protektionismus ist das „soziale Dumping", das Unterbieten durch längere Arbeitszeit und niedrigeren Lohn im Ausland. Insbesondere beeinflußt dieses Argument die Einstellung der Arbeiterschaft, wie es aus der handelspolitischen Stellungnahme der Arbeiterregierungen in England und Australien hervorgeht.

Nach einer anderen Richtung wird die Schutzbewegung gestützt durch die Notwendigkeit, die öffentlichen Einnahmen zu erhöhen. Es besteht zum Teil bei der Neueinführung von Zöllen

[2]) Soweit diese Parteien im Text fortan gemeinsam genannt werden, bezeichnen wir sie als die „Zollparteien".

[3]) Bei gemeinsamer Erörterung fortan als „Oppositionsparteien" bezeichnet.

die Nebenabsicht, durch die erhofften Mehreinnahmen den Staatshaushalt im Gleichgewicht zu halten. Der eigentliche Zweck der Zölle tritt hier zurück gegenüber dem fiskalischen Interesse, sich eine neue Einnahmequelle zu verschaffen.

Außer diesen wirtschaftlichen Gründen stärkt den Protektionismus das Bestehen einer politisch-nationalistischen Bewegung, die durch den Krieg verursacht ist. Sie hat die „autarke Nationalwirtschaft" zum Ziele, um in der Versorgung vom Ausland unabhängig zu werden.

Auf der andern Seite fordert die freihändlerische Richtung den Abbau aller handelspolitischer Beschränkungen. Sie erstrebt die „internationale Arbeitsteilung", durch die sie die Entwicklung jeder Volkswirtschaft gesichert hält.

II.

Außenhandelsgrundsätze der deutschen Parteiideologien

1. Der Grundsatz der Selbstversorgung.

Die geschilderten Argumentationsmöglichkeiten finden sich programmatisch ausgeprägt bei dem Streit der deutschen Parteien um die Ausrichtung der Handelspolitik. Es kämpfen zwei Bewegungen miteinander, die auf der einen Seite die internationale Arbeitsteilung, auf der andern Seite die wirtschaftliche Autarkie, die durch Schutzmaßnahmen zu sichernde unabhängige Nationalwirtschaft, zum Ziele haben. Beide Ideen haben die Handelspolitik stets wesentlich beeinflußt, der wirtschaftliche Liberalismus, wie er durch Adam Smith vertreten wird, und der Gedanke der Nationalwirtschaft des Friedrich List und der Romantiker. Je nach der Einstellung zu diesen Grundgedanken ist auch die Stellung der politischen Parteien im Kampf um die Bestimmung der Handelspolitik. Autarkie oder internationale Arbeitsteilung, Weltwirtschaft oder nationalwirtschaftliche Selbständigkeit, das sind die Gesichtspunkte, die die handelspolitischen Bestrebungen der Parteien leiten.

Wodurch sind die protektionistischen Bestrebungen, die in der Forderung der nationalwirtschaftlichen Unabhängigkeit ihren vollkommensten Ausdruck finden, bedingt, und stehen die Schutzzollparteien grundsätzlich auf dem Standpunkt der Autarkie, oder ist ihre protektionistische derzeitige Handelspolitik nur durch opportunistische Gründe bestimmt?

Der Leitsatz der Deutschnationalen Volkspartei, der nach ihrer Ansicht alle Politik zu bestimmen hat, ist die Machtentfaltung der Nation. Ihr hat sich die Wirtschaft als sekundär unterzuordnen. Die äußere Macht scheint nur gesichert bei autarker Wirtschaftsform; also muß es das Ziel sein, sie vermittels der Handelspolitik durchzusetzen. Je mehr der Staat in seiner Versorgung vom Ausland unabhängig ist, um so eher wird es ihm gelingen, seine äußere Stellung den andern Völkern gegenüber zur Geltung zu bringen und sie ihnen gegenüber zu wahren. Der Krieg ist die ultima ratio, vor der nicht zurückgeschreckt werden darf, wenn es darauf ankommt, Macht und Ansehen des Staates

durchzusetzen oder zu verteidigen. Gerade der Weltkrieg hat bewiesen, daß das nur möglich ist, wenn die Volkswirtschaft im wesentlichen autark ist; denn Deutschland ist nicht militärisch geschlagen worden, seine Niederlage ist lediglich eine Folge der mangelnden Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen. Daher muß es Aufgabe der Handelspolitik sein, diesem Nachteil abzuhelfen. Wohl sind sich die Deutschnationalen der Unmöglichkeit einer vollkommenen deutschen Autarkie bewußt, wenigstens soweit die industrielle Versorgung in Frage steht, aber sie wollen doch alles, was sich nur irgend erhalten läßt, oder was in der eigenen Volkswirtschaft hergestellt werden kann, durch Zölle oder sonstige handelspolitische Maßnahmen schützen, um ihrem Ideal der autarken Nationalwirtschaft so nahe wie möglich zu kommen. Daß durch die Beschränkung der zwischenstaatlichen Beziehungen auch eine Beschränkung der materiellen Produktivität bedingt ist, braucht nicht bestritten zu werden; nicht die reichlichste Güterversorgung ist zu erstreben, sondern über dem Individuum steht die Gesamtheit, die Nation und deren Entwicklung, die nur gesichert erscheinen bei dem Vorhandensein politischer Macht und bei wirtschaftlicher Autarkie als deren Voraussetzung. Die produktiven Kräfte der Volkswirtschaft kommen bei Freiheit der Wirtschaft nicht alle in gleicher Weise zur Entfaltung. Daher gilt es um der Gesamtheit, um der Nation willen, die individuelle Freiheit zu beschränken, ohne daß dabei der Persönlichkeit des Einzelnen zu nahe getreten werden soll. Daher muß das Individuum getragen sein von dem Bewußtsein seiner Verantwortung gegenüber der Gesamtheit; die Schicksalsverbundenheit aller Volksgenossen gilt es in den Vordergrund zu stellen. Diese Schicksalsverbundenheit erfordert den Schutz in der Handelspolitik; er verwirklicht die Eingliederung des Individuums in die Gesamtheit. Die schrankenlose Freiheit dagegen bedeutet den Primat des Egoismus über den Solidarismus, sie bedeutet letzten Endes Atomismus, einen Zerfall der Volkheit, die den Bestand der Nation gefährdet. So muß Wirtschaftspolitik Dienst an der Gesamtheit sein; die Gesamtheit kann nur bei Schutzpolitik gefördert werden, die auch unter Beschränkung des Einzelnen durchgesetzt werden muß. Das große Ziel der Handelspolitik ist die nationalwirtschaftliche Selbständigkeit; erst durch deren Verwirklichung ist der Bestand der Nation gesichert, dann erst wird es möglich sein, die politische Unabhängigkeit allen Angriffen gegenüber zu wahren.

Für das Zentrum kann die Entscheidung Autarkie oder Einflechtung in die Weltwirtschaft durch internationale Arbeitsteilung für die Richtung der Handelspolitik nicht in Frage kommen. Das Ziel der Zentrumspolitik ist nicht machtpolitisch bedingt, nicht der Staatsgedanke steht an erster Stelle, sondern der Gottesgedanke. Über dem Staat steht das Göttliche; wirtschaftlich findet das seinen Ausdruck in einem ethischen Solidarismus, der die durch die Gemeinschaft des Christentums miteinander verbundenen Volksgenossen beherrschen soll. Dem Staat steht nur die Aufgabe zu, diesen Solidarismus in die Tat umzusetzen; er ist nur das Mittel, nicht der Zweck. Durch die ewige und unwandelbare Idee des Göttlichen ist auch das Wirtschafts-

leben bestimmt. Das Wohl des Einzelnen hat zurückzutreten gegenüber dem Gesamtwohl. Der Einzelne ist für die Entwicklung der Gesamtheit mit verantwortlich, für ihn gilt das caritative Prinzip, das Prinzip der christlichen Nächstenliebe, wie es im Solidarismus seinen Ausdruck finden soll. So kann für die Handelspolitik nicht der Gedanke des Machtstaates bestimmend sein und damit auch nicht die Autarkie als Form der Volkswirtschaft an sich, wie andrerseits der Solidarismus auch nicht eine internationale Arbeitsteilung, ein enges Verflochtensein mit der Weltwirtschaft und eine Abhängigkeit von ihr bedingt. Der ethische Solidarismus bestimmt die Richtung der Handelspolitik lediglich nach den gegebenen Umständen, um das Gesamtwohl der Volksgenossen zu fördern. Die wirtschaftliche Überlegenheit der fremden Volkswirtschaften, die eine Folge des verlorenen Krieges ist, macht es nach Ansicht des Zentrums erforderlich, daß die Außenhandelspolitik protektionistisch eingestellt wird, um einen großen Teil der Volksgenossen vor dem sonst drohenden Untergang zu bewahren. Es ist sicher, daß der übrigen Bevölkerung dadurch Lasten auferlegt werden, die bei Freiheit der Außenhandelsbeziehungen fortfallen würden. Aber der Solidarismus der Volksgenossen wird nur verwirklicht, wenn die Berufszweige für einander eintreten, und aus diesem Grunde ist es notwendig, daß die Belastung von allen übernommen wird. Um nicht die im Verhältnis zum Ausland wirtschaftlich schwächeren Berufszweige zu vernichten, muß der Autarkie zugestrebt werden, auch wenn dadurch andere Teile der Bevölkerung benachteiligt werden; denn nur bei Gedeihen aller Berufsstände wird die durch den Krieg zurückgebliebene deutsche Volkswirtschaft einen wirtschaftlichen Aufschwung nehmen. Über dem Wohle des Einzelnen hat das Gesamtwohl zu stehen, und das Gesamtwohl bedingt die Erhaltung der zur Zeit bei freiheitlichen Außenhandelsbeziehungen dem Untergang preisgegebenen Berufszweige.

Die Deutsche Volkspartei bekennt sich als Nachfolgerin der alten Nationalliberalen Partei auch zu deren Grundsätzen; mithin sucht sie Nationalismus und Liberalismus zu vereinigen, die von den Deutschnationalen für unvereinbare Gegensätze gehalten werden. Der Gedanke der Autarkie kann daher die Handelspolitik der Volkspartei als der Vertreterin eines wirtschaftlichen Liberalismus grundsätzlich nicht beeinflussen; denn der Begriff des Liberalismus schließt das Ziel einer freiheitlichen Gestaltung der Außenhandelsbeziehungen in sich ein. Dieser Zustand ist auch das Ideal, das zu erstreben wäre, wenn es im Einklang mit dem ungeschmälerten Bestande der Nation herbeigeführt werden könnte. Über dem Postulat des Liberalismus hat aber der Gedanke der Nation zu stehen; an der Sicherung ihrer Entwicklung findet der Liberalismus seine Grenze. Insbesondere läßt sich ein Liberalismus nur verwirklichen, wenn er in aller Welt die Politik beherrscht. Das ist in der Gegenwart aber nicht der Fall; im Gegenteil, er findet überall Ablehnung. Daher kann es auch für das durch den verlorenen Krieg geschwächte Deutschland unmöglich sein, allein eine liberale Handelspolitik zu betreiben, wenn es sich nicht selbst seinen Untergang bereiten will. Ein nationaler Liberalismus kann zur Zeit nicht seine extremen Ideale in die

Tat umsetzen; die Gefahr um den Bestand der Nation weist andere Wege der Politik. Liberalismus kann sich nur eine Volkswirtschaft leisten, die nach innen und außen gefestigt ist, der es möglich ist, auch andere Volkswirtschaften zu beeinflussen, ihre Politik liberal zu gestalten. Gewiß ist die internationale Arbeitsteilung ein Ideal, aber durch ihre Herbeiführung darf nicht die Selbständigkeit des eigenen Volkes in Gefahr gebracht werden, da nicht daran zu denken ist, daß wirklicher und dauernder Friede in der Welt herrschen wird. Solange diese Sicherheit nicht besteht — und sie besteht nach Meinung der Deutschen Volkspartei weniger denn je — ist es nicht denkbar, an eine Entwicklung zu glauben, die in einer politischen oder auch nur wirtschaftlichen Vereinigung der Staaten der Welt oder Europas ihren Ausgang finden würde. So wird die Handelspolitik, die auf Erhaltung der Selbständigkeit der Nation gerichtet ist, von der tatsächlichen Lage der Volkswirtschaft beeinflußt sein müssen; und sie läßt es zur Zeit nicht zu, freiheitliche Wege zu beschreiten. Die verworrenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse gebieten es, daß die Volkswirtschaft soweit als möglich auf sich selbst gestellt wird, um ihr ihre politische Unabhängigkeit zu bewahren. Daher gilt es aus den Zeitverhältnissen heraus, die nationalwirtschaftliche Autarkie in weitem Maße herzustellen, eine Forderung, die nur durchgeführt werden kann bei einer protektionistischen Handelspolitik.

Wenn nunmehr der Kampf der Parteien um die protektionistische Ausrichtung der deutschen Handelspolitik der Erörterung unterzogen werden soll, so muß hierbei geschieden werden die Frage der industriellen Autarkie und die Frage der agraren „Nahrungsfreiheit". Über die Unmöglichkeit der industriellen Autarkie ist man sich auch im schutzzöllnerischen Lager nicht im Unklaren. Alle Parteien sind sich bewußt, daß insbesondere nach den durch den unglücklichen Ausgang des Krieges bedingten geographischen Veränderungen eine Unabhängigkeit der deutschen Industrie von ausländischen Rohstoffen nicht vorhanden ist und auch nicht geschaffen werden kann. Die Zollparteien aber wollen diese Grundlagen, soweit sie vorhanden sind — es handelt sich im besonderen um die eisenschaffende Industrie —, schützen und glauben zu diesem Zwecke nicht des Zolles entbehren zu können. Nach wie vor halten sie die Schwerindustrie für das Rückgrat der deutschen Industrie überhaupt, die besondere Pflege nötig hat und nicht ohne weiteres dem Wettbewerb des stärkeren Weltmarktes ausgesetzt werden darf[4]).

Demgegenüber betonen die Oppostionsparteien, daß eine Wandlung in der Wirtschaftsstruktur Deutschlands eingetreten sei; die Schwerindustrie habe ihre führende Rolle ausgespielt, das Schwergewicht sei auf die verarbeitende Industrie übergegangen. Die Gründe hierfür liegen in dem Verlust wichtiger Rohstoffgebiete durch den Friedensvertrag, dem Zwang zur Ausfuhr von Fertig-

[4]) Dessauer Z.: „Die Schwerindustrie . . . muß erhalten werden, damit sie einen möglichst großen Teil des deutschen Bedarfes versorgt."
Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 25/87.
Vgl. auch: Erkl. d. Reg.-Part. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4267).
Rippel DN. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4291).

fabrikaten und der damit verbundenen Notwendigkeit des billigen Importes der fehlenden Rohstoffe. Zudem würden in der verarbeitenden Industrie weit mehr Menschen beschäftigt als in den Rohstoffindustrien, sodaß sie auch aus diesem Grunde in den Vordergrund zu treten habe[5]). Die Richtigkeit dieser Gedanken ist auch auf der Gegenseite erkannt, wie aus den verschiedenen Reden bei der Erörterung der kleinen Zollvorlage hervorgeht: so sagt z. B. der volksparteiliche Abgeordnete Schneider: „. . . soweit wir uns aber entscheiden müssen zwischen Fertigfabrikation und Halbfabrikaten, glaube ich, daß man sich angesichts des Standes der deutschen Wirtschaft im allgemeinen für das Fertigfabrikat und namentlich für das zur Ausfuhr bestimmte Fertigfabrikat wird entscheiden müssen; denn die Förderung der Ausfuhr, um die passive Handelsbilanz zu beseitigen und um den Reparationsverpflichtungen nachzukommen, ist doch wohl ein Ziel der deutschen Volkswirtschaft, das an erster Stelle steht"[6]). Doch tatsächlich hat man sich für den Schutzzoll auch auf Rohstoffe und Halbfabrikate entschieden, um die Schwerindustrie zu stärken; denn „. . . die Schwerindustrie, durch das politische Schicksal gehemmt, muß erhalten werden"[7]). Der Beweggrund ist in nationalwirtschaftlichen Gedankengängen zu suchen, die das Übergewicht dieses wichtigen Produktionszweiges für gerechtfertigt halten, auch wenn die privatwirtschaftliche Rentabilität nicht mehr gesichert erscheint.

Bei der Frage der landwirtschaftlichen Autarkie wogt der Streit unter den Parteien am heftigsten, und hier liegt vielleicht der Brennpunkt des ganzen handelspolitischen Kampfes. Die eine Seite hält auf ihrem rechten Flügel die Autarkie, die „Nahrungsfreiheit", für greifbar nahe und läßt sie nur die Frage eines verhältnismäßig kurzfristigen „Erziehungszolles" sein, während die andere Seite sie kurz als Utopie abtut. Bei dem Bestreben der Zollparteien nach Nahrungsfreiheit sind zwei Motive maßgebend; das eine ist wirtschaftlicher Art, während das andere aus nationalpolitischer Ideologie entstanden ist. Das wirtschaftliche Argument wird im Zusammenhang mit dem Problem der Passivität der deutschen Handelsbilanz gebracht. Die Handelsbilanz zeigt auf der Einfuhrseite ein Miliardendefizit für den Posten „Lebensmittel und Getränke" auf, Summen, die etwa dem Gesamtpassivsaldo entsprechen. Es liegt daher nahe, daß seitens der Landwirtschaft auf diesen Posten hingewiesen wird, durch dessen Erzeugung im Inland der Ausgleich der passiven Bilanz hergestellt würde. „Gelingt das (die agrarische Produktion zu steigern), so ist nicht nur die Ernährungsmöglichkeit im eigenen Lande gesichert, sondern ist auch erreicht, daß ein sehr starker Passivposten in unserer Handelsbilanz ausgeglichen ist"[8]). Besonders

[5]) Hilferding SP.: „Die Wirtschaftspolitik von heute . . . verlangt eine Handelspolitik, die alles tut, um die Veredelungsindustrien . . . gegenüber den Rohstoffindustrien zu stärken" (Dt. RT. III. Wpr. Bg. 387 S. 4261).
Vgl. auch Mayer DD. (Dt. III. Wpr. Bd. 387 S. 4339).
[6]) Schneider, DV. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 St. 2591).
[7]) Dessauer, Z., (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2587).
[8]) Thomsen, DN. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2584).
Vgl. auch Horlacher BV. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2604).
Hepp DV. (Dt. RT. II. Wpr. Bd. 383 S. 383).

verwiesen wird auch auf die Bedeutung der Nahrungsfreiheit für die Aufrechterhaltung der deutschen Währung; die hemmungslose Einfuhr von Lebensmitteln bedeute eine große Schwierigkeit für die Beschaffung von Devisen, die fast ausschließlich durch den Industrieexport bereit gestellt werden müßten, und bilde so ein ständiges Gefahrmoment für die Valuta, deren Stabilität bei diesem Zustand nicht gesichert sei. Hier müsse und könne eine durch Zölle intensivierte Landwirtschaft eintreten und die Sorge um die Beschaffung der zur Bezahlung der importierten Lebensmittel benötigten Devisen überflüssig machen[9]).

Ohne daß an dieser Stelle auf Einzelheiten eingegangen werden soll, ist festzustellen, daß fast alle führenden Wissenschaftler der Landwirtschaft eine Intensivierung des Landbaues bis zur Erreichung der Nahrungsfreiheit in technischer Hinsicht für möglich halten, trotz des Verlustes der landwirtschaftlichen Überschußprovinzen durch den Versailler Friedensvertrag; allerdings liegt nach dieser Ansicht das Ziel noch in weiter Ferne und es ist fraglich, ob es zur Zeit wirtschaftlich überhaupt zu erreichen ist[10]). Daß aber diese Wissenschaftler fast geschlossen die Kornzölle ablehnen und lediglich ein Schutzbedürfnis der Viehwirtschaft anerkennen, wird in diesem Zusammenhang nicht weiter von den Parteien in Betracht gezogen und als leere Theorie abgetan. Die wirtschaftspolitischen Führer der Landwirtschaft dagegen sind auch von der wirtschaftlichen Möglichkeit überzeugt, wie es aus den Resolutionen des deutschen Landwirtschaftsrates, der Spitzenorganisation der deutschen Landwirtschaft, zu ersehen ist[11]), und vertreten auch diese Ansicht mit Erfolg durch die ihnen nahestehenden Parteien. „Das nationale Schutzzollsystem will die Auslandszufuhr nur in soweit regulieren, als das Inland absolut nicht imstande ist, diese Produktion aufzubringen“[12]). Das Mittel dazu soll der Zoll bilden, der sich auf alle Produktionsarten zu erstrecken hat, soweit nur irgendeine Aussicht besteht, darin die Unabhängigkeit zu erreichen.

Glaubt man so eine Unabhängigkeit mit wirtschaftlichen Argumenten beweisen zu können, so geht man doch wohl mit der Annahme nicht fehl, daß die Wurzel dieser Ideologie auf politischem Gebiete liegt. Es ist das Ideal des autarken Nationalstaates, der im Falle eines Krieges unabhängig von der Versorgung mit Lebensmitteln durch fremde Länder dasteht. Hatte man dieses Ziel auch schon vor dem Kriege angestrebt, und suchte es durch den Schutzzoll Wirklichkeit werden zu lassen, so gab der unglückliche Ausgang des Krieges erneut Anlaß zur Aufrollung dieser Frage. Deutschland sei nicht im Felde geschlagen worden, sondern Schuld an seiner Niederlage habe lediglich die Aushungerung, die durch eine zielbewußtere, die Gesamtproduktion der Landwirtschaft umfassende Schutzpolitik vor dem Kriege sich hätte vermeiden lassen. Bei allen Äußerungen, die für die land-

[9]) Horlacher BV.: „Unsere deutsche Landwirtschaft muß in den Stand gesetzt werden, gegenüber dem Ausland Devisen zu ersparen . . .“ (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2604).

Vgl. auch Hepp DV. (Dt. RT. II. Wpr. Bd. 383 S. 383).

[10]) Sering, Aeroboe, Skalweit a. a. O.

[11]) Tagungsberichte des DLR. 1924/27.

[12]) Horlacher BV. (Dt. RT. II. Wpr. Bd. 383 S. 2603).

wirtschaftliche Autarkie getan werden, klingt dieser Gedanke durch, wenngleich er meist mit wirtschaftlichen Argumenten verbrämt wird. Die Nahrungsfreiheit soll der erste Schritt zur politischen Freiheit sein, der es ermöglichen werde, Deutschland seine alte Stellung in der Welt wieder zu geben. Ebenso kann hier wieder auf die Verhandlungen des Deutschen Landwirtschaftsrates verwiesen werden, in denen der nationale Gedanke als Argument für eine Schutzzollpolitik zur Erreichung der Nahrungsfreiheit gleichfalls benutzt wird. „Wer sich selbst nicht auf heimatlichem Boden erhalten und ernähren kann und vom Zuschuß des Auslandes in unerträglichem Maße abhängig ist, der wird auch in der Weltgeschichte keine Rolle spielen. Wir müssen uns unserer Haut selbst wehren, und deswegen bedeutet eine nationale Wirtschaftspolitik gleichzeitig eine Sicherungspolitik des deutschen Volkes in der Zukunft“[13]). „Darum ist das Wort Nahrungsfreiheit heute kein Schlagwort mehr, sondern ein Programmpunkt einer verständigen Wirtschaftspolitik, eine eminent große Bedeutung in sich fassend. Ein Volk, das über so wenig Zahlungsmittel verfügt, das so wenig Kredit im Ausland hat, kann es sich auf die Dauer nicht leisten, einen großen Teil seiner Lebensmittel aus dem Ausland einzuführen, sondern das Ziel muß sein, die eigene Produktion im Innern so zu heben, daß die wirtschaftliche — und ich gehe weiter — die nationale Freiheit damit wiedergegeben wird. Das ist das Ziel der deutschen Agrarpolitik nicht nur in bezug auf die innere deutsche Ernährung, keine rein wirtschaftliche Frage, sondern die bedeutendste politische und nationale Frage der Gegenwart“[14]).

Von den Gegnern der Zollvorlage wird ernstlich bezweifelt, daß die Intensivierung der Landwirtschaft bis zur agraren Autarkie im Bereiche der Möglichkeit liegt. Doch kann für sie diese Frage nicht weiter von Bedeutung sein; denn in jedem Falle bleibe die Nahrungsfreiheit ein Experiment, das für die geschwächte deutsche Volkswirtschaft nicht tragbar sei. Im Vordergrunde aller Wirtschaftspolitik muß nach ihrer Auffassung das Bestreben stehen, billig produzieren zu können. Zölle, auch zur Intensivierung der Landwirtschaft, verteuerten in jedem Fall die Lebensmittel und verringerten die Aussicht auf Export durch billigere Preise. Schon vor dem Kriege sei es nicht gelungen, durch die damalige Schutzpolitik, die erhebliche Opfer von der Volkswirtschaft verlangt habe, und die nur durch die glänzende Entwicklung der deutschen Industrie tragbar gewesen sei, auch nur einigermaßen die Nahrungsfreiheit zu erreichen, wofür der Krieg das treffende Beispiel biete. Um wieviel weniger sei es daher jetzt möglich, nach dem Verlust so wichtiger Agrargebiete wie Posen und Westpreußen. — „In der Vorkriegszeit haben Sie (die Zollparteien) nicht verhindern können, daß von Jahr zu Jahr eine immer größere Zahl von deutschen Einwohnern mit fremdem Getreide ernährt werden mußte; dieses Verhältnis ist noch ungünstiger geworden. Während im Jahre 1912, abgesehen von allen anderen Lebensmitteln, 5 Millionen Deutsche von fremdem Ge-

[13]) Horlacher BV. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2603).
[14]) Hepp DV. (Dt. RT. II. Wpr. Bd. 383 S. 382).
Vgl. Rippel DN. (Dt. RT. II. Wpr. Bd. 387 S. 4289).

treide ernährt wurden, sind im letzten Jahre über 12 Millionen Einwohner mit ausländischem Getreide ernährt worden“[15]). Dabei wird von Demokraten und Sozialdemokraten durchaus nicht bestritten, daß die Nahrungsfreiheit unter den heutigen Umständen sehr viel Vorteile für die deutsche Volkswirtschaft hätte, nur ließe sie sich aus den erörterten Gründen nicht in die Tat umsetzen. Selbst die Gefahr der Abhängigkeit in der Nahrungsversorgung von den politischen und wirtschaftlichen Störungen des Weltmarkts wird zugegeben; aber das Opfer, um diese Gefahr zu beseitigen, sei zu groß, als daß man es heute auf sich nehmen könne. Außerdem, und hier liegt wohl der Hauptpunkt für die Ablehnung der vorgeschlagenen agraren Zollpolitik, gehe die Vorlage mehr oder weniger nur darauf hinaus, die Unabhängigkeit auf dem Gebiete des Getreidebaues zu sichern, sodaß der Zollschutz nur, wie für die Oppositionsparteien feststeht, dem Großgrundbesitz zu gute komme. Die beste Zukunftssicherung sei aber bei dem Fehlen von Getreidezöllen gegeben, denn dabei würde sich unzweifelhaft eine Vermehrung der bäuerlichen Viehwirtschaft einstellen; hier erklären sich diese Parteien dann auch bereit, Zollkonzessionen zu machen[16]).

Stehen die Demokratische und Sozialdemokratische Partei der durch Zölle bewirkten Autarkie ablehnend gegenüber, so gilt es nunmehr, ihre positive Stellungnahme über die Außenhandelsbeziehungen der Länder untereinander darzulegen. Es ist das Ziel einer wirtschaftlichen Verständigung der Welt und zunächst einer wirtschaftlichen Verständigung der Staaten Europas. Die demokratische Ideologie sieht dabei mehr auf die wirtschaftlichen Beziehung, wie sie in dem Gedanken einer europäischen Zollunion ihren Niederschlag findet, während die sozialdemokratische Auffassung noch einen Schritt weiter auf das Gebiet der reinen Politik hinüber geht und als Ziel in weiter Ferne den Gedanken der Vereinigten Staaten von Europa zur Verwirklichung zu bringen sucht. Doch folgt sie aus Gründen praktischer Politik zunächst dem demokratischen Ziele. Nur so, wenn alle hemmenden Schranken zwischen den Staaten untereinander fielen, würden die produktiven Kräfte zur wirtschaftlichen Entfaltung gelangen. Das heiße aber, in jeder Beziehung eine freiheitlich eingestellte Handelspolitik betreiben zu müssen, wenn man nicht auf die alte wirtschaftliche Vormachtstellung Europas, die schon nicht mehr bestehe, oder zum mindesten stark im Wanken begriffen sei, auf ewig verzichten wolle. Gerade das wirtschaftliche Übergewicht, das die Vereinigten Staaten von Amerika ohne Zweifel im Laufe der Kriegszeit gewonnen hätten, müßte die wirtschaftliche Vernunft Europas wecken und eine Einigung im Bereiche des Mög-

[15]) Wissel SP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2579).
Vgl. Sender SP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2623).
Dietrich DD. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4275).
Wurm KP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4732).
Frhr. v. Richthofen DD. (Dt. RT. III Wpr. Bd. 387 S. 4732).

[16]) Wissel SP.: „Nicht die künftige Förderung des Getreidebaues ist die beste Zukunftssicherung, sondern die bei Fehlen des Zollschutzes sich . . . einstellende Vermehrung der Viehwirtschaft, die . . . eine Steigerung des Getreidebaues zur Folge haben wird.“ (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2579).
Vgl. auch Dietrich DD. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4276).

lichen erscheinen lassen. Drei Gedanken, so wird ausgeführt, gilt es dabei zur Erkenntnis zu bringen: Erstens: Die Abhängigkeit der europäischen Länder untereinander ist so stark, daß ihre Prosperität nur im Ganzen sich entwickeln kann. Zweitens: Ein Fortschreiten in der Kultur erfordert Vermehrung und Entwicklung der Produktion. Drittens: Die europäische Produktion kann technisch nur auf der Höhe gehalten werden, wenn eine hinreichende Spezialisierung nicht nur zwischen den verschiedenen Industrien, sondern auch zwischen den einzelnen Ländern eintritt, also ein ständig wechselnder gegenseitiger Warenaustausch, Wirtschaftsverflechtung und Zusammenarbeit sich durchsetzt[17]). — Diese auch im Ausland nicht fremden Gedankengänge haben insofern einen Erfolg aufzuweisen gehabt, als sie auf der Genfer Weltwirtschaftskonferenz allen Staaten als Richtlinien anempfohlen sind, ohne daß es allerdings bisher zu nennenswerten praktischen Erfolgen gekommen wäre. — Das Eintreten für eine zwischenstaatliche Arbeitsergänzung liegt zum großen Teil begründet in der pazifistischen Weltanschauung der Demokratischen und Sozialdemokratischen Partei. Es ist die Hoffnung, daß durch einen reibungslosen internationalen Wirtschaftsverkehr der Imperialismus zum Erliegen gebracht wird, wie sie schon in der manchesterlichen Devise „Good will, free trade, and peace among nations" zum Ausdruck kommt.

Der Gedanke einer europäischen Wirtschaftsverständigung ist auch den schutzzöllnerischen Parteien nicht fremd; hier sind es besonders die Deutsche Volkspartei auf Grund ihrer liberalen Wirtschaftsauffassung und das Zentrum mit seinem Ziele eines wirtschaftlichen Solidarismus, die sich mit ihm auseinandersetzen und die wirtschaftlichen Vorteile anerkennen. Doch unterscheidet sich ihre Auffassung von der der Demokratischen Parteien, daß diese die Zeit schon jetzt für gekommen halten, in welcher derartige Pläne in die Tat umgesetzt werden können, und daß Deutschland trotz seiner politischen Ohnmacht und trotz des Protektionismus der übrigen europäischen Staaten den Anstoß dazu geben und die Führung der Bewegung übernehmen könnte. Gerade dieser letztere Grund bestimmt Volkspartei und Zentrum, die europäische Zollunion vorläufig als für Deutschland unmöglich abzulehnen; isoliert könne Deutschland zur Zeit keinen Freihandel betreiben, ohne nicht seinem sicheren Untergang entgegenzueilen. Es wird der Vergleich gezogen zwischen dem Europa von heute und dem Deutschland vor der Gründung des Deutschen Zollvereins. Auch damals hätte ein Staat nicht für sich allein wagen können, freihändlerische Bahnen zu beschreiten; Preußen, das damals die Initiative übernahm, sei auch von einem gemäßigten, aber grundsätzlich schutzzöllnerisch eingestellten Tarif ausgegangen[18]).

Vollkommen abgelehnt wird der Gedanke einer wirtschaftlichen Zollunion von deutschvölkischer und nationalsozialistischer

[17]) Meyer DD. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2610 ff.).
Vgl. Wissel SP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2589).
Sender SP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2630).
Hilferding SP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4259).
Dietrich DD. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4277).
[18]) Schneider DV. (Dt. RT. III. Wpr. 386 S. 2589).
Vgl. auch Ehrhardt Z. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4295).

Seite. Für sie ist er eine Utopie, die nie verwirklicht werden kann; diese Parteien stehen auf dem Standpunkt des „absoluten Schutzes jeder nationalen Produktion“[19]).

Die Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei ist nicht klar zu erkennen, da die Ansichten von Industrie und Landwirtschaft in dieser Frage nicht ganz übereinstimmen. Die politisch-nationale Einstellung der Landwirtschaft im Verein mit vermeintlichen Berufsinteresse erklären es, daß sie sich gegen derartige Gedankengänge zur Wehr setzt, da sie in mehr oder minder geöffneten Grenzen den Anfang zu ihrem Ende und damit auch zum Ende der Selbständigkeit des Reiches zu erblicken pflegt. Die industriellen Kreise sind nicht ganz so ablehnend eingestellt; ihnen ist im Interesse des ungestörten Absatzes mehr an einer internationalen Verständigung gelegen. Doch soll die Verständigung auf Grund von privaten Vereinbarungen erfolgen in Form internationaler Kartelle, welche die Bestimmungen über Produktion und Absatz zu treffen haben, ohne daß dem Staat ein Aufsichtsrecht oder sonstige Befugnisse dabei zugestanden werden[20]). So wollen die Deutschnationalen also eine wirtschaftliche Verständigung lediglich durch private Abmachungen herbeiführen; die Partei ist grundsätzlich gegen jede überstaatlich gedachte Regelung des Außenhandelsverkehrs eingestellt.

Die Kommunistische Partei lehnt die Autarkie ab, da sie die Entwicklung der Produktivität behindere und nur machtpolitischen Zwecken des „bürgerlichen Staates“ dienen solle. Ebenso verwirft sie den Gedanken der Vereinigten Staaten von Europa, solange in den Ländern die heutige Gesellschaftsordnung besteht. Erst wenn die marxistische Forderung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Tatsache geworden ist, ist das Ideal der Kommunisten erfüllt, und erst dann wird es möglich sein, durch wahre Planwirtschaft die vollkommene internationale Arbeitsteilung zu schaffen, welche die Produktivkräfte zur vollen Entfaltung bringt[21]). Ehe dieser Zustand nicht verwirklicht wird, ist es die handelspolitische Aufgabe der Kommunistischen Partei, die billige Versorgung der Arbeiterklasse sicherzustellen, also den vollkommenen Freihandel zu fordern.

2. Der Grundsatz der aktiven Handelsbilanzgestaltung.

Der deutsche Außenhandel hat in der Vorkriegs- wie in der Nachkriegszeit eine passive Bilanz aufgewiesen. Gab dieser Zustand früher keinen Anlaß zu Besorgnissen, da der Passivität der Handelsbilanz eine aktive Zahlungsbilanz gegenüberstand, so hat sich die Lage nach dem Kriege geändert. Der größte Teil der Aktivposten aus der Zahlungsbilanz ist infolge des Krieges fortgefallen, sodaß die Bezahlung des passiven Saldos der Waren-

[19]) v. Graefe Dt.Völk. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4287).

[20]) Reichert DNVP.: Die Lebensbedingungen der deutschen Eisenindustrie. S. 25.

[21]) Rosenberg KP.: „Nur eine radikale Umwälzung der politischen Machtverhältnisse könnte eine solche Wirtschaftsverständigung . . . ermöglichen.“ (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2599).

bilanz zum großen Teil nur durch Aufnahme von ausländischen Krediten erfolgen konnte. Alle Parteien wandten dieser Erscheinung ihre Aufmerksamkeit zu und erblickten in einer längeren Dauer dieses Zustandes eine Gefahr für die deutsche Volkswirtschaft, die man durch handelspolitische Maßnahmen zu beseitigen versuchen müßte. Wenn auch in dem Ziel Einigkeit herrscht, so ist das keineswegs der Fall in der Wahl der geeigneten handelspolitischen Maßnahmen. Das Mittel zur Abhilfe wurde im Schutzzoll wieder von den die Regierungspolitik unterstützenden Parteien gesehen, die ihre Schutzzollforderungen gerade durch die Passivität der Handelsbilanz gerechtfertigt glaubten, während andererseits die Opposition ihre Stellungnahme mit dem gleichen Argument verteidigte.

Der Gedankengang zugunsten des Schutzzolls ist folgender:

Deutschland sei durch den Krieg und die Inflation in seiner technischen Entwicklung gegenüber dem Ausland zurückgeblieben und zudem durch politische Zahlungsverpflichtungen in wirtschaftlicher Hinsicht „vorbelastet", da die Produktion durch im Verhältnis zum Ausland höhere öffentliche Lasten verteuert werde. Abgesehen davon habe sich das Ausland mit Hochschutzzollmauern umgeben, die, selbst wenn an sich noch Konkurrenzmöglichkeit vorhanden wäre, den deutschen Waren den Zugang nach andern Ländern versperrten. Also könne die für den Inlandsbedarf arbeitende deutsche Produktion nicht mit dem Import des Auslandes und die für den Export arbeitende Produktion nicht mit der Produktion des Auslandes in Wettbewerb treten. Die Folgen des so immer weiter zunehmenden Imports und immer weiter abnehmenden Exports seien unübersehbar; denn einerseits bedeute es, daß die deutsche Wirtschaft dem Ausland verschuldet werde, daß also Deutschland schließlich mehr oder weniger der „Lohnsklave" der andern sei. Denn die Ausgleichsposten, die die ebenfalls passive deutsche Vorkriegshandelsbilanz zu einer aktiven Zahlungsbilanz machten, fehlten heute fast vollständig, sodaß im großen und ganzen der Begriff der Zahlungsbilanz und der Handelsbilanz als identisch anzusehen seien. Andererseits werde im Zusammenhang damit eine Gefährdung der deutschen Währung eintreten; denn die zunehmende Verschuldung werde sie zum Zusammenbruch bringen, da Deutschland seinen Verpflichtungen in Devisen, die der Export bereitzustellen hätte, nicht erfüllen könne wegen der Weigerung der übrigen Welt, die deutschen Waren herein zu lassen.

Wie kann hier nach Ansicht der Schutzzollparteien Abhilfe geschaffen werden? Zwei Wege kommen für sie in Frage, auf denen man der Passivität entgegentreten kann: einmal ist die Einfuhr zu beschränken und zum andern ist die Ausfuhr zu vermehren, bis das Gleichgewicht wieder hergestellt ist. Zunächst die Frage der Ausfuhrsteigerung, die von der Gegenseite so sehr in den Vordergrund gerückt würde. Wie groß muß überhaupt nach der Argumentation der Schutzzollanhänger der Export sein, wenn Deutschland dadurch seine Bilanz ausgleichen will? Den Ausgangspunkt für ihre Berechnung gibt die Vorkriegshandelsbilanz; sie habe sich auf ca. 10 Milliarden belaufen, die bei Berücksichtigung der Geldentwertung einen Gegenwartswert von

etwa 15 Milliarden darstelle[22]). Der Export müßte aber noch gesteigert werden um den Betrag der Reparationsleistungen, für die ein Gegenwert in Devisen aus der deutschen Zahlungsbilanz nur in unvollkommenem Maße vorhanden sei. Diese Beträge einbezogen, würde der künftige Export ca. 17 Milliarden betragen müssen. Nun komme aber hinzu, daß die notwendige Vermehrung der Ausfuhr, die nach der Wirtschaftsstruktur Deutschlands hauptsächlich in Fertigfabrikaten zu bestehen habe, eine Steigerung der Einfuhr von Rohstoffen voraussetze, für deren Bezahlung wieder Exportwaren hinausgesandt werden müßten. Alles in allem werde man die notwendigen Exportziffern somit auf ca. 24 Milliarden annehmen müssen. Ob es gelingt, eine derartige Steigerung der Ausfuhr zu erzielen, erscheint den Zollparteien zum mindesten zweifelhaft, zumal in der übrigen Welt der Wille fehle, die deutsche Ausfuhr aufzunehmen. Es sei aber auch für sie selbstverständlich, daß man, soweit als möglich, die Exportsteigerung zu versuchen habe[23]).

Wie sieht es nun nach der Ansicht der Schutzparteien mit dem anderen Wege, dem Wege der Importminderung, aus? Lassen sich da nennenswerte Einschränkungen vornehmen, die für den Ausgleich der Bilanz ins Gewicht fallen? Der Posten Rohstoffe und Halbfabrikate kommt ihrer Meinung nach dafür nicht in Frage, wie eben gezeigt wurde; im Gegenteil wird sogar eine Steigerung eintreten müssen. Der Schwerpunkt liegt für die Zollparteien unbedingt bei dem Posten Lebensmittel und Getränke einerseits und Fertigwaren andrerseits. Bei den Fertigwaren müsse besonders die Einfuhr von Luxusartikeln beschränkt werden, wofür auch soziale und nationale Gesichtspunkte von ihnen in Betracht gezogen werden: man brauche keine französischen Kosmetika, keine englischen Stoffe usw., wenn das Land verarmt ist und die Waren zum Teil nur dem Luxus dienen, also in Notzeiten überflüssig sind, zum Teil auch im Inlande hergestellt werden können. Den weitaus wichtigeren Posten erblicken sie aber in den „Getränken und Lebensmitteln", deren Saldo ein Milliardenminus aufweist. Besonders von landwirtschaftlicher Seite wird stets betont, daß es hier Aufgabe der deutschen Landwirtschaft sein müsse und könne, einen Ausgleich für diese Einfuhr zu schaffen, die eine bedeutende Ersparung von Devisen darstelle und somit eine Entlastung für den Export bringe, der sonst diese Devisen zu schaffen habe.

Die Voraussetzung, die Ersparnisse an diesen beiden Posten ermöglicht, ist für die genannten Parteien der Zollschutz[24]).

[22]) Vgl. Schneider DV.: „Sachverständigen-Gutachten und Handelspolitik." In „Dtsch. Stimmen" Jahrg. 37 Berlin 1925 S. 258 ff., von dem die folgende Berechnung aufgestellt ist.

[23]) Thomsen DN.: „Zunächst besteht doch nur sehr wenig Aussicht, die Ausfuhr unserer Industrieartikel auf den Status der Vorkriegszeit zu bringen, geschweige denn darüber hinaus zu bringen. . . . Gelingt (die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung), wird erreicht, daß ein sehr starker Passivposten in unserer Handelsbilanz . . . ausgeglichen wird." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2583/84).

Vgl. auch Reichskanzler Luther (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4257); ferner Ehrhardt Z. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4301).

[24]) Vgl. Anm. [9]) S. 14.

So ist den Schutzzollparteien die passive Bilanz „ein Symptom eines am Volksmark fressenden Übels“[25]), so „bedroht der ausländische Wettbewerb die deutsche Wirtschaft und droht sie zu ersticken“[26]). In diesem Sinne führte der Abgeordnete Perlitius im Namen der Regierungsparteien (DNVP., DV., Z.) am 8. August 1925 im Reichstage aus: „Die Zukunft der deutschen Wirtschaft und damit des deutschen Volkes überhaupt ist davon abhängig, daß die Fehlbeträge in unserer Bilanz, deren Höhe im wesentlichen dem Einfuhrbedarf an Lebensmitteln entspricht, möglichst bald durch erhöhte Inlanderzeugung ausgeglichen wird. Der schwere Kampf, den die deutsche Industrie gegenüber dem kapitalkräftigen Auslande zu führen hat, ist zur Aussichtslosigkeit verurteilt, wenn nicht auch sie einen ausreichenden Schutz erhält. Gegenüber der Ausdehnung, die im Auslande alte und neue Industriezweige unter den veränderten Verhältnissen und dem Goldstrom der Kriegszeit genommen haben, steht die deutsche Industrie vor der Aufgabe, sich den verlorenen Weltmarkt wieder erobern zu müssen, vor der weiteren Aufgabe, den Vorsprung einholen zu sollen, den das Ausland durch Intensivierung und Rationalisierung der Betriebe inzwischen gewinnen konnte. Schwerste Wirtschaftskrisen, verbunden mit Stillegungen und Arbeitslosigkeit waren die Folgen, deren Beseitigung nur abhängig ist von einer neuen weltwirtschaftlichen Gestaltung Deutschlands. Den Weg hierzu versperrt der deutschen Wirtschaft im Ausland die unübersteigliche Mauer eines Hochschutzzollsystems, welches mit seinem prohibitiven Charakter jede Konkurrenzfähigkeit deutscher Waren auf dem Weltmarkte ausscheidet. Um die deutsche Wirtschaft nicht zum Erliegen kommen zu lassen, und so unermeßliches Elend vom deutschen Volke abzuwenden, um ferner die unter den schwersten Verhältnissen begonnene Wiederaufbauarbeit des deutschen Wirtschaftslebens vorwärt zu bringen, glauben die genannten Parteien der deutschen Industrie wieder Arbeit und Ausfuhrmöglichkeit verschaffen zu müssen. Sie sind hierbei der Meinung, daß dies bei der gewaltigen Zollrüstung des Auslandes nur möglich sei durch ein Schutzzollsystem, welches durch seine Höhe die Gewähr bietet, daß mit ihm am Verhandlungstische eine erfolgreiche Bresche in die Hochschutzzollmauer der Vertragsgegner gelegt werden könne“[27]). Ein Hauptzweck des Schutzzolles ist, wie aus dieser Erklärung hervorgeht, die gefährliche Passivität der Handelsbilanz zu vermeiden.

Die Gegenseite, also Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten, ist sich in der Ablehnung der eben dargestellten Argumente einig, doch ist ihre Stellung zum Problem selbst verschieden. Sozialdemokraten und Demokraten sind zwar auch der Ansicht, daß die Passivität der deutschen Handelsbilanz zu beseitigen ist. Auch hier wird gesagt, daß Deutschland auf die Dauer eine Passivität nicht aushalten könne; doch wird bezweifelt, daß der Schutzzoll ein geeignetes Mittel zur Erreichung des Ausgleichs darstelle. Vielmehr sei die Passivität durch die gegenwärtigen deutschen Wirtschaftsverhältnisse bedingt, ein Aus-

[25]) u. [26]) Schiele DN. (Dt. RT. II. Wpr. Bd. 381 S. 368).
[27]) Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 4267.

gleich werde sich auch ohne Schutzzoll einstellen. Deutschland müsse — worin diese Parteien mit den Zollanhängern übereinstimmen und was sie ganz besonders betonen — seine Ausfuhr vermehren, wolle es seinen Verpflichtungen gegenüber den Vertragsgegnern aus dem Londoner Abkommen gerecht werden. Die Voraussetzung für den Export als Mittel zur Beseitigung der passiven Bilanz sei aber billige Produktion. Deutschland sei auf die Einfuhr fremder Rohstoffe und Lebensmittel nach dem Kriege in noch bedeutenderem Maße angewiesen als vor dem Kriege. Speziell die Forderung, in Deutschland durch Abschließung von der Weltwirtschaft die „Nahrungsfreiheit“ herbeiführen zu wollen, bedeute ein Experiment, das wegen der dadurch bewirkten Verteuerung der Lebensmittel, trotz aller notwendigen Bemühungen an der Einfuhr zu sparen, nicht in Frage kommen könne. Also müßten die Lebensmittel und Rohstoffe auf dem billigsten Wege bezogen werden; ein Schutzzoll, der doch in jedem Fall die Waren verteuere, würde die billige Produktion unmöglich machen. Nur billige industrielle Rohstoffe und Lebensmittel bilden nach dieser Auffassung die Grundlage des deutschen Exports, der eine Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt ermögliche. Daß die deutsche Wirtschaft schwerere finanzielle Lasten zu tragen habe als die ausländische, wird zugegeben, wenn auch nicht vergessen werden dürfe, daß auch das europäische Ausland eine nicht geringe Vorbelastung habe. Sie durch Zölle kompensieren zu wollen, hieße doch lediglich, sie im Preise auf den Konsumenten abwälzen zu wollen: dessen Kaufkraft würde aber zugleich damit geschmälert, sodaß er seinen Bedarf einschränke. Als Folge erlitte die Wirtschaft also eher einen Verlust. Die „Vorbelastung“ sei eine notwendige steuerpolitische Maßnahme, die nur beseitigt oder gemildert werden könne durch steuerliche Erleichterungen. Handelspolitische Maßnahmen dürften keine Abhilfe schaffen[28]); im Gegenteil, soweit es sich um Schutzzölle handele, trügen sie nur dazu bei, den Export zu hindern. Einen Ausweg, durch den man der notwendigen starken Vorbelastung entgegen wirken könne, erblicken diese Parteien in der Rationalisierung und Intensivierung; nur hierdurch gelange man zur Produktionsverbilligung, nur so würde die „Vorbelastung“ tatsächlich in sich abgewälzt, nicht weiter gewälzt werden.

Was die Passivität der Handelbilanz anbetrifft, so wird sie von den Demokraten und Sozialdemokraten mit dem Einfließen ausländischer Kredite in Verbindung gebracht. In keiner Weise, so argumentiert man, kann sie ein „erschreckendes Zeichen“ sein; sie sei vielmehr als selbstverständlich und naturnotwendig anzusehen. Das Deutschland nach der Inflation ohne Betriebskapital sei noch immer auf die Aufnahme ausländischer Kredite angewiesen, wolle es seine Wirtschaft wieder „ankurbeln“. Der Kredit werde gegeben entweder in Waren, — dann sei die passive Bilanz

---

[28]) Mayer DD.: „Man kann unmöglich aus der Tatsache, daß wir ein für die Wirtschaft unerträgliches Steuersystem haben, die Folgerung ziehen, weil wir schlechte Steuern haben, müsse auch schlechte Handelspolitik gemacht werden, sondern der gesunde Menschenverstand gebietet dann eine Aenderung der Steuergesetze.“ (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2612).

Vgl. Wissel SP. (III. Wpr. Bd. 386 S. 2580).

ohne weiteres die Folge — oder in Form von Devisen. Die Devisen würden verkauft, die Reichsbank gebe dafür neue Noten aus, die Menge der Zahlungsmittel werde dadurch zwangsläufig vermehrt, und ebenso zwangsläufig müßten die Preise steigen. Die gestiegenen Preise gestalteten aber den Export schwieriger und schränkten ihn ein. Solange man also auf dem Standpunkt stehe, daß die deutsche Wirtschaft ausländische Kredite nötig habe, um wieder in den Weltverkehr eintreten zu können, solange müsse man auch aus rein logischen Gründen mit der Wahrscheinlichkeit einer passiven Handelsbilanz rechnen[29]). Von sozialdemokratischer Seite wird hierbei noch auf den Gegensatz hingewiesen, der darin bestehe, daß die industriellen Kreise wohl die inflationistische Wirkung der Auslandskredite in Kauf nähmen und verteidigten, dagegen aber Lohnerhöhungen, die, wie in anderem Zusammenhange noch zu erörtern ist, nach sozialdemokratischer Ansicht eine Belebung des inneren Marktes hervorrufen würden, aus der Befürchtung heraus, sie könnten einer Inflation Vorschub leisten, ablehnen[30]).

Die Kommunistische Partei nimmt zu diesen Problemen weiter keine Stellung; für sie bedeutet die passive Handelsbilanz kein Problem bei ihrer Einstellung zu der jetzigen Wirtschaftsform. Sie erstrebt das staatliche Außenhandelsmonopol, bei dem eine nicht wünschenswerte Passivität der Handelsbilanz nicht eintreten kann: Da nur der Staat selbst als Käufer und Verkäufer im Außenhandel auftritt, so kauft er nur soviel, wie er auch verkauft. Das bedeute zwar mitunter eine Gewaltkur, erreiche aber seinen Zweck, die Aufrechterhaltung des Ausgleichs der Handelsbilanz, auf jeden Fall. Die Außenhandelspolitik Rußlands bietet nach Ansicht der Kommunisten hierfür ein treffendes Beispiel; wenn die Vorteile von den andern Parteien nicht eingesehen würden, so sei das darauf zurückzuführen, daß sie aus politischen Gründen jede Einrichtung des Kommunismus nicht anerkennen wollten[31]).

So die politische Argumentation im parlamentarischen Kampf. Wie sieht es nun in Wirklichkeit mit dem Begriff der passiven Handelsbilanz aus? Daß die Passivität für ein bedrohliches Zeichen gehalten wird, darf nicht Wunder nehmen; erscheint es doch zunächst so, als ob eine dauernde Passivität im Außenhandel die Stellung der betreffenden Volkswirtschaft in ihrem Verhältnis zu anderen Volkswirtschaften schwächen würde.

Bevor darauf eingegangen sei, kann zur Charakterisierung dieser Argumentation an folgendes erinnert werden: Die passive Handelsbilanz als Folge ungünstiger Produktionsverhältnisse im

---

[29]) Sender SP.: „Denn die Passivität der Handelsbilanz . . . ist darauf zurückzuführen, daß wir . . . Auslandskredite hereinnahmen, die ja wieder . . . in verarbeiteter Form hinausfließen werden." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2624).

Vgl auch Wissel SP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2580); ferner Mayer DD. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2611).

[30]) Sender SP.: „Sie (die Rechtsparteien), die Sie die Forderungen der Arbeiterschaft auf Erhöhung der Löhne mit dem Argument zu beantworten belieben, daß eine Erhöhung des Lohnniveaus eine Gefährdung der Währung bedeute, wollen nicht einsehen, in wieviel höherem Maße die Erhöhung des Preisniveaus durch . . . Zölle . . . die Gefahr einer Inflation herbeiführen muß." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2625).

[31]) Rosenberg, KP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4372).

Inland und damit als Ursache des Währungsverfalles wurde von Seiten der Regierung und sogar von Seiten der Reichsbank benutzt, um den Sturz der Mark, statt ihn durch eine Inflation zu erklären, auf eine sonstige Störung des internationalen Warenaustausches zurückzuführen. Es hat lange Zeit gedauert, ehe man den verhängnisvollen Irrtum erkannte und in Erkennung der Zusammenhänge die Bekämpfung der Inflation durch die Stilllegung der Notenpresse in Angriff nahm. Mit dem Erfolg dieser Maßnahmen war die Haltlosigkeit des Arguments von der passiven Handelsbilanz erwiesen, wonach durch sie die Valuta gesenkt würde, die Preise in die Höhe getrieben würden, und die Ausgabe der neuen Noten nur „zur Bekämpfung der Zahlungsmittelnot" erfolgte. Trotzdem wird nun wiederum die Theorie von den ungünstigen Produktions- und Absatzverhältnissen, durch welche die Passivität der Handelsbilanz herbeigeführt würde, und die wiederum die Währungverschlechterung nach sich ziehen müßte, vertreten: ein Beweis für das kurze Gedächtnis, das in der Öffentlichkeit für früher erkannte Irrtümer vorhanden ist.

Könnten „ungünstige Produktionsverhältnisse" und „ungünstige Absatzverhältnisse im Ausland" eine passive Handelsbilanz hervorrufen, so ist das schließlich nichts anderes, als daß das betreffende Land auf Kosten der anderen Länder, mit denen es eine passive Bilanz hat, lebt. Ein unmöglicher Zustand, der auf die Dauer nicht eintreten kann, da doch niemand dem anderen stige Absatzverhältnisse im Ausland" eine passive Handelsbilanz eines einzelnen Wirtschaftssubjektes dauernd passiv sein kann, weil seine Arbeitskraft zu teuer oder zu schlecht ist, so wenig wird sich die Handelsbilanz eines ganzen Volkes dauernd passiv gestalten. Der zu schlecht oder zu teuer Arbeitende wird mit seinen Ansprüchen herunter oder mit seinen Leistungen heraufgehen müssen, will er wieder am wirtschaftlichen Tauschverkehr in dem von ihm gewünschten Maße teilnehmen. In derselben Art muß sich dieser Vorgang auch bei einem ganzen Volke vollziehen und vollzieht sich auch tatsächlich selbsttätig folgendermaßen:

Ist der Export einer Volkswirtschaft (einschl. der Ausgleichsposten in der Zahlungsbilanz) geringer als ihr Import, so muß notgedrungen der Wechselkurs sinken, oder, sofern Goldwährung besteht, müssen in entsprechendem Maße Goldabgänge stattfinden, welche die Menge des Inlandsgeldes verkleinern. In ersterem Falle verteuert sich infolge der Senkung der Devisenkurse der Import und gestaltet sich der Export leichter, wodurch in bekannter Weise die rückläufige Bewegung hervorgerufen wird, die schließlich den Ausgleich zustande bringen muß. Im letzteren Falle vollzieht sich ungefähr der Vorgang in gleicher Weise: die verringerte Goldmenge senkt das Preisniveau, der Export steigt und die Einfuhr sinkt, bis es auch hier wieder zum Ausgleich kommt.

Wie aber, so könnte man einwenden, wenn das gesamte Preisniveau des Inlands durch die schlechten Produktionsverhältnisse sich erhöhte; tritt dann nicht der Ausgleich der Bilanz überhaupt nicht oder zum mindesten zu spät ein? Bei Papierwährung erst dann, wenn die auswärtigen Wechselkurse auf die Dauer um die Erhöhung des Preisniveaus gestiegen sind, da erst dann der An-

reiz zum relativ billigen Import fortfällt; und bei Goldwährung erst dann, wenn der dauernde Abfluß von Gold eine bleibende Senkung des Preisniveaus hervorruft und damit den Reiz zum einseitigen Import aufhebt?

Diesen Ausführungen ist entgegenzusetzen: Produktionskostenerhöhungen allein bei einem Gut oder auch bei der Gesamtheit der Güter können nie zur Erklärung eines erhöhten allgemeinen Preisniveaus dienen. Erhöht sich im Inland das Preisniveau, so ist das letzen Endes immer auf eine zu starke Vermehrung des Geldumlaufs im Verhältnis zum Wachsen des Handelsvolumens zurückzuführen. Schuld sind dann nicht die Kostenverhältnisse, sondern eine inflationistische Geldpolitik, die nur durch geldpolitische Maßnahmen (Kreditrestriktion) korrigiert werden kann. Wenn also keine Fehler von der Geldseite her gemacht werden, kann eine Steigerung der Produktionskosten ebensowenig eine Störung der Handelsbilanz wie eine Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus hervorrufen. Die geringere Rentabilität kommt bei richtiger Geldpolitik nur in einer Verringerung der Einkommen, also in einer Senkung der Unternehmergewinne und Löhne zum Ausdruck. Hieraus folgt wieder weiter, daß die Meinung auf einem Fehlschlusse beruht, daß ein Land mit hohem Produktionsniveau nie mit einem Lande mit niedrigerem Produktionsniveau in Güteraustausch treten könne. Die Voraussetzung ist nur, daß in dem einen Lande die Herstellung einiger Güter relativ billiger ist als in dem andern, während im Auslande die Herstellung anderer Güter relativ billiger ist. Es ist dabei keineswegs exporthindernd, wenn die Herstellung der relativ billigeren Güter absolut genommen kostspieliger ist als im Ausland. Das ist der Grundgedanke der Ricardianischen Außenhandelstheorie, deren theoretische Richtigkeit bisher noch nicht widerlegt ist.

Wir können daher annehmen, daß schlechte Produktionsbedingungen und ungünstige Absatzverhältnisse nicht den Grund für die Passivität der deutschen Handelsbilanz abgeben, ja überhaupt nicht abgeben können. Worin liegt aber der Grund? Wie der einzelne Mensch für seine Einnahmen aus Verkauf oder anderen Quellen nur eine bestimmte Warenmenge erhält, wenn ihm nicht Kredit eingeräumt wird, ebenso kann auch ein ganzes Land nur dann eine größere Einfuhr als Ausfuhr haben, wenn ihm der Überschuß von seinem Kontrahenten kreditiert wird. Hier spielen lediglich die Zins- und Vertrauensverhältnisse eine Rolle; denn auf Grund der ungünstigeren Produktionsverhältnisse wird man dem Lande mit der passiven Handelsbilanz keine Kredite geben. Der Auslandskredit bedeutet für die erschöpfte deutsche Volkswirtschaft eine „frische Blutzufuhr", die ihr eine höhere Produktivität ermöglichen soll. Bei dem Fehlen von Betriebskapital wird er von allen Produktionszweigen in gleicher Weise begehrt. Der Kredit kann auf zwei Arten erteilt werden. Entweder wird die Kreditsumme sofort in Warenimport verwandelt, ohne daß der Gegenwert überhaupt in das Inland eingegangen ist; dann ist die passive Handelsbilanz ohne weiteres gegeben. Oder die Valuta soll vom Kreditnehmer zu Inlandskäufen verwandt werden. Dann wird die Summe an die Zentralbank, also die Reichsbank, verkauft, die dafür deutsche Noten aushändigt.

Die umlaufende Geldmenge wird größer und das inländische Preisniveau muß steigen. So wird es auf diesem Umwege zu einer Steigerung des Imports und einer Minderung des Exports kommen; die Passivität muß genau der Kapitaleinfuhr entsprechen.

In der zunehmenden Verschuldung liegt aber zugleich auch der Keim zur Aktivierung der Handelsbilanz. Die fällig werdenden Kreditrückzahlungen und Zinsverpflichtungen rufen eine verstärkte Nachfrage nach Devisen hervor, die in den meisten Fällen durch die Reichsbank befriedigt werden muß. Die Reichsbank ist im Interesse der Aufrechterhaltung des Wechselkurses zu der Hergabe von Devisen gezwungen. Die Deckungsvorschriften nötigen sie bei Abnahme des Devisenbestandes zu einer Einschränkung des Notenumlaufs, die in einer Senkung des Preisniveaus ihren Ausdruck finden muß. Damit ist die Tendenz zum Export wieder verstärkt, die bereits in der durch die Kredite gesteigerten Produktivität ihren Ausgangspunkt hatte.

Es wurde bereits der charakteristische Widerspruch angeführt, daß gerade die Kreise, die am heftigsten nach Auslandskrediten zur „Ankurbelung der deutschen Wirtschaf" verlangen, in den Auslandskrediten eine „Blutzufuhr" für die deutsche Wirtschaft sehen, ebenso die „erschreckende" Passivität der Handelsbilanz, die eine „Ausblutung der deutschen Wirtschaft" bedeute, beklagen. Über solche Ideologie kann man tatsächlich das Urteil fällen: „Jeder Versuch, der Vorteile des Auslandskredites (Erniedrigung des Zinses, Befruchtung der Industrie, Ermöglichung der Fortführung von Betrieben, welche infolge von Kapitalmangel andernfalls zum Stillstand kommen würden) teilhaftig zu werden, ohne eine entsprechende Zunahme der Passivität der Handelsbilanz in Kauf zu nehmen, gleicht deshalb dem Versuch, ins Wasser zu gehen, ohne naß zu werden"[32]).

Als Ergebnis können wir mithin feststellen, daß eine Passivität der Handelsbilanz durch die Hereinnahme der allseitig begehrten Auslandskredite bedingt ist. Sie durch Schutzzölle beseitigen zu wollen, ist ein ebenso nutzloses wie untaugliches Mittel. Der Schutzzoll kann sich nicht auf den Saldo der Handelsbilanz auswirken, aber wohl wird er ihren Umfang beeinflussen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Einfuhr eines Landes durch Schutzzölle geschmälert wird, wie es auch der Zweck des Zolles ist, daß die Einfuhr zum „Schutz der heimischen Produktion", die nicht konkurrenzfähig ist, eingeengt wird. Bei der Einführung des Schutzsystems bleibt dann der Export des Landes zunächst unberührt, und insofern rufen die Schutzzölle zuerst tatsächlich die Tendenz zu einer Aktivierung der Handelsbilanz hervor. Sie kann sich aber nicht durchsetzen, denn, vom Fall der Kapitaleinfuhr abgesehen, sind einseitige Ausfuhrüberschüsse ebensowenig möglich wie einseitige Einfuhrüberschüsse. Der zunächst gleichbleibende Export muß bei der Senkung des Imports ein Fallen der auswärtigen Wechselkurse auf das Ausland bewirken, die den Import wieder zunehmen und den Export wieder sinken läßt, bis das Gleichgewicht der Handelsbilanz wiederhergestellt ist. Der Saldo der Bilanz hat sich demnach durch den Schutzzoll nicht geändert: welchen Einfluß wird aber der Zoll auf den

[32]) Hahn: Schutzzoll u. Handelsbilanz. Im „Wirtschaftsdienst" Jahrg. 1925 Nr. 24.

Umfang der Bilanz haben? Nehmen wir an, daß der Export sich vor dem Schutzzoll auf x Mark stellte und der Import ebenso x Mark betrug. Wenn nun der Schutzzoll die sämtlichen Importwaren verteuert, so wird der Import sich schließlich auf einen Punkt, der zwischen x und 0 liegt, stellen müssen, je nach dem durch die Höhe des Schutzzolles bestimmten Steigen der Preise. Wir hatten angenommen, daß der zunächst gleichbleibende Export im Ausland eine Steigerung der Wechselkurse auf das Inland, beziehungsweise bei Goldwährung ein Zufließen von Gold in das Inland, mithin also eine Senkung des ausländischen Preisniveaus gegenüber dem inländischen, hervorgerufen hatte, die eine Steigerung des Imports zur Folge haben muß. Der Import, der zunächst durch Schutzzoll verhindert war, muß nun in der Richtung von 0 auf x steigen, während der Export die Tendenz zum Fallen von x auf 0 annehmen muß. Die Bewegung wird auf irgendeinem Punkt zwischen x und 0 zum Ausgleich kommen, sodaß der Saldo der Handelsbilanz gegenüber dem früheren Zustand keine Änderung erfährt, wohl aber der Umfang der Bilanz kleiner geworden ist.

Schutzzölle beseitigen nicht die Passivität der Bilanz, denn sie können nicht den Saldo, der aktiv oder passiv bleibt, ändern, sondern nur den Umfang des Außenhandelsverkehrs beeinflussen: die Gesamtmenge der hin- und herbewegten Waren sinkt. Um jede Mark, die weniger importiert wird, muß, solange nicht Änderungen durch Verwendung von Krediten eintreten, notwendig auch der Umfang des Exports zurückgehen.

Wenn man eine protektionistische Handelspolitik mit der Passivität der Handelsbilanz begründen will, so kann man wohl sagen, daß es eine Begründung dafür nicht geben kann, wenn man zugleich eine Belebung der inländischen Wirtschaft durch Auslandskredite erstrebt. Es ist unmöglich, hierfür eine Synthese zu finden; will man das eine, muß man das andere lassen. Ebensowenig lassen sich beide Gesichtspunkte getrennt voneinander behandeln.

3. Der Grundsatz der inneren Marktstärkung.

Das Wirtschaftsleben der Nachinflationsperiode hatte die schweren Krisenerscheinungen von 1924—26 durchzumachen, deren Grund zum Teil in der mangelnden Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes zu suchen ist. Auch die Exportmöglichkeit, die einen Ersatz hätte bieten können, war beschränkt; einerseits nahm man an, daß die Ausfuhr durch die handelspolitischen Maßnahmen des Auslandes eingeengt wurde, während man andrerseits das Nachlassen des Exports mit der Höhe des deutschen Preisniveaus begründete. Aufgabe der Handespolitik sollte es sein, nach Möglichkeit eine Änderung zu schaffen. Es handelt sich dabei um das Problem von der „Kräftigung des inneren Marktes", das in der handelspolitischen Debatte eine große Rolle gespielt hat und von amtlicher und nichtamtlicher Seite stark in den Vordergrund geschoben ist.

Die amtliche Begründung zum Entwurf eines „Gesetzes über Zölle und Umsatzsteuern" vom 22. August 1924, das wegen Beschlußunfähigkeit des Reichstages nicht mehr in der Reichstags-

periode erledigt werden konnte, erwartet von der Wiederherstellung des einheitlichen Zolltarifs durch Einführung der alten Agrarzölle, die seit Kriegsbeginn aufgehoben waren, „eine Stärkung des inneren Marktes in allen Dingen der Volkswirtschaft zu Lasten der ausländischen Einfuhr“[33]); so sieht es die Regierung in der Begründung zum Entwurf eines „Gesetzes über Zolländerungen“, der sogenannten kleinen Zollvorlage, von 1925 als ihre Aufgabe an, durch Schutz der heimischen Produktion für eine Belebung des inneren Marktes Sorge zu tragen[34]). Auch die politischen Parteien, wie sie im Reichstag vertreten sind, betrachten den Gedanken von der Kräftigung des inneren Marktes als einen Leitstern ihrer handelspolitischen Bestrebungen. Doch über den Weg, der beschritten werden soll, klaffen ihre Auffassungen wieder weit auseinander, sodaß eine Einigung nicht möglich war. Die Regierung und die ihre Handelspolitik unterstützenden Parteien glauben Schutzzollpolitik betreiben zu müssen, während die Opposition die richtige Form in der möglichst freien Gestaltung der Außenhandelsbeziehungen erblickt. Der beiderseitige Gedankengang sei in folgendem dargelegt.

Das Problem ist die Stärkung der deutschen Kaufkraft, um die Produktion von Industrie und Landwirtschaft aufnehmen zu können. Von welcher Seite aus kann nach den Argumenten der schutzzöllnerischen Richtung eine Belebung des inneren Marktes erfolgen?

Am schlimmsten getroffen von der Krisis ist nach Meinung der Zollparteien die Landwirtschaft, die für sie „die festeste Säule der ganzen Volkswirtschaft“ darstellt, und die der beste Kunde der deutschen Industrie sei; sie halten es für notwendig, ihr zuerst Hilfe zu leisten. Der Schutzzoll auf agrarische Produkte soll dem Landwirt rentable Preise bringen, auf die er, solange Zollfreiheit für die landwirtschaftliche Produktion bestehe, wegen der billigeren ausländischen Konkurrenz nicht rechnen könne. Das höhere Einkommen der Landwirtschaft, das durch einen „mäßigen“ Schutzzoll gesichert sei, würde sich dann auf die Industrie zurück auswirken, es würden von der Landwirtschaft mehr Industrieerzeugnisse gekauft. Der innere Markt belebe sich, es könne durch den größeren Absatz billiger produziert werden mit der Folge der Preissenkung. Davon hätten dann aber auch die übrigen Glieder der Volkswirtschaft, die Lohn- und Gehaltsempfänger, ihren Vorteil, dadurch, daß ihr Realeinkommen eine Steigerung erführe. Zugleich gestatte auch die billigere Produktion eine Erhöhung der Ausfuhr. Die Begründung der Regierungsvorlage bringt den dargelegten Gedankengang in Übereinstimmung mit der Ansicht der Zollparteien in folgenden kurzen Schlagworten: starke Landwirtschaft — guter Arbeitsmarkt — Verbilligung der Produktion durch Mehrarbeit — Steigerung der Ausfuhr[35]). Hierbei muß das eine

[33]) Dt. RT. Drucksache 457 Bd. 381 S. 3 III. Wpr.

[34]) Dt. RT. III. Wpr. Bd. 401 Drucksache 1036 S. 66 ff.

[35]) „Die Wiedererstarkung der deutschen Landwirtschaft bringt eine Steigerung des industriellen Beschäftigungsgrades mit sich, damit eine Verbesserung des Arbeitsmarktes und eine Verbilligung der Produktion durch Mehrarbeit. Letzteres wird aber wiederum eine Steigerung der deutschen Ausfuhr zur Folge haben.“ (Dt. RT. III. Wpr. Drucksache 1036 S. 67).

im Auge behalten werden: das Primäre ist die Stärkung der Kaufkraft einer Bevölkerungsschicht, der Landwirtschaft, und erst als Folge davon ist eine Erhöhung der Produktion, also eine Steigerung des Sozialproduktes, zu erwarten.

Wie argumentiert dagegen die Opposition? Auch sie erblickt in der Stärkung der Kaufkraft das Problem, doch ist der Weg, der zur Lösung führen soll, ein anderer. Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten sind gewissermaßen industriell orientiert. Im Mittelpunkt ihrer Handelspolitik steht das Bestreben, durch Billigkeit der Rohstoffe und Lebensmittel die Kosten der Produktion zu senken. Die Voraussetzung hierfür sei Einfuhrfreiheit. Zölle bewirkten das Gegenteil und würden durch erhöhte Kosten die Entfaltung der Produktivität hindern. Billige Produktion bedeute eine Vermehrung des Verbrauchs und gestatte die dauernde Beschäftigung der Industrie bei lohnenden Preisen. So würde von dieser Seite aus auf dem Wege des erhöhten Realeinkommens die Belebung auf die Landwirtschaft übergreifen. Wohl wird die Notlage der Landwirtschaft von der Opposition anerkannt, doch müßten hier innerpolitische Maßnahmen, wie Kreditgewährung oder Steuererleichterung, zur Abhilfe angewandt werden, wie auch die zollfreie billige Industrieproduktion das Ihrige zu einer Milderung beitragen würde. Die Agrarzölle würden lediglich die Landwirtschaft auf Kosten der übrigen Berufsstände begünstigen, ohne daß der innere Markt eine Belebung erführe. Deutschlands Abhängigkeit vom Ausland im Rohstoff- und Lebensmittelbezug sei als gegeben anzunehmen; verteure man durch Zölle diese Grundlagen jeder Produktion, so könne dadurch der innere Markt nur geschwächt werden und auch die Möglichkeit der Ausfuhr werde eingeschränkt; denn das Hauptübel, das die deutsche Wirtschaft konkurrenzunfähig mache, sei der im Verhältnis zum Auslande zu hohe Preis. Nur bei Zollfreiheit würden die Kosten der Produktion gedrückt und würde der Absatz steigen, wodurch eine weitere Kostensenkung möglich sei, welche die Produktivität erhöhe. Auf diese Weise, so wird argumentiert, wird sich eine Erhöhung des Realeinkommens überall durchsetzen, und damit sei erst tatsächlich eine Kräftigung des inneren Marktes erfolgt. Der Weg dazu führt also über eine möglichst starke Verknüpfung mit der Weltwirtschaft. Soweit die grundsätzliche Einstellung: eine Hebung der inländischen Kaufkraft kann nicht von innen heraus aus der abgeschlossenen Volkswirtschaft erfolgen, sondern durch den freien Güteraustausch der Volkswirtschaften untereinander, da allein dadurch die allseitige größte Produktivität gesichert ist. Es ist mithin das klassische Idealbild der internationalen Arbeitsergänzung, die hier als Mittel in Betracht kommt[36]).

Daneben werden noch andere Gründe angeführt, um zu zeigen, wie falsch gerade die Agrarzölle als die Begünstigung nur eines

[36]) Wissel SP.: „Es ist eine Produktionsnotwendigkeit . . ., daß Sie (der Reichstag) eine Handelspolitik betreiben, die die Produktion braucht. Was aber tun Sie (die Zollparteien)? Sie verengern den inneren Markt, indem Sie die Kaufkraft der großen Masse der Bevölkerung durch die Zölle vermindern." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 4260).

Vgl.: Mayer DD. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2610); Hoernle KP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4269).

Teiles der Volkswirtschaft wirken würden. Besonders bekämpft wird der Gedanke, daß der innere Markt belebt werden könne, wenn der Landwirtschaft durch die Zölle eine Sonderrente verschafft würde, denn etwas anderes seien die durch den Zoll hervorgerufenen Preiserhöhungen nicht. Die Steigerung der Kaufkraft eines Wirtschaftszweiges, der Landwirtschaft, durch Zölle bedeute für den inneren Markt weiter nichts als eine Einkommensverschiebung; was die Landwirtschaft mehr zu kaufen in der Lage sei, könnten die anderen Zweige wegen des Anziehens der Preise weniger ausgeben. Der alte Zustand würde also bestehen bleiben, nur daß das Verhältnis sich geändert habe; es sei nur eine Verschiebung in der Aufteilung des Sozialproduktes erfolgt, eine Erhöhung wäre keinesfalls die Folge, und darauf allein komme es an[37].)

Damit sei dann aber auch die Behauptung hinfällig, daß man durch den Zollschutz zu Erhöhungen des Realeinkommens kommen könnte. Es ist klar, daß besonders die Sozialdemokraten und Kommunisten, die sich als die Vertreter der Arbeiterschaft schlechthin fühlen, diese Annahme bekämpfen . Zölle wirken nach ihrer Ansicht stets verteuernd, wie es auch der Zweck ihrer Einführung sei. Wenn die Regierungsbegründung[38]) erkläre, der Zoll würde zum größten Teil vom Ausland getragen, so sei das nicht wahr. Er gehe also lediglich zu Lasten der Konsumenten, der Arbeiter und Gehaltsempfänger. Für den Großgrundbesitz und die Schwerindustrie sind die Zölle „Liebesgaben", in Form von gesteigerter Grundrente und Kartellrente.

Der innere Markt könne nur gestärkt werden durch Lohnerhöhungen; nicht mehr das alte Wort „Wenn der Bauer Geld hat, so hat es die ganze Welt" gelte heute; sondern heute sei der Arbeiter an seine Stelle getreten: hat der Arbeiter Geld, so hat es die ganze Welt. Bisher habe man stets alle Lasten der Unternehmer auf den Arbeiter abgewälzt; so seien jetzt die Zollasten das Äquivalent für die Belastung der Unternehmer durch die Dawesleistungen, die ihre gefährdete Rente sicherzustellen hätten[39]). Es sei der Kaufpreis der andern Zollparteien an die Deutschnationalen für die Zustimmung zu der bisherigen Außenpolitik[40]). Hier liege aber der Kernfehler: das Unternehmertum

[37]) Mayer DD.: „Der innere Markt ist in Wahrheit nichts anderes als die Gesamtheit der verbrauchenden Bevölkerung, und ich kann doch unmöglich den inneren Markt dadurch stärken, daß ich eine Einkommensverschiebung vornehme. Im Gegenteil . . . kommt (sie) . . . erfahrungsgemäß in viel höherem Maße den Großproduzenten zugute, als den kleineren und mittleren Produzenten. Deshalb wirkt sie . . . weniger auf eine Stärkung als auf eine Schwächung des inneren Marktes." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2612).

[38]) Daß Agrarzölle eine Belastung der Verbraucher bedeuten, kann nicht bestritten werden. Über die Höhe der Belastung gehen die Meinungen auseinander. Es fragt sich, ob der Zoll ganz vom Inland getragen werden wird, oder ob auch ein Teil auf das Ausland abgewälzt werden wird. Die überwiegende Ansicht ging vor dem Kriege dahin, daß eine volle Auswirkung auf die Inlandspreise nicht eintritt." Begr. eines Entwurfs des Gesetzes über Zölle und Umsatzsteuern. (Dt. RT. II. Wpr. Bd. 301 Drucksache Nr. 457 S. 3).

[39]) Hilferding SP.: „Er (der Zolltarif) ist nichts anderes als der Ausgang jenes Kampfes um die Lastenabwälzung, der uns durch das Dawesgutachten auferlegt ist . . . Das ist in Wahrheit die sozialpolitische Bedeutung des großen Werks." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4262).

habe stets nur den eigenen Gewinn zum Ziele. Die Arbeiterschaft sei zahlenmäßig allen anderen Berufsschichten weit überlegen; werde sie einem höheren Kulturniveau entsprechend entlohnt, so entfalte sie auch die entsprechende Nachfrage. Gesteigerte Kaufkraft der Arbeiter — erhöhte Nachfrage — größere billigere Produktion — größere Absatzmöglichkeit[41]).

Sahen wir vorhin[42]), daß der grundsätzliche Gedankengang der Sozialdemokraten erkannt hatte, daß die Voraussetzung der Belebung des inneren Marktes eine erhöhte Produktivität der Volkswirtschaft ist, so faßt man bei diesem Gedankengang wieder die ganze Frage als einen Teil des Verteilungsproblemes auf. Wie die Zollparteien die Kräftigung von der Landwirtschaft ausgehen lassen wollen, soll hier die Belebung ihren Anfang bei der Arbeiterschaft nehmen. Im Grunde genommen ist es also der gleiche Lösungsvorschlag, nur mit anderm Ausgangspunkt.

Anerkannt wird die Notwendigkeit der Stärkung des inneren Marktes von allen Parteien, doch wird das Argument in der Hauptsache von den Vertretern des Schutzgedankens benutzt. Es wird auf das „Gesetz der fallenden Ausfuhrquoten", wie Sombart es nennt, verwiesen, um die Richtigkeit ihrer Politik darzulegen. Danach soll bei steigender Gesamtproduktion der Volkswirtschaft der Anteil, der zur Ausfuhr gelangt, gemessen an der Gesamtproduktivität, die Tendenz haben, kleiner zu werden. Man hat auch nachzuweisen versucht, daß durch den Außenhandel nur ein verhältnismäßig geringer Teil des Gesamteinkommens aufgebracht wird[43]). Es wird hier das Vorkriegsreineinkommen der Unternehmer aus der Ausfuhr, das man mit ca. 3 Milliarden annimmt, in Beziehung zu dem deutschen Nationaleinkommen, das nach der Helfferich'schen Schätzung 42 Milliarden beträgt, gesetzt; das ergibt dann natürlich nur einen sehr kleinen Anteil. Doch die Richtigkeit einer solchen Berechnung muß bezweifelt werden. Denn im Export wird nicht nur Unternehmergewinn erzielt, sondern auch der gesamte Arbeitslohn, der auf die Ausfuhr verwandt wird, wird dabei vom Ausland bezahlt. Eulenburg[44]), der auf diesen Fehler der Berechnung hingewiesen hat, kommt zu dem Ergebnis, daß etwa ein Viertel der Gesamtproduktion für den Export anzunehmen ist. Damit ist aber die Bedeutung der Ausfuhr für die Volkswirtschaft erwiesen.

---

[40]) Wissel SP.: „Freilich, wenn die Regierung diese Verkoppelung (von Agrar- und Industriezöllen) nicht vorgenommen hätte, wie wären dann wohl die Herren von Rechts zu der Außenpolitik der Regierung so ruhig geblieben, wie sie es in diesem Jahre gewesen sind." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 3886 S. 2576).

[41]) Sender SP.: „Wir sind dabei von der tiefsten Ueberzeugung getragen, daß der Sieg des Arbeiterinteresses . . . mit dem Interesse der Gesamtheit zusammenfällt. Wir kämpfen nicht für kurzsichtige Eigeninteressen, wir kämpfen gegen das kurzsichtige Profitstreben einiger Weniger, für die Erringung eines existenzwürdigen Daseins für die Millionenmassen der Enterbten in Deutschland. Diese Millionen arbeitender Menschen sind ja die Produzenten . . . sodaß die Wahrung dieser Interessen wahre Produktionspolitik bedeutet." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 26.

Vgl.: Hilferding SP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2597; Rosenberg KP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2597).

[42]) S. 28 ff.

[43]) Reichert DNVP.: „Die neuen Grundlagen der Handelspolitik." In „Weltwirtschaft" Bd. 13 Nr. 4 S. 61 ff. — Berlin 1925.

[44]) Probleme der deutschen Handelspolitik. S. 20.

Will man den inneren Markt tatsächlich stärken, so gilt es zu betonen, daß es nur möglich ist, wenn die Produktivität, die Gütererzeugung aus der eigenen Arbeit, erhöht wird, oder wenn man die Kosten der Erzeugung und Beschaffung vermindert. Stärkung des inneren Marktes heißt Hebung der realen Kaufkraft durch Mehrproduktion oder durch Kostenverminderung. Dann können in der Tat alle Bevölkerungsschichten eine höhere Nachfrage entfalten, wenn und weil die Produktivität eine größere geworden ist.

Kann aber auch eine Steigerung der Produktivität der Volkswirtschaft dadurch erfolgen, daß man auf künstliche Weise durch Zölle die eine Bevölkerungsschicht — wie von den Zollparteien erstrebt, die Landwirtschaft — kaufkräftiger zu machen sucht? Der Zoll wird die Preise der von der betreffenden Bevölkerungsschicht produzierten Ware steigern; um wieviel, ist hier gleichgültig. Aber steigen werden sie gewiß und sollen es auch, denn sonst wäre die Einführung der Zölle zwecklos. Diese eine begünstigte Schicht bezieht dann ein größeres Einkommen und kann eine größere Nachfrage entfalten. Aber keineswegs ist die Nachfragefähigkeit der anderen gestärkt, sondern im Gegenteil, zu ihren Lasten erfolgt die Einkommensvermehrung der durch die Zölle bevorzugten Schichten. Das höhere Einkommen muß von den anderen Schichten aufgebracht werden, deren Einkommen und Kaufkraft sich um den gleichen Betrag verringert. Solange nicht das Sozialprodukt als Folge der partiellen Einkommenserhöhung eine Vermehrung erfahren hat, wird nur dem einen gegeben, was dem andern genommen wird. Der meist offen ausgesprochene und tatsächlich vorhandene Grundgedanke des erstrebten Zollsystems ist der des Solidarschutzes; man will also alle Zweige der Wirtschaft stützen, also sollen auch allen Kreisen durch äußere Maßnahmen höhere Einkommen verschafft werden. Das bedeutet aber nur eine Vermehrung aller Nominaleinkommen und damit eine Erhöhung des Preisniveaus, ohne daß in Wirklichkeit das Realeinkommen, der innere Markt, eine Stärkung erfährt. Man muß, um die Verhältnisse richtig erkennen zu können, durch den „Geldschleier" hindurch sehen; es geht nicht an, den inneren Markt für sich isoliert zu betrachten, wenn man nicht zugleich die Mittel angibt, wie der Gütervorrat vermehrt werden kann.

Ein Problem, das von der Frage der Stärkung des inneren Marktes durch Belebung der Landkultur grundsätzlich verschieden ist, ist die Stärkung der Nachfrage nach Agrarproduktion; denn die vorhin dargestellte Kräftigung des inneren Marktes hat kaufkräftige Landwirte zum Ziel, während die Erhöhung der Nachfrage nach Agrarprodukten kaufkräftige Verbraucher zur Voraussetzung hat. Die beiden Probleme werden meist miteinander identifiziert: Die Stärkung des Marktes durch höhere Preise ist das beste Mittel zur Kräftigung der ganzen Volkswirtschaft und der Landwirtschaft selbst. Man übersieht dann dabei, daß hohe Preise die Kaufkraft der Kaufenden und der Verkaufenden schlecht gleichzeitig stärken können. Die Hebung der landwirtschaftlichen Kaufkraft hat eine Schwächung der Konsumenten zur Voraussetzung. Die Masse der Konsumenten lebt aber auch in der Gegenwart noch unter Einschränkungen, sodaß der Verbrauch an landwirtschaftlichen Erzeugnissen noch

nicht die Vorkriegshöhe erreicht hat. Darin liegt die Gefahr für den landwirtschaftlichen Markt, denn jede Preissteigerung wird zu einer weiteren Einengung der Märkte beitragen, sodaß die Erhöhung des Preises illusorisch wird. So muß tatsächlich die Gefahr bestehen, daß die Landwirtschaft ein Opfer der gewünschten Stärkung des inneren Marktes wird, da sie übersieht, daß der Markt der eigenen Produkte notleidend wird. Die Käufer werden die erhöhten Preise nicht aufbringen können, sodaß die Landwirtschaft den Versuch gar nicht machen kann, durch vermehrte Nachfrage die anderen Industrien „befruchten" zu können. Daher müssen also die Abnehmer der Agrarprodukte mit größerer Kaufkraft ausgestattet werden. Das aber ist dann letzten Endes eine Frage der industriellen Rente. Nützlicher für die Landwirtschaft ist die Stärkung der anderen Märkte, die nach zwei Seiten hin ihren Vorteil hat. Denn bei Anziehen der landwirtschaftlichen Preise kann der zu erwartende Ausfall dadurch kompensiert werden, und bei gleichbleibenden Preisen kann die Nachfrage erweitert und das Überangebot, das nach Ansicht der Landwirtschaft vorliegt, aufgenommen werden, ohne daß es zu Produktionsstörungen kommt. Für das Erstarken der anderen Märkte ist die Steigerung der industriellen Rentabilität Voraussetzung, sie wird durch die Ausfuhr erfolgen müssen; das aber hat eine möglichst intensive Arbeitsteilung mit der Welt, ein starkes Arbeiten für die Weltwirtschaft zur Bedingung. Soll die inländische Nachfrage gehoben werden, so gilt es erst die Ausfuhrwerte zu schaffen, mit denen eine Belebung der nationalen Wirtschaft erfolgen kann.

Wenn im Kampf um die Zölle das Argument von der Stärkung des inneren Marktes besonders von der Landwirtschaft betont wird, geschieht es deshalb, weil der eigene Vorteil mit dem der Volkswirtschaft Hand in Hand zu gehen scheint. Den Zollfreunden ist die Hebung des Innenmarktes identisch mit einer Erhöhung des landwirtschaftlichen Preisniveaus. Wir wiesen bereits darauf hin, daß es sich im allgemeinen nur um eine Einkommensverschiebung handeln kann. Doch gilt es einen Fall gesondert zu betrachten, der eine Ausnahme darstellt, und der nach der Annahme der Zollparteien für die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft charakteristisch ist. Wenn die Preise der Agrarprodukte unter den Kosten stehen, so wird die Folge eine Extensivierung des Betriebes sein; mithin tritt eine Verminderung des Rohertrages ein. Steigert der Zoll nun die Preise so, daß die Kosten gedeckt werden, so wird erst eine Verschiebung des Volkseinkommens eintreten: die Konsumenten verlieren das, was die Produzenten gewinnen. Aber zugleich ist auch die Rentabilität der Betriebe wiederhergestellt, und das regt die Produktion nunmehr an. Der Rohertrag wird durch die nun ermöglichte Intensivierung steigen, und das Plus an Rohertrag bedeutet dann eine Vermehrung des Sozialproduktes, welches die Schwächung der Konsumenten durch das Heraufsetzen der Preise überkompensieren kann. Es werden mehr Tauschgüter auf den Markt gebracht, und nur diese Hebung des Rohertrags kann Kräftigung des inneren Marktes genannt werden. Unter den eben dargelegten Bedingungen gibt es also tatsächlich einen Fall, in dem durch Zölle das

Sozialprodukt eine Steigerung erfahren kann. Es kommt im Ergebnis nicht auf die Höhe der Preise und die dadurch hervorgerufenen Einkommensverschiebungen an, sondern auf die Belebung und Vermehrung der Produktion überhaupt, auf die Menge der tauschfähigen Güter. Eine Preiserhöhung durch Zollschutz vermehrt sie nur dann, wenn es sich darum handelt, die Kosten im engeren Sinne zu decken. — Für die industrielle Produktion kommt dieser Fall nicht in Frage, da hier ein Abgleiten der Preise durch Kartellvereinbarungen mit verminderten Angebot aufgefangen werden könnte, beziehungsweise der unter den Kosten arbeitende Unternehmer, dem eine „Extensivierung" wegen des großen fixen Realkapitals nicht für längere Zeit möglich ist, seinen Betrieb schließen müßte.

Als Ergebnis kann festgestellt werden: Eine Verschiebung des Einkommens zugunsten der Landwirtschaft bedeutet keine Stärkung des inneren Marktes, sondern diese besteht in einer Steigerung des Rohertrages, die mehr auf den Markt bringt. Ob das durch Zölle erreicht werden kann, ist im allgemeinen nicht anzunehmen. Sicher bedarf aber der agrare Inlandsmarkt einer Belebung zur Abwendung der Absatzkrisis. Diese kann nur durch die Konsumenten behoben werden. Volkswirtschaftlich muß es wichtiger sein, die Kaufkraft der Verbraucher zu heben als die der Landwirtschaft für andere. Das bedeutet aber einen engen Anschluß an die Weltwirtschaft zur Erhöhung der Ausfuhrquote, durch die allein der inländische Markt gestärkt werden kann. Wir sehen also, daß der Satz: „hat der Bauer Geld, so hat es die ganze Welt" nur unter der Bedingung richtig ist, daß dieses Zusatzeinkommen durch Ertragssteigerung zustande gekommen ist. Allein Veränderungen auf der Warenseite, die dem Konsum mehr Güter zur Verfügung stellen, vermögen den inneren Markt zu beeinflussen.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß das Schlagwort von der Stärkung des inneren Marktes durch Zölle den Erfolg nur haben konnte, weil die beiden Hauptinteressentengruppen der deutschen Volkswirtschaft es vertreten. Die landwirtschaftlichen Zölle erhöhen, wie gezeigt, auf dem Wege der Einkommensverschiebung die Kaufkraft der Landwirtschaft. Erhöhung der landwirtschaftlichen Kaufkraft bedeutet aber besonders gesteigerte Nachfrage nach Produkten der Schwerindustrie, die auf diesem Umwege ihren Vorteil von den Agrarzöllen hat. Nur so kann sich eigentlich das Bündnis von „Rittergut und Hochofen" erklären lassen; denn an sich müßte die Eisenindustrie an billigen Lebensmitteln interessiert sein, um billig produzieren zu können. Der Vorteil, den man von einer kaufkräftigen Landwirtschaft erwartet, scheint aber größer zu sein, zumal die Schwerindustrie des Beistandes der Landwirtschaft bei der Durchbringung der eigenen Zölle sicher ist und mit Erfolg versuchen wird, die erhöhten Preise im Inland durch das Mittel der Kartellierung voll auszunutzen. Darum sind auch andere Industrien, die den reinen Konsumenten und den Arbeitern näher stehen, weniger bereitwillig, den Zöllen auf agrarische Produkte zuzustimmen, zumal wenn sie, wie z. B. die Textilindustrie, nur in geringerem Maße „kartellierungsfähig" sind.

III.

Die Stellung der Parteien zu den einzelnen Wirtschaftszweigen

1. Die Stellung zur Landwirtschaft.

Die Aufhebung der Agrarzölle mit Beginn des Krieges „zur Sicherstellung der Volksernährung“ war auf keinerlei Protest gestoßen, da die durch die politischen Verhältnisse bedingte Abgeschlossenheit vom Weltmarkte der Landwirtschaft eine gewisse Monopolstellung sicherte. Ebenso verhielt es sich in der folgenden Inflationsperiode, die durch die Geldentwertung einen künstlichen Schutzzoll schuf. So war die Durchbrechung des Solidarschutzes der Landwirtschaft im Großen und Ganzen gleichgültig, da sich keinerlei Nachteile bemerkbar machten; im Gegenteil schien die Landwirtschaft recht gute Zeiten zu erleben, die noch gefördert wurden durch die als Folge der Inflation eingetretene Entschuldung. Die Lage änderte sich mit der Stabilisierung. Die Preise der Agrarprodukte blieben im Verhältnis zu den Industriewaren zurück, fielen teilweise sogar absolut gegenüber den Vorkriegspreisen; die „Preisschere“ öffnete sich stark zu ungunsten der Landwirtschaft, die steuerliche Belastung trug zur Unrentabilität des Betriebes bei. Wie konnte Abhilfe geschaffen werden? Das war die Aufgabe der neuen Handelspolitik. Es kann nicht Wunder nehmen, daß angesichts der ungleichen handelspolitischen Behandlung von Industrie und Landwirtschaft die Zollfrage in den Vordergrund trat, und in ihr von der Landwirtschaft das „bewährte“ Mittel zur Besserung der Lage erblickt wurde.

a) Die Stellung zum Kornzollproblem.

Die Tatsache der landwirtschaftlichen Krisis, ihre gegenwärtige Unrentabilität wurde von keiner Seite bestritten; sämtliche Parteien waren sich in diesem Punkte einig, einig auch darin, daß Hilfe notwendig war. Man beeilte sich auch in allen Lagern, der Landwirtschaft das aufrichtigste Interesse und baldige Hilfe zu versichern, die ihr „um ihrer hervorragenden Stellung innerhalb der Volkswirtschaft willen“ zukäme. Allerdings verstehen unter „Landwirtschaft“ nicht alle Parteien dasselbe. Die zollfreundlichen Parteien machen keinen Unterschied zwischen Großgrundbesitz und der übrigen Landwirtschaft und erachten das Nebeneinanderbestehen beider für gleich notwendig[45]). Dagegen ist das

[45]) Horlacher BV.: „Es wird immer der Zwiespalt zwischen Großlandwirten und den kleinen und mittleren Bauern hereingetragen; es wird . . . nachzuweisen versucht, daß das Interesse der Landwirtschaft an den Zöllen erst bei 100 ha beginnt. Ist dieser Nachweis richtig? Die Zwangswirtschaft . . . hat den Beleg erbracht, daß auch unsere mittleren Bauern . . . mit ihrem Getreide haben ganz gewaltig herhalten müssen für die Zwangswirtschaft . . . Es steht heute einwandfrei fest, daß der Landwirt . . . bis zu 3 ha herunter ein Interesse am Getreideverkauf hat.“ (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 368 S. 2605).

Vgl. auch: Thomsen DN. (III. Wpr. Bd. 386 S. 2585); Hepp DV. (II. Wpr. Bd 383 S. 383).; Dessauer Z. (III. Wpr. Bd. 386 S. 2586).

Interesse der anderen Parteien mehr dem Bauern- und Kleinbesitz zugewandt; der Großgrundbesitz wird sogar eher als schädlich für die Entwicklung der Volkswirtschaft gehalten[46]). Diese Einstellung zur Landwirtschaft macht sich dann auch in der Haltung der Parteien zur agraren Außenhandelspolitik bemerkbar.

Wenn auch der Krisenzustand von allen Parteien anerkannt wird, so gehen die Meinungen auseinander über die Entstehung der Krisis und über die Möglichkeit ihrer Heilung. Für die Zollparteien liegt die Ursache der Notlage der deutschen Landwirtschaft hauptsächlich in ihrer Wettbewerbsunfähigkeit, besonders gegenüber dem überseeischen Landbau, der mit seinem Angebot die deutsche intensive Produktion zu ersticken drohe, sowie in der unbestrittenen Schwächung der Konsumentenkaufkraft. Drei Gründe haben ihrer Ansicht nach die Krisis hervorgerufen: 1. Die Ausfuhrverbote im Verein mit der gesunkenen Kaufkraft, welche die Preise unter den Weltmarktpreis gedrückt und der deutschen Landwirtschaft nicht gestattet hätten, an zeitweiligen Steigerungen des Weltmarktpreises teilzunehmen; 2. die bevorzugte steuerliche Behandlung von Auslandsgetreide und -mehl durch Freilassung von der Umsatzsteuer bis zum ersten innerdeutschen Umsatz einschließlich, die wie eine Einfuhrprämie wirke; 3. die billigeren Produktionskosten des Auslandes, die wegen ihrer natürlichen Bedingtheit nur durch Zollschutz ausgeglichen werden könnten. —

Die gegnerische Argumentation der Sozialdemokraten und Demokraten gibt die Richtigkeit der beiden ersten Punkte zu, die aber nach ihrer Meinung bisher notwendig waren zur Aufrechterhaltung der deutschen Volksernährung; dagegen wird bestritten, daß die ausländische Produktion mit billigeren Kosten arbeite und der deutschen Landwirtschaft ernstliche Konkurrenz im eigenen Lande bereiten könne. Vielmehr sei die Krisis allein eine Folge der gesunkenen inländischen Kaufkraft, die das Angebot nicht habe aufnehmen können und darum die Preise unter den Weltmarktstand habe sinken lassen. Würden die beiden ersten Mißstände beseitigt, so sei der Weltmarktpreis garantiert, und dieser werde genügen, um die Rentabilität wieder herzustellen. Beide Parteien erklärten sich daher mit der bereits 1925 erfolgten Aufhebung der Ausfuhrsperre und der Einbeziehung des Getreide- und Mehlimport unter die Umsatzsteuer einverstanden. —

Die Kommunistische Partei ist zu diesen Konzessionen nicht bereit; sie sieht die billige Ernährung der Arbeiter dadurch bedroht, eine Sorge, die heute allen anderen Bemühungen voranzugehen habe.

[46]) Frhr. v. Richthofen DD.: „Die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion ist identisch mit Hebung des deutschen Bauernstandes. Der Großgrundbesitz . . . kann die Betriebe nicht so intensivieren, wie es notwendig ist, wenn wir das Ziel (der Nahrungsmittelfreiheit) erreichen wollen . . . Wir werden immer dafür eintreten, daß ein frei auf seinem Grund und Boden sich behauptender Bauernstand vorhanden ist, daß er gestärkt wird und zunimmt, wobei . . . wir überzeugt sind, daß eine praktische Siedlungspolitik nur möglich ist, wenn auf der andern Seite eine Verminderung des Großgrundbesitzes eintritt." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4326).

Vgl. Hilferding SP.: „ . . . . daß die Wissenschaft und wir auf dem Standpunkt stehen, daß die Produkte der bäuerlichen Wirtschaft zu fördern sind gegenüber den Produkten des Großgrundbesitzes . . ."

Hoernle KP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4273).

Der Mittelpunkt der handelspolitischen Debatte liegt also darin, ob die Krisis durch einen Zollschutz behoben werden kann, der die Konkurrenz des Auslandes fernhalten und dadurch die Rentabilität und Entwicklung der Landwirtschaft durch lohnende Preise sicher stellen soll. Es muß dabei eine Trennung vorgenommen werden nach Zöllen auf Getreide und dessen Produkte und nach Zöllen auf Vieh und tierische Erzeugnisse; denn die Parteien weisen in beiden Fragen nicht die gleiche Stellungnahme auf. — Zunächst sei auf die Getreidezölle eingegangen.

Der Ausgangspunkt für die neue agrare Handelspolitik ist in dem Gesetzentwurf über Zölle und Umsatzsteuern vom August 1924 zu erblicken, der in den interessierenden Stellen die Wiedereinführung der Kornzölle in Höhe der autonomen Sätze des Bülow-Tarifs zum Inhalt hat. Er kam allerdings wegen Beschlußunfähigkeit des Reichstages nicht mehr vor der Auflösung des Parlaments zur Verhandlung. Die amtliche Begründung, die sich im wesentlichen mit der Auffassung der Zollparteien deckt, verteidigt die Maßnahmen wie folgt: „Die gefährliche, sich ständig verstärkende Krisis, in der sich die deutsche Landwirtschaft befindet, wird am besten gekennzeichnet durch das Verhältnis der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu denen für die landwirtschaftlichen Betriebsmittel. Während die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse (Getreide, Kartoffeln) sich z. Zt. auf etwa 50 % der Vorkriegshöhe bewegen, betragen die für die wichtigsten landwirtschaftlichen Betriebsmittel (Düngemittel, Maschinen, Geräte) durchschnittlich ungefähr 115 % der Vorkriegszeit. Für 100 Einheiten der Landwirtschaft kann man nur etwa 75 Einheiten landwirtschaftliche Betriebsmittel gegen 100 in den letzten Friedensjahren kaufen . . . Die derzeitigen Verhältnisse haben sich gegenüber der Vorkriegszeit insofern geändert, als auf Jahre hinaus noch mit einem Überangebot, namentlich von Weizen, zu rechnen ist, dem auf der andern Seite eine verminderte Nachfrage durch den Minderverbrauch in Mitteleuropa gegenübersteht. Der Überschuß an Weizen und an Roggen auf dem Weltmarkt beläuft sich zur Zeit auf etwa 6—7 Millionen Tonnen . . . Wenn nicht sofort durchgreifende Maßnahmen gegen die drohende Extensivierung namentlich des Getreidebaues getroffen werden, muß mit einer starken Verminderung der Anbaufläche gerechnet werden[47])." — Ebenso werden in der kleinen Zollvorlage die Zölle mit dem zukünftig vom Ausland zu erwartenden Angebot begründet, das, wenn es nicht von vorn herein bekämpft wird, eine Intensivierung der deutschen Landwirtschaft in Frage stelle und ihren Untergang bedeuten werde[48]). Der Kernpunkt liegt also in der Befürchtung, daß das Überangebot auf dem Weltmarkt eine weitere Öffnung der Preisschere zu ungunsten der Landwirtschaft erwarten läßt, die zu verhindern die Aufgabe des Zolles durch Beschränkung des Angebots sein soll. Die Lage der Landwirtschaft ähnelt also nach dieser Auffassung derjenigen der 90er Jahre, welche die durch günstigere Produktionskosten ermöglichte „Getreideüberschwem-

[47]) Dt. RT. II. Wpr. Bd. 383 Drucksache Nr. 457 S. 3.

[48]) „Zu berücksichtigen . . . ist die gewaltige Entwicklung der landwirtschaftlichen . . . Produktion im Ausland . . . Mit einem weiteren Anwachsen muß gerechnet werden." (Dt. RT. III. Wpr. Drucksache Nr. 1036 S. 60).

mung“ aus den amerikanischen Gebieten brachte. Man scheint sich dabei auf die Anschauung des deutschen Landwirtschaftsrates zu stützen, nach dessen Prognose die vernichtende überseeische Konkurrenz bei Zollfreiheit gegeben ist; die Lage der Landwirtschaft werde weiterhin erschwert werden durch das in nächster Zukunft zu erwartende Auftreten Rußlands und Südost-Europas als Verkäufer auf dem Weltmarkt, die bisher aus innerwirtschaftlichen Gründen fortgefallen seien, teilweise sogar noch einen Teil des Weltangebotes aufgenommen hätten[49]).

Die Opposition bestreitet die Richtigkeit dieser Voraussage und beruft sich auf die Ergebnisse einer ganzen Reihe angesehener Wissenschaftler, besonders auf Sering und Harms. Auch wird von ihr darauf hingewiesen, daß die Argumente der Zollparteien für die Zollabänderungsvorschläge von 1924 durch die tatsächlichen Ereignisse widerlegt seien. — Der Hauptgrund für die Krisis beruht danach auf dem Rückgang des deutschen Konsums, der durch den Mangel an Kaufkraft erzwungen gewesen sei; die Überproduktion sei daher nur relativ vorhanden gewesen, und das zu große Angebot hätte auch nicht durch Zölle beseitigt werden können. Wenn Zölle als Heilmittel nach dem Muster der früheren Krisen verlangt würden, so sei das ein Verkennen der wirtschaftlichen Zusammenhänge. Der Preis wäre bestimmt gewesen durch die Kaufkraft des schwächsten für den Absatz unentbehrlichen Konsumenten, während bisher die Nachfrage dem Angebot vorausgeeilt und so der Preis durch die Kosten des am ungünstigsten noch zur Ernährung erforderlichen Produzenten diktiert gewesen sei. Auf der anderen Seite sei die Schädigung des Landwirtes durch hohe Industriepreise nicht zu verkennen, die ihre Ursache in den Industriezöllen habe. Doch hätten Agrarzölle keinen Ausgleich bringen können; sie wären nicht zur Auswirkung gelangt, da der Preis durch den Konsum bestimmt war. Auch wenn durch geringes Angebot Preiserhöhungen zustande gekommen wären, hätte das zu einer weiteren unerträglichen Schwächung der Konsumenten geführt, die durch Lohnerhöhungen eine Preissteigerung der Industriewaren nach sich gezogen und damit den Gewinn der Landwirtschaft zunichte gemacht hätte. Nicht auf den Erlös aus dem Warenabsatz, die absolute Höhe der erzielten Preise, sondern auf die Kaufkraft der Waren komme es an. Der Zoll hätte aber nur eine weitere Kaufkraftverschlechterung der Konsumenten bedeutet. Somit sei nicht das Überangebot, sondern das Fehlen der Kaufkraft für die landwirtschaftliche Krisis verantwortlich zu machen und diese gilt es zu heben[50]).

Hier ist aber, so führt man weiter aus, bereits eine Änderung eingetreten, denn wie steht es mit der von der Regierung und den Zollparteien vertretenen These, daß „auf Jahre hinaus“ mit einem preisdrückenden Überangebot zu rechnen sei? Die tatsächliche Entwicklung zeige, daß statt des zukünftig angenommenen Überangebots von 6—7 Millionen Tonnen Weizen und Roggen bei guter Durchschnittsernte eine Verknappung auf dem Weltmarkte eingetreten sei. Die Preise seien mit dem Sommer 1924 unter Schwan-

[49]) Die wissenschaftliche Grundlage hierfür bieten die Berechnungen von Ritter. (a. a. O.).

[50]) Gothein. a. a. O. S. 12. Marchionini. a. a. O. S. 26.

kungen ständig gestiegen weit über die Friedenspreise hinaus. Mit einem Fallen könne angesichts der mit der Kaufkrafthebung verbundenen Steigerung des Konsums, der dabei auch noch heute unter dem der Vorkriegszeit liege, wegen der allgemeinen wirtschaftlichen Konsolidierung nicht gerechnet werden. In diesem Falle Zölle zu erheben, hieße lediglich dem Kornbau eine Rente zu verschaffen. Wenn die Zollparteien nunmehr auf Grund der zukünftigen Preisgestaltung Zölle verlangten, so gehe daraus deutlich hervor, daß allein das Interesse an erhöhte Grundrente für den Großgrundbesitz bei ihnen maßgebend sei. — Habe zunächst bei der Einbringung der Zolländerungsvorschläge 1924 der Weizen auf einem Preise von ca. 165 gestanden, so sei die Entwicklung, von Schwankungen abgesehen, ständig aufwärts gegangen, sodaß der Preis bei Einbringung der kleinen Zolltarifnovelle sich um ca. 265 herum bewegt habe. Die Landwirtschaft habe 1924 selbst geglaubt, daß ein Preis von 220 (Weltmarktpreis 165 plus Zoll 55) genügen würde. Wenn nun bei den jetzigen Preisen, die von den Zollgegnern auch für die Zukunft angenommen werden, noch Zollschutz gefordert würde, so sei das entweder mangelndes volkswirtschaftliches Verständnis oder eben „Zollraub", auf Kosten der Konsumenten gewonnene Grundrente. Denn daß der Zoll in der Hauptsache vom Ausland getragen würde, diese Annahme bestehe lediglich bei der Regierung und ihren Parteien; die Wissenschaft jedenfalls lehne sie zum allergrößten Teile ab (Conrad, Pohle, Mombert, Gerloff). Zudem stehe es in Widerspruch zur Absicht des Zollschutzes, erhöhte Preise zu bewirken[51]).

Wie verhalte es sich nun mit den Produktionskosten der Konkurrenzländer, stimme da die Behauptung, daß die überseeische Landwirtschaft vor dem Inland begünstigt sei? Für die Krisenzeit der 90er Jahre habe dieses Argument seine Richtigkeit gehabt, das werde durchaus nicht bestritten, aber seitdem hätten sich die Zeiten geändert: Die Bedingungen der Kolonisation in den in Betracht kommenden Überseeländern hätten sich verschlechtert. Wenn vielleicht auch noch genügend Boden für die Mehrerzeugung vorhanden sei, so dürfe darüber nicht vergessen werden, daß die Mehrerzeugung stets mit wachsenden Kosten in Verbindung stehe, die für Intensivierung, für Transportkosten oder für Arbeitslöhne aufgebracht werden müßten.

Die Oppositionsparteien erkennen programmatisch die hervorragende Stellung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft durchaus an, sodaß keinesfalls behauptet werden kann, bei ihnen träte das landwirtschaftliche Interesse gegenüber dem Interesse an der Industrie zurück. Wenn die Entwicklung der Landwirtschaft durch Zollschutz von ihnen bezweifelt wird, so begründen sie es damit, daß der Zoll für die Landwirtschaft nutzlos sei. Erhalte die Landwirtschaft den Weltmarktpreis, und der ist nach ihrer Ansicht bei Aufhebung der Zollfreiheit, Aufhebung der Ausfuhrverbote und steuerlicher Gleichstellung der Auslandsprodukte gesichert, so gebe ihre Lage zu Besorgnissen weiter keinen Anlaß. Zur Abwendung der Krisis müßten Maßnahmen der inneren Handelspolitik ergriffen werden, und auf diesem Gebiete erklären sich diese Parteien zur Mitarbeit bereit. Nach ihrer Überzeugung liegt

[51]) Gothein. a. a. O. S. 15.

die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft einzig und allein in ihrer möglichst engen Verknüpfung mit der Weltwirtschaft, die eine freie Gestaltung der Außenhandelsbeziehungen zur Voraussetzung habe und sowohl Landwirtschaft als Industrie Vorteil bringen werde. Man verweist auf die Fortschritte, die z. B. die dänische und die holländische Landwirtschaft bei Freihandel gemacht hätten; es könne nicht behauptet werden, daß die deutsche Landwirtschaft diesen gegenüber in Beziehung auf Klima und Boden nachstehe, und doch sei sie von ihnen weit überflügelt worden[52]). Die Zölle würden den Anschluß an die Welt beeinträchtigen, denn sie verteuerten den wichtigsten Rohstoff für die Industrie: die Lebensmittel. Auf die Industrie mit ihrem Export komme es heute an, und jede Schädigung, noch dazu eine, die nur einem Teile der Landwirtschaft einen durchaus nicht notwendigen Vorteil in Gestalt der Grundrente bringe, müsse im Interesse des Ganzen vermieden werden. Es könne ohne weiteres zugegeben werden, daß die Landwirtschaft darunter zu leiden habe, daß das Niveau der Preise für Industriewaren und gewerbliche Leistungen, die aber den viel zu hohen Industriezöllen zur Last zu legen seien, zu leiden habe; doch wollen die Zollgegner auch hier eine Senkung erzielen. Andererseits habe aber die deutsche Landwirtschaft viele Erleichterungen, die es rechtfertigen, ihre schwierige Lage für die Zukunft gesicherter erscheinen zu lassen. Dahin gehörten die Organisation der deutschen Landwirtschaft in Form des gemischten Betriebes, die Marktnähe der Absatzgebiete, die Lohnentwicklung und die Konkurrenz innerhalb der gerade für die Landwirtschaft so wichtigen Maschinenindustrie. Alle diese Umstände wirkten krisenmildernd. Wenn die Vorkriegspolitik höhere Getreidepreise für notwendig erachtet habe, so ist das nach Ansicht der Zollgegner schon damals auf Kosten der Gesamtvolkswirtschaft zu Gunsten einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Landwirten geschehen. Es habe ertragen werden können, da die allgemeine Kaufkraft auch entsprechend zugenommen habe; doch seien damals schon bedenkliche Erscheinungen, wie das Zurückbleiben des Reallohnes gegen Ende der Friedenszeit es bewiese, zu verzeichnen gewesen, aus denen hervorgehe, daß die Politik revisionsbedürftig war. Heute könnten im Exportinteresse nur die Weltmarktpreise zugebilligt werden; denn die Industriewaren dürften sich nicht teurer stellen als die der konkurrierenden Staaten und die Aufnahmefähigkeit des Auslandes. Die Lage Deutschlands sei hier besonders gefährdet:. England hat keine Agrarzölle, die Vereinigten Staaten von Amerika sind nicht auf fremde Lebensmittel in nennenswertem Umfang angewiesen, und selbst Frankreich ist es bedeutend weniger als Deutschland. Also müsse Deutschland, das in seiner Ausfuhr so empfindlich sei, auf jede Kostenersparnis hinwirken. Agrarzölle würden tatsächlich eine industrielle „Vorbelastung" darstellen, wie sie in keinem der in Betracht kommenden Länder bestehe[53]).

---

[52]) Frhr. v. Richthofen DD. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4325).

[53]) Vgl. Wissel SP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2579 ff.); Hilferding SP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4259 ff.); Meyer DD. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2614 ff.); Hoernle KP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2632 ff.); Frhr. v. Richthofen DD. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4325 ff.).

Man kann wohl ohne Einschränkung behaupten, daß sich die landwirtschaftlichen Kreise über das Wesen der Krisis als einer Erscheinung, die von der Seite des Angebotes ihren Ausgang nimmt, und die nur durch Zollschutz beseitigt werden kann, einig sind, wie es besonders aus den Verhandlungen des deutschen Landwirtschaftsrates, aber ebenso auch aus den Berichten jeder anderen landwirtschaftlichen Interessenvertretung hervorgeht. Die Schwächung der Kaufkraft tritt dem gegenüber völlig zurück. Der Standpunkt des deutschen Landwirtschaftsrates ist in einer Resolution, die er auf seiner Tagung 1924 gefaßt hat, wie folgt festgelegt: „Zu den Lebensbedingungen der deutschen Landwirtschaft gehören zoll- und verkehrspolitische Maßnahmen gegen den Wettbewerb solcher Länder, die unserer heimischen Produktion auf den deutschen Märkten durch günstigere Erzeugungsbedingungen überlegen sind[54])", und nach dieser Denkschrift müssen fast alle Produktionszweige von der überlegenen Konkurrenz bedroht sein; denn es bleibt kaum ein Zweig übrig, für den nicht Schutzzoll gefordert wird. Es ist bezeichnend, daß obige Resolution mit allen gegen eine Stimme, diejenige Serings, angenommen wurde. Auf Grund dieser Einstellung kann es dann auch nicht weiter verwunderlich erscheinen, wenn in einer Flugschrift des Reichslandbundes die bekannte Erklärung des Vereins für Sozialpolitik auf seiner Stuttgarter Tagung, die in der Einführung von Kornzöllen keine Hilfe für die Landwirtschaft zu erblicken vermag, als „der Wahnsinn von Stuttgart" abgetan wird[55]). Diese Einstellung erklärt auch die Aufstellung eigener berufsständischer Parteien bei den Wahlen 1928 (Christl. Bauernpartei, Sächsisches Landvolk usw.); die Landwirtschaft glaubte ihr Interesse trotz der vielen Konzessionen bei den Zollparteien nicht genügend gewahrt.

Ob die Stellungnahme innerhalb der Regierungsparteien einheitlich gewesen ist, darüber kann man sich nur mehr oder weniger in Vermutungen ergehen. Bei dem starken Einfluß, den die Landwirtschaft in der Deutschnationalen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei hat, sowie auf Grund der prinzipiellen Stellungnahme dieser Parteien zur Landwirtschaft, als der Grundlage der ganzen Volkswirtschaft, hat wahrscheinlich Einigkeit über die Notwendigkeit der Zölle geherrscht, wenngleich den Forderungen der Landwirtschaft nicht in allem stattgegeben wurde. Daß diese bedeutend weiter gehen, erweist sich aus der Entstehung der berufsständischen landwirtschaftlichen Parteien, die einem Mißtrauensvotum an die bisherigen Interessenvertreter gleichkommt. — Komplizierter liegen die Verhältnisse bei der Volkspartei und dem Zentrum. Die Deutsche Volkspartei hat großen industriellen Anhang, und diesem müßte naturgemäß viel an billigen Lebensmitteln als Kostenelementen der Produktion liegen. Doch ist gleichzeitig ein starkes Interesse an Industriezöllen, von denen auch hier jeder Produktionszweig einen Vorteil nicht nur für seine Industrie, sondern auch angeblich für „die allgemeine Sache" erwartet, vorhanden, die aber nur zu haben sind mit Zustimmung der landwirtschaftlichen Vertreter. Politisch blieb daher gar nichts anderes übrig, wollte man die Industriezölle er-

[54]) Ber. üb. d. Verh. d. dt. Landw.-Rates 1924.
[55]) Gerber: a. a. O. S. 17.

höhen, als den Agrarzöllen zuzustimmen, zumal die Landwirtschaft immer wieder mit großer Deutlichkeit erklärte, im Falle der Ablehnung ihrer eigenen Zölle mit aller Macht auf den allgemeinen Freihandel hin arbeiten zu wollen[56]). — Noch stärker kommen die Gegensätze im Zentrum zum Ausdruck, da hier die Arbeiterschaft einen starken Einfluß ausübt und an billigen Nahrungsmitteln interessiert ist. So sind auch tatsächlich auf Initiative des Zentrums ein Teil der Lebensmittelzölle herabgesetzt und im besonderen die Mindestzölle auf Getreide, die nach einem Ausspruch des damaligen Ernährungsministers Graf Kanitz das „Herzstück" der Vorlage bedeuteten, fallen gelassen worden[57]).

b) Die Stellung zur landwirtschaftlichen Solidarität.

Die Annahme, daß dem Getreidebau durch den Kornzoll eine volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigende Rente verschafft werde, ist nicht der einzige Grund, der die Oppositionsparteien zur Ablehnung veranlaßt. Sie nehmen weiter an, daß durch die Getreidezölle die Landwirtschaft als Ganzes sogar geschädigt wird. Denn die Kornzölle kämen nur dem getreideverkaufenden Teile der deutschen Landwirtschaft zugute, besonders dem Großgrundbesitz, der an volkswirtschaftlicher Bedeutung dem übrigen Landbau durchaus unterlegen sei. Für den Klein- und Mittelbesitz liege das Schwergewicht in der Viehzucht, und damit sei er häufig auf den Zukauf von Getreide als Futtermittel angewiesen. Dieser grundlegende Unterschied zwischen dem Groß- und dem übrigen Besitz könne gar nicht deutlich genug betont werden, wenn man das wirkliche Interesse der Landwirtschaft fördern wolle. Wie sei nun das Verhältnis von getreidekaufenden und -verkaufenden Betrieben? In der parteipolitischen Diskussion stützt man sich dann meist auf die Schätzungen Brentanos, deren Richtigkeit allerdings von den Zollparteien bezweifelt wird, nach der nur 10 % aller Betriebe am Kornverkauf interessiert sind, während die übrige Zahl zum großen Teil noch zum Zukauf von Korn gezwungen ist. Führe man nun Getreidezölle ein, so belaste sich der größere Teil der Landwirtschaft selbst mehr als er sich nütze. Eine Verteuerung des Getreides durch Zölle treffe die viehzüchtende Bauernschaft ebenso wie den Konsumenten. Das müsse unter allen Umständen verhindert werden, denn die Hauptbedeutung innerhalb der Volkswirtschaft — mag sie vor dem Kriege dank des politischen Einflusses der Großagrarier künstlich auf den Getreidebau gelegt worden sein — gebühre in der Gegenwart dem Bauernbesitz, da er dem Großgrundbesitz an Intensität durchaus überlegen sei. Daher erklären sich Demokraten und Sozialdemokraten auch grundsätzlich bereit, über die Notwendigkeit von Viehzöllen verhandeln zu wollen. Auch deshalb müßten diese Maßnahmen in Erwägung gezogen werden, weil es sich bei

[56]) „Sollte wider Erwarten der Landwirtschaft ein lückenloser der Parität mit den Industriezöllen entsprechender Satz versagt werden, dann müßte der Landwirtschaftsrat für völligen Freihandel auf allen Gebieten eintreten." Resolution d. DLR. v. 17. VII. 24.

[57]) Lammers Z.: Pol. JB. 1925 S. 204.

der Viehwirtschaft um einen Veredelungsprozeß handele, für den diese Parteien schon eher zu Schutzkonzessionen bereit sind. Es solle sich aber auch hier nur um einen Erziehungszoll handeln, dem das Ziel gesteckt sei, daß die Landwirtschaft ihre hochwertigen Fertigfabrikate sogar exportreif gestalten könne. Man gesteht zu, daß die Lage der deutschen Viehwirtschaft sich viel ungünstiger entwickelt habe als die des deutschen Getreidemarktes. Während eine erhebliche Hausse den Getreidebau begünstigt habe, sei sie für die Viehwirtschaft ausgeblieben. In dieser Erscheinung liege zugleich der Kernpunkt für Bedenken gegen die Viehzölle, denn der tiefere Grund dafür komme neben einem tatsächlichen preisdrückenden Angebot des Auslands in der Tendenz zum Ausdruck, daß die deutsche Viehwirtschaft über die Konsumkraft der Bevölkerung hinauswachse. Die ohne Zweifel durch die Kriegs- und Nachkriegszeit schwer in Mitleidenschaft gezogene Viehzucht habe sich verhältnismäßig schnell wieder erholt, aber der Fleischverbrauch sei stark zurückgegangen und betrage auch heute noch kaum mehr als 70 % der Vorkriegszeit. Es bestehe die Gefahr, daß die deutsche Viehwirtschaft an ihrer eigenen Produktivität ersticke; denn mit der Zollerhebung würde eine Preiserhöhung eintreten, die den Anlaß zu einer starken Ausdehnung gäbe. Wenn nun die Konsumkraft nicht in gleichem Maße wachse, so werde bald ein Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage entstehen, das den Preis wieder herabdrücke. Damit würde es wegen Unrentabilität zwangsweise zur Einschränkung der Produktion kommen müssen. Wenn der Zoll in der Vorkriegszeit Erfolg gehabt habe, so liege es daran, daß die Tendenz der Produktion über den Bedarf hinauszuwachsen überkompensiert wurde durch die Steigerung der Konsumkraft, die durch die Entwicklung der Industrie und die Steigerung der industriellen Rente möglich gewesen sei; doch dürfe nicht außer Betracht gelassen werden, daß die letzten Jahre der Friedensperiode eine Änderung in diesem Verhältnis erkennen ließen, der man in erleichterter Fleischzufuhr Rechnung tragen mußte. Es sei sehr zweifelhaft, ob gegenwärtig die Voraussetzung für steigenden Konsum bei steigenden Preisen bestehe; vielmehr könne man fast sicher mit der gegenteiligen Wirkung rechnen, sodaß letzten Endes weder Landwirtschaft noch Volkswirtschaft irgendeinen Vorteil zu verbuchen habe. Die Viehzucht sei auf jeden Fall konjunkturempfindlicher als der Getreidebau, der immer eine gewisse Stetigkeit aufweisen werde. Daher sei auch das Schicksal der deutschen Landwirtschaft unlösbar mit dem der Industrie verbunden. Eine blühende Viehwirtschaft und damit ein kraftvoller Bauernstand können nur wieder gewonnen werden, wenn als Vorbedingung sich die Industrie aufs neue voll entfaltet habe und damit Veranlassung geben könne zu regerer Nachfrage nach den Erzeugnissen der bäuerlichen Wirtschaft. Die Industrie müsse aber hinaus auf den Weltmarkt und könne das nur durch billige Produktion, bei der billige Lebensmittel nicht das geringste Kostenelement seien. So müsse der Bauernstand im eigenen Interesse die Voraussetzungen dafür schaffen. Zölle hätten diese Wirkung nicht und damit gefährdeten sie die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, verhinderten sie eine Entfaltung der Konsumkraft im Innern.

Es wird von den Oppositionsparteien nicht verkannt, daß das Ergebnis dieser Überlegungen durchaus negativ und der Bauernwirtschaft damit nicht im geringsten geholfen ist. Ein Zustand, der die deutsche Konsumentenschaft mit billigen Lebensmitteln des Auslandes auf Kosten des Bauernstandes versorgt, schwebt auch ihnen nicht als Lösung vor. Es müsse das Ziel bleiben, die Viehwirtschaft so leistungsfähig wie möglich zu machen, um den Wettbewerb des Auslands abzudrängen. Doch schlagen sie andere Mittel als Dauerzölle vor: Viehzoll als Erziehungszoll, der in absehbarer Zeit wieder aufgehoben werden kann, Zollfreiheit für Getreide und Futtermittel, und Billigkeit der Industrieerzeugnisse durch weitgehenden Freihandel. Ferner ist man bereit, wenn auch der Vorteil der reinen Viehzölle fraglich erscheine, den tierischen Erzeugnissen einen Zollschutz zuzubilligen. Im Interesse der Arbeitsbeschaffung will man anstreben, den Produktionsprozeß vom tierischen Rohstoff bis zum Fertigfabrikat im Inland zu vollziehen, um sich den Nutzen der Weiterverarbeitung nicht entgehen zu lassen; natürlich auch dann nur, wenn nicht eine dauernde Verteuerung dadurch bewirkt werde. Der Gedanke des Erziehungszolles müsse stets als Leitmotiv vorangestellt werden[58]).

Auf der andern Seite betonen die Anhänger der Zollvorlage stets die Notwendigkeit, das landwirtschaftliche Zollsystem so auszubauen„ daß die gesamte Landwirtschaft, ebenso der Großgrundbesitz, wie der Mittel- und Kleinbesitz geschützt werde. Die Landwirtschaft ist für sie ein untrennbares Ganzes, das auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden ist. Infolgedessen seien sowohl die Getreide- als auch die Viehzölle im gemeinsamen Interesse aller Besitzgrößen. Der Großgrundbesitz ist nach ihrer Ansicht im Aufbau der deutschen Volkswirtschaft, besonders in den östlichen Provinzen, ein ebenso unentbehrlicher Faktor wie die Bauernwirtschaft im Süden und Westen; also müßten die Schutzmaßnahmen sich auch auf die Gesamtlandwirtschaft erstrecken. Neben den Kornzöllen bildeten daher ein Hauptglied dieser Kette die Viehzölle, die insbesondere den Bauern zugute kommen sollten. Notwendig seien sie, weil auch hier das ausländische Angebot drohe, dessen Gefahr auch von der Opposition anerkannt werde; nur glauben die Zollanhänger nicht, daß als Folge der Zölle eine Überproduktion eintreten werde. Denn sie vertreten die Ansicht, daß die Belebung des inneren Marktes von der Landwirtschaft ausgehe. Die erhöhte landwirtschaftliche Rente als Folge der Zölle wird die Industrie beleben, auf dem Wege der Preisherabsetzung wird die Kaufkraft der Konsumenten gehoben, und in diesem Kreislauf wird die gesamte Wirtschaft emporblühen.

Es ist Tatsache, daß innerhalb der Landwirtschaft Groß- und Kleinbesitz in dieser Frage völlig einig sind und gemeinsam ihre ganze Hoffnung auf die Einführung der Zölle setzen. Man hält sich immer die Zeit vor dem Kriege vor Augen, in der die zollgeschützte Landwirtschaft eine Periode glänzenden Aufschwungs und großer Ertragssteigerung in allen Produktarten erlebt hatte. Es kann daher nicht Wunder nehmen, wenn man im Zoll wieder das Allheilmittel sah. Und zwar allgemein; es gab tatsächlich

[58]) Vgl. Mayer DD. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4339).; Sender SP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2627); Hilferding SP. (Dt. RT. Bd. 387 III. Wpr. S. 4259).

landwirtschaftlicherseits kaum eine Stimme, die nicht eine Interessensgleichheit zwischen Groß- und Kleinbesitz für gegeben ansah. Man braucht nur die Tagungsberichte der Landwirtschaftskammern, Bauernvereine und dgl. Organisationen durchzusehen, um diese Auffassung bestätigt zu finden. Auch im Reichstag, im Reichswirtschaftsrat fühlen sich die landwirtschaftlichen Vertreter als die Vertreter der Landwirtschaft schlechthin, nicht etwa nur als Vertreter der Bauern, der Pächter, der Großgrundbesitzer: Getreide- und Viehzölle, eins wie das andere liegen im Interesse jedweden Landbaues. So sagt der Abgeordnete Horlacher von der Bayerischen Volkspartei, also ein Vertreter eines ausgesprochenen Bauernlandes: „Das System der Schutzpolitik muß ein in sich geschlossenes und in sich ausgeglichenes sein, und ich sage hier, wenn ich auf die umstrittene Frage der Agrarzölle eingehe, daß für die Landwirtschaft eine gleichmäßige in sich abgeschlossene Gestaltung der Agrarzölle ein unbedingtes Erfordernis ist. Wir brauchen erstens einmal die Getreidezölle, um die Getreidewirtschaft dort zu erhalten, wo sie sich erhalten läßt; und wir brauchen die Viehzölle, um die Viehwirtschaft dort zu erhalten, wo sie sich erhalten läßt. Und wenn wir das deutsche Getreide zollschutzlos lassen, und den deutschen Getreidebau zwingen, daß er zu einer anderen Wirtschaft, der Viehwirtschaft, übergeht, dann ruinieren wir durch diese Wirtschaft weiter den Bauern, der auf diese Viehwirtschaft angewiesen ist.“[59])

Der landwirtschaftlichen Initiative ist es durch die ihr nahe stehenden Parteien gelungen, bei der Festsetzung des Zolltarifs zu günstigeren Ergebnissen, als sie von der Regierung in Aussicht genommen waren, zu gelangen; an Stelle der geplanten einfachen Zölle wurden Viehmindestzölle durchgedrückt. Es ist dies wohl der einzige Punkt in der ganzen Vorlage, in dem den Wünschen der Landwirtschaft, welche die Forderung nach Mindestzöllen von vornherein erhoben hatte, voll entsprochen worden ist.

Es läßt sich mithin feststellen, daß bei den Viehzöllen eigentlich, mit Ausnahme der Kommunisten, alle Parteien Schutzmaßnahmen billigen. Wenn es trotzdem zu keiner Einigung gekommen ist, liegt dies an der Forderung nach Mindestzöllen, von der die Zollparteien nicht abgehen wollten, während die anderen Parteien hier zu keinerlei Konzessionen bereit sind. Sie erblicken in den Mindestzöllen echte Schutzzölle, welche die Gefahr ihrer Verewigung in sich tragen. Dagegen erklärten sie, mit Erziehungszöllen von begrenzter Dauer einverstanden zu sein.

c) Die Stellung zur Stabilisierung der Wirtschaftsführung.

Die Schwankungen der Getreidepreise in der Zeit nach der Währungsstabilisierung mußten in die Landwirtschaft eine starke Unsicherheit hineintragen. Es war zu befürchten, daß die Stetigkeit des Anbaues dadurch gefährdet würde. War es nun möglich, diesem Mißstande durch handelspolitische Maßnahmen irgendwie

[59]) Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2605.
Vgl. auch: Weidenhöfer (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2621).; Hepp (Dt. RT. II. Wpr. Bd. 381 S. 382).

entgegen zu treten? Bekanntlich haben die Schwankungen der Getreidepreise bereits in den früheren Agrarkrisen eine Rolle gespielt, die zu dem „Antrag Kanitz“ geführt haben mit dem Ziel, ein staatliches Getreideaußenhandelsmonopol einzuführen. Der Zollschutz, sowie der dauernd zunehmende Bedarf besserte damals die Verhältnisse und brachte in die Preisentwicklung eine gewisse Stetigkeit. So glaubte die Landwirtschaft auch 1924 wieder zur Beseitigung der Preisschwankungen auf die bewährten Wirkungen der Zölle hinweisen zu müssen. Der Zoll, so argumentiert man, hebt das Getreideangebot des Inlandes aus den schwankenden Bedingungen des Weltmarktes heraus, da das gefährliche Massenangebot des Auslandes, das von der Landwirtschaft als unumstößliche Tatsache betrachtet wird, durch die Zollmauer nicht zur vollen Auswirkung gelangen könne; der Preis bestimme sich durch das inländische Angebot und die inländische Nachfrage und werde eine Stetigkeit bewahren, die dem Landwirt eine sichere Kalkulation gestatte. Ein besonders ungünstiger Einfluß auf die Weltmarktpreisbildung liegt nach Meinung der Landwirtschaft in dem Vorhandensein der großen ausländischen, besonders der amerikanischen Spekulation. Ein Berufsstand wie die Landwirtschaft, der kaufmännisch nicht so erfahren sei, um dagegen ankämpfen zu können, müsse von staatswegen gegen diese Unsicherheit geschützt werden; nicht aus einem privatwirtschaftlichen Interesse heraus, sondern aus der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, eine starke Landwirtschaft als die Grundlage der deutschen Volkswirtschaft zu erhalten.

In Analogie dieser Forderungen wird auch amtlicherseits das Bedürfnis der Preisstabilisierung herangezogen, um die Notwendigkeit der Getreidezölle zu rechtfertigen. In der Begründung der Regierung zur Zollvorlage wird angeführt, daß der Zollschutz das richtige Mittel abgibt, um die Stetigkeit der Preisentwicklung herbeizuführen, dessen Eignung durch die Vorkriegszeit bewiesen sei. Je weiter die Intensität unter dem Zollschutz sich entwickeln werde, umso mehr nehme die Abhängigkeit vom Ausland in der Lebensmittelversorgung ab, und umso eher blieben infolge der Ausschaltung des durch die Spekulation beeinflußten ausländischen Angebotes die Preise stabil[60]).

In den gleichen Bahnen bewegt sich die Beweisführung der Zollparteien. Den Erschütterungen, die bisher die Folge jener ungehemmten Preisgestaltung gewesen wären, sei die Landwirtschaft keinesfalls gewachsen. Der Landwirt könne sich nicht wie andere Berufsstände mehr oder weniger nach den Konjunkturen richten und nicht beliebig zu Produktionseinschränkungen schreiten, oder durch Kartellvereinbarungen und ähnliche Abmachungen einen künstlichen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage herbeiführen. Arbeite der Landwirt unter solch besonderen Verhältnissen, so sei es gerechtfertigt, seine Stellung durch be-

[60]) „Gelingt es, die landwirtschaftliche Produktion dadurch, daß ihr eine gewisse Stetigkei der Preisentwicklung durch einen Zollschutz gewährt wird, erheblich zu steigern, so kann der Einfuhrüberschuß erheblich gemindert werden. Die Steigerung der Inlandserzeugung wird einen gleichbleibenden, maßvollen Preisstand zur Folge haben, der für die Verbraucherschaft von größter Bedeutung ist.“ (Dt. RT. III. Wpr. Drucksache Nr. 1036 S. 67).

sondere Maßnahmen zu festigen. Daß darin eine zeitweilige Benachteiligung des Verbrauchers liege, sei selbstverständlich; aber auch vom Konsumentenstandpunkt aus biete eine Stetigkeit der Preise große Vorteile; denn an gleichmäßigem Reallohn dürfte Produzenten wie Konsumenten in gleicher Weise gelegen sein; es werde dann gelingen, die Lohnkämpfe, bei denen es meist um den Reallohn gehe, auf ein Minimum zu beschränken, und damit eine nicht geringe Unsicherheit aus dem Produktionsprozeß auszuschalten[61]).

Die Annahme, daß der Zollschutz eine Einschränkung bezw. sogar eine Ausschaltung der berufsmäßigen Spekulation zur Folge haben wird, ist ein besonderer Grund für die Deutschvölkischen und Nationalsozialisten, den Zoll zu fordern. Der Landwirt habe keinen Einfluß auf die Preisgestaltung, lediglich die Börse sei bestimmend, und die Börse befinde sich einzig und allein in den Händen der Juden. Die Grundeinstellung der Deutschvölkischen und Nationalsozialisten mit ihrem Antisemitismus und der Überzeugung von der Schädlichkeit der Spekulation als der Wurzel der „Zinsknechtschaft" läßt sie hierin den Grund für die Schwankungen der Getreidepreise erblicken. Die Spekulation würde gefördert, wenn die im Inland erzeugten Nahrungsmittel nicht ausreichten. Daher streben sie durch den Zoll zur Autarkie, und mit der Nahrungsfreiheit werde es gelingen, die Spekulation auszuschalten und eine Stabilität der Preise zu gewinnen[62]).

Sozialdemokraten und Demokraten erkennen die Notwendigkeit einer stabilen Preisbildung für die Landwirtschaft an, ebenfalls aus dem Grunde, daß die Landwirtschaft infolge ihrer besonderen Stellung den Gefahren der Preisschwankungen enthoben sein müsse. Doch wird von ihrer Seite nicht angenommen, daß es in absehbarer Zeit zu größeren Schwankungen kommen wird, da kaum ein größeres Angebot aus dem Ausland zu erwarten stehe. Aber auch wenn das tatsächlich der Fall sein sollte, müsse es zweifelhaft erscheinen, ob die Dauerzölle das geeignete Mittel zur Verhinderung von Preisschwankungen sein könnten. Die Vorkriegsentwicklung habe gezeigt, daß der Zoll zwar die Inlandspreise, im allgemeinen um seinen vollen Betrag, gegenüber den Weltmarktpreisen erhöht habe, daß aber die Schwankungen keinesfalls behoben worden seien. Den schwankenden Weltmarktpreisen hätten schwankende Inlandpreise gegenübergestanden, die im großen und ganzen nur um den Zollbetrag differierten. Den Nutzen der Zölle hätten also lediglich die Landwirte gehabt in Gestalt eines zwar schwankenden, aber doch dauernden Rentenbezuges. Dem Konsumenten sei dieses Verfahren in keiner Weise zugute gekommen, und die Spekulation sei auch nicht eingeschränkt worden. Daher müsse ein richtiges Mittel zur Abhilfe anders aussehen: es muß so beschaffen sein, daß es die Schwankungen auffängt. Es kämen dafür nur temporäre Zölle in Betracht, die im Eventualfall erhoben würden. Einmal ständen in Frage die „gleitende Zollskala" und zum andern die Bereitschafts-

[61]) Vgl.: Rippel DN. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4294); Hepp DV. (Dt. RT. II. Wpr. Bd. 381 S. 382); Frhr. v. Richthofen-B. DNVP. a. a. O. S. 14—16.

[62]) v. Graefe Dt. Völk. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4285).

zölle, welche die Funktion von Notstandszöllen haben sollten. Es sei bemerkenswert, daß die gleitenden Zölle als Eventualzölle jetzt auch wieder in die Praxis der Handelspolitik Eingang gefunden hätten, nämlich in Österreich und der Tschechoslowakei, immerhin ein Zeichen dafür, daß dieser Gedanke nicht lediglich Phantasieerzeugnis sein könne, als welches ihn die anderen Parteien ablehnten. Wenn die gleitende Zollskala sich bisher keiner großen Beliebtheit erfreut habe, so liege der Grund in der allgemeinen Anschauung, daß sie dort, wo man sie bisher anwandte, versagt habe; vor allem kämen die englischen Versuche in Betracht. Es sei auch Tatsache, daß der mit der gleitenden Zollskala in England beabsichtigte Zweck niemals erreicht worden ist. Doch sei nicht der gleitende Zoll als solcher, sondern die praktische Anwendung und Ausgestaltung für den Mißerfolg verantwortlich zu machen. Auch in England sei das System immer vollkommener gehandhabt worden, aber als es tatsächlich auf der Höhe gewesen wäre, sei der Freihandel eingeführt worden und habe so allen Erörterungen über die Zweckmäßigkeit des Systems ein Ende gemacht. Die Frage, ob ein zweckmäßiges System der gleitenden Zollskala eine ausgleichende Preisbildung bewirken kann, sei bisher der Beantwortung durch die Praxis entzogen worden; man könne es aber keinesfalls aus den bisherigen Erfahrungen heraus ohne weiteres verneinen. Immerhin müsse zugegeben werden, daß die Einführung ein gewisses Risiko darstelle, das man aber des möglichen und sogar wahrscheinlichen Erfolges wegen in Kauf nehmen könne. — Aber selbst die Unzulänglichkeit der gleitenden Zölle zugestanden, biete noch der Notstandszoll ein Mittel, das dann zur Anwendung gelangen solle, wenn infolge irgendeines Sturzes der Weltmarktpreise die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft gefährdet werde. Praktisch würde der Notstandszoll so zur Ausführung gelangen, daß in den Handelsverträgen Deutschland dem Kontrahenten Zollfreiheit zusichere und sich die Einführung der Zölle nur bei „Notständen", deren Symptome im Vertrag festzulegen seien, vorbehalte. Daß die Verhandlungslage dadurch erschwert würde, könne wohl nicht behauptet werden; denn es werde leichter sein, mit Eventualzöllen zum Abschluß von günstigen Verträgen zu kommen als mit festen Sätzen, die auf jeden Fall die internationale Bewegungsfreiheit behinderten. Mit diesen Vorschlägen wird von der Sozialdemokratie und den Demokraten einer schwankenden Preisgestaltung entgegengetreten. Einem Verfahren, mit Rücksicht auf eine vielleicht später einmal eintretende Preissteigerung schon jetzt einen Zoll einzuführen, könnten sie keinesfalls zustimmen[63]).

Die handelspolitischen Pläne der Sozialdemokraten gehen weiter und empfehlen als sicherstes Mittel der Preisstabilisierung, das auch die ganze private Spekulation ausschalte, das Getreide-

[63]) Mayer DD.: „Dagegen halten wir im Hinblick auf die Möglichkeit einer den Erwartungen widersprechenden Preisbewegung für Getreide . . . für notwendig, daß über die Zweckmäßigkeit von Bereitschaftszöllen und gleitenden Zöllen, wie sie von Prof. Sering angeregt sind, ernsthafte Erwägungen stattfinden." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2615). Hierzu Sering: Krisis der Weltwirtschaft und die auswärtige Handelspolitik. S. 30 ff.; Harms: Zukunft der deutschen Handelspolitik. S. 256 ff., S. 107; im gleichen Sinne auch: Sender SP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2625).

monopol. Der ganze Außen- und Binnengroßhandel mit Brotgetreide soll danach von staatlichen Stellen übernommen werden. Die Monopolanstalt würde die Preise, zu dem die Produzenten das Getreide zu liefern hätten, festsetzen, wobei sie sich durchaus den Verhältnissen des Weltmarktes anpassen und keineswegs eine einseitige Konsumentenpolitik betreiben sollte. Man weist auf die Erfolge hin, die in der Schweiz und Norwegen damit erzielt sein sollen. Wenn man dort wieder von diesem Verfahren abgegangen sei, so liege das nicht etwa am System, sondern an der landwirtschaftlichen Gegenagitation, die vollkommen unverständlich sei, da gerade die Landwirtschaft ihren Vorteil in Gestalt beständiger Preise dadurch gehabt habe[64]).

Ungefähr in der gleichen Weise will die Kommunistische Partei, die im übrigen die Eventualzölle als ungeeignet für Verhandlungszwecke ablehnt[65]), diese Probleme behandelt wissen und verweist dabei auf die Erfahrungen, die man damit in Rußland gemacht habe.

Bis auf Sozialdemokratie und Kommunisten lehnen alle anderen Parteien eine Monopolisierung ab; sie bedeutet ihnen nichts weiter als Zwangswirtschaft, die sie als produktionshemmend grundsätzlich — wenigstens für „normale" Zeiten — ablehnen. Auch die Landwirtschaft selbst wünscht kein staatliches Monopol: ihr sind Zölle lieber, da sie es bei der jetzigen Regierungsgestaltung als sicher annimmt, daß eine monopolistische Regelung nicht die Belange der Produzenten wahren würde. Sie hat mithin weniger grundsätzliche als politische Bedenken.

d) Die Stellung zum Agrarkapitalismus.

Ein Argument, das im Kampf um die Zölle stets eine Rolle gespielt hat, ist die angebliche Steigerung der Bodenpreise und der Grundrente durch den Zollschutz mit der volkswirtschaftlich schädlichen Begleiterscheinung der Landgüterspekulation. In den 90er Jahren hatte die Erörterung über diese Folgen im Vordergrund gestanden und auch bei dem Zollkampf der Nachkriegszeit wiesen die Zollgegner häufig darauf hin. So mußten sich die für den Zoll eintretenden Parteien auch jetzt wieder mit diesem Argument auseinandersetzen.

Der zu Grunde liegende Gedankengang ist folgender: Der Zoll nütze den Landwirten nur im Augenblick der Einführung, solange die Landgüter in der Hand derselben Eigentümer blieben. Da aber die mit den Zöllen eintretende Erhöhung der landwirtschaftlichen Rente gleichzeitig eine Steigerung der Landgüterpreise bewirke, würde dieser Vorgang für den bisherigen Besitzer ein Anlaß sein, das Landgut zu dem höheren Preise zu verkaufen, sodaß die durch den Zoll erwirkte Rente kapitalisiert und nicht zur

[64]) Bericht des Parteitages in Kiel 1927 S. 21 ff.

[65]) Rosenberg KP.: „Bereitschaftszölle . . . das geht praktisch für Handelsvertragsverhandlungen nicht, da . . . der Gegner nicht weiß, woran er ist . . ." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2596).

Intensivierung des Betriebes verwandt würde. Der Käufer erhalte zwar auch die erhöhten Produktenpreise; für ihn würfen sie aber keine Rente mehr ab, da die Rente Bestandteil der Kosten geworden sei. Die Preise würden für ihn wieder nicht lohnend sein, und aufs Neue ertöne der Ruf nach Zöllen. Würden diese nicht bewilligt, so würde der Betrieb wieder notleidend sein. Der Besitzer könne leicht zum Verkauf gezwungen sein, und das Landgut werde Spekulationsobjekt mit den Folgen der Extensivierung infolge Raubbaues usw. Aber selbst wenn zunächst bei Zolleinführung der Besitzer die Rente nicht durch Verkauf kapitalisiere, sondern zur Intensivierung benutze, so werde sich der eben geschilderte Vorgang nach seinem Tode bei der Erb-Auseinandersetzung vollziehen, da der Besitznachfolger seine Miterben entsprechend dem gesteigerten Landgutswert auszahlen müsse. So würden Verschuldung und Landgüterspekulation in jedem Falle die Folgen des gepriesenen Zolles sein. Den Vorteil dabei habe lediglich der Landwirt von heute, keinesfalls die Landwirtschaft. Der ganze Prozeß bedeute nichts anderes als eine „Plünderung der Gesamtheit zu Gunsten einer kleinen Minderheit Privater" (Brentano).

Von den Zollparteien wird die theoretische Richtigkeit dieses Gedankenganges nicht angezweifelt, doch habe es sich gezeigt, daß die befürchteten Folgen der Zölle nicht eintreten. Das Resultat der früheren Zolleinführung sei Ertragssteigerung bei steigenden, Grundrente verschaffenden Preisen gewesen, die nicht die Verkaufsbewegung, sondern die Intensivierung gefördert hätten. Wenn die Opposition jetzt wieder das Grundrentenargument benütze, so ließe sie es an jedem Sinn für die Wirklichkeit fehlen. Die Zölle bilden für die Zollanhänger „ein wichtiges Mittel zur Steigerung der Produktion; sie bedeuten höhere Kornpreise; diese bedeuten höher zulässige Betriebsaufwendungen für den Kornbau; dieser wieder höhere Kornroherträge, was gleichbedeutend ist mit mehr Inlandsbrot und geringerem Devisenbedarf für den Ankauf fremden Korns"[66]). Wenn der Zoll also auch abstrakt theoretisch vom Standpunkt der Verteilung aus wegen „Plünderung zu Gunsten Privater" abgelehnt werden könnte, vom Produktionsstandpunkt aus erscheint er den Zollparteien schlechthin notwendig.

Bei den Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten herrscht über das Argument der Grundrente Einigkeit; sie bekennen sich vollkommen zu der Ansicht, daß der Zoll nur zur Kapitalisierung der Rente führen würde. Die Hauptvertreter, auf die sie sich berufen, sind Brentano und Dietzel. Man befürchtet mit ihnen, daß die infolge der Zölle erhöhten Produktenpreise auch die Verkaufspreise der landwirtschaftlichen Güter entsprechend in die Höhe treiben. Wenn auch zugegeben werden könne, daß sicherlich manche Landwirte die früheren hohen Produktenpreise zum Anlaß genommen haben, nicht um ihr Land zu verkaufen, sondern um die Produktion intensiver zu gestalten, so wird das nichts an dem Bestehen der Verkaufstendenz und der

[66]) Dt. RT. Bd. 402 Drucksache Nr. 1036. Begründung d. Regierung zur Zollvorlage.

zwangsweisen Rentenkapitalisierung bei der Erb-Auseinandersetzung ändern[67]).

Innerhalb des Zentrums ist die Auffassung nicht einheitlich; es macht sich stark der Einfluß des Arbeiterflügels bemerkbar, der die gleichen Argumente wie die übrigen Zollgegner anwendet. Nur so ist die ablehnende Haltung der christlichen Gewerkschaften zu verstehen, die mit diesem Argument die Kornzölle bekämpfen. Auch sonst wird zugegeben, daß die Zollgegner sich auf die bessere wissenschaftliche Rüstung berufen können, doch es beständen in der Praxis Hemmungen, welche die befürchteten Folgen nicht Wirklichkeit werden ließen[68]).

Während so die Stellung des Zentrums im Innern jedenfalls nicht einheitlich genannt werden kann, ist diese Einheit gewahrt bei den übrigen Zollparteien. Für sie ist das Argument von der Grundrente bei allem Wahrheitsgehalt nichts als Schlagwort, dessen Gültigkeit für die Praxis widerlegt werde durch die Entwicklung vor dem Kriege[69]).

Wenn man in dem parteipolitischen Streit nach einer Auseinandersetzung mit dem Grundrentenargument sucht, so findet man in den eigentlichen Parteischriften und Reden so gut wie nichts darüber; das Schlagwort wird lediglich in dem einen oder andern Sinne angeführt als die Meinung eines Wissenschaftlers und damit als ein Axiom hingenommen, dessen Beweis nun überflüssig ist. Es bleibt daher nichts anderes übrig als auf die wissenschaftlichen Vertreter zurückzugehen, auf die man sich beruft. Da ist der Streit sehr heftig entbrannt: Brentano und Dietzel, deren Ansicht durch den geschilderten Gedankengang dargestelt wird, sind die Stützen der Zollgegner; Beckmanns Schriften geben die Begründung auf der andern Seite; seine Argumentation dient den folgenden Ausführungen als Unterlage[70]).

---

[67]) Sender SP.: „Man muß sich also darüber klar sein, daß auf die Dauer, wenn . . . durch die Zölle die Bodenpreise erhöht werden, wir in einen circulus vitiosus geraten müssen, weil nach dem Besitzwechsel immer neue Erhöhungen der Zölle erforderlich waren, wenn die gewollte Wirkung dann überhaupt noch eintreten sollte." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2627).

Vgl. auch: Rosenberg KP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2597); Gothein DD. (a. a. O. S. 25/27).

[68]) Lammers Z.: „Bei aller Anerkennung wissenschaftlicher Sachkenntnis, auf welche die Sozialdemokratie sich vielfach beruft, konnte das Zentrum doch an der von Prof. Harms ausgesprochenen Umschreibung der Bedeutung wissenschaftlicher Gutachten nicht vorübergehen: als wissenschaftlicher Sachverständiger erblicke ich meine Aufgabe nicht so sehr darin, die Kunst des Möglichen in den Vordergrund zu schieben, sondern ein Ziel zu kennzeichnen. Aufgabe der Praktiker muß es sein, von dem soviel wie irgend möglich zu verwirklichen, und im übrigen den Hemmungen Rechnung zu tragen, die dem entgegenstehen. Den letzten und eigentlichen Zweck des Zusammenarbeitens von Wissenschaft und Praxis sehe ich darin, daß die Wissenschaft die Probleme bis zu Ende durchdenkt, während die Praxis die Kunst des Möglichen übt." Pol. Jahrb. 1925 S. 205.

[69]) Schneider DV.: „Wollen Sie (die Zollgegner) . . . Ihre alte Gebetsmühle drehen vom Brentanoschen Freihandelsargument, von der steigenden Grundrente und ich weiß nicht, was es da für Ladenhüter gibt?" (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2592).

[70]) a. a. O.

Es müsse bei der Grundrente zweierlei auseinander gehalten werden: Die allgemeinen theoretischen Zusammenhänge und die in der Gegenwart tatsächlich gegebenen Verhältnisse. Es komme dabei auf die ersteren an, denn sie bekämpfen den Zoll, wie Beckmann sich ausdrückt, „nicht platonisch, sondern jetzt für unsere Zeit und unsere Lage und unsere Hoffnungen". Theoretisch werde auch von den Zollanhängern zugestanden, daß die Rente des Kornbodens wie die des Wohnbodens zur Kapitalisierung drängen müsse und damit aus einem Einkommen zum Bestandteil der Kosten würde. Beim Wohnboden müsse die Kapitalisierung sogar als die Norm angesehen werden, da hier außerhalb der rein ökonomischen Überlegung, ob der dauernde Bezug der Rente in Gestalt der Miete besser ist oder der einmalige Bezug des Kapitals, keine andere Erwägung mitspräche. Die Tendenz des Besitzes und seiner Erhaltung sei hier genau so stark wie die Tendenz seiner Veräußerung. Bei der Landwirtschaft seien aber diese theoretischen Voraussetzungen nicht gegeben, denn sie sei als Berufsstand mit dem Boden verwachsen, sodaß ihr dadurch die reinökonomische Ausnutzung der Rente versagt werde. Der Landwirt könne nicht nur ökonomisch denken, denn mit dem Boden gebe er seinen Beruf auf und damit die einzige Möglichkeit, seine Arbeitskraft nutzbringend anzuwenden. Auch die durch den Zoll verstärkte Rentenbildung ändere an diesem Vorgang nichts, da der Bauer mit seinem Hof seine Existenz genau so bei einem Preis von M. 10, wie bei einem durch den Zoll bewirkten Preis von M. 15 verliere. Darum dürfe auch theoretisch der Zoll und seine Rente nicht mehr verurteilt werden als die Grundrente schlechthin.

Das Argument stützte sich weiter auf die Voraussetzung des Besitzwechsels. Hier liege aber gerade seine Schwäche; der Besitzwechsel ist konstruiert und entspricht nicht der Eigenart des landwirtschaftlichen Besitzes. Es dürfen nicht ökonomische Gründe herangezogen werden, um den Vorgang richtig zu würdigen. Für den deutschen Bauern sei der Boden etwas anderes als irgend ein Stück Land, das man im Kauf und Verkauf hin- und herwirft, er sei ihm die Heimat. Der Landwirt würde überhaupt nicht auf den Gedanken kommen, seinen Boden als die „diskontierte Summe des zukünftigen Ertrages" anzusehen. — Für die Gegenwart würden außerdem hemmend auf den Besitzwechsel die hohen Kosten wirken, die sich bei Kauf und Verkauf auf ca. 10 % des Verkehrswertes beliefen. Der Verkehrswert stehe aber meist ziemlich hoch über dem Ertragswert, sodaß die Steuer noch eine sehr hohe Grundrente überrage. — Tatsächlich sei auch der Besitzwechsel der Bauernhöfe sehr gering gewesen und zwar in allen Zeiten, ohne irgend einen Einfluß der Konjunktur. Was auf den Markt gekommen sei, stelle nur einen sehr geringen Prozentsatz des Besitzes dar; und bei dem, was verkauft würde, spiele die Kapitalisierung der Rente die geringste Rolle, vielmehr seien dann nichtökonomische Gründe bestimmend: Ausbreitung der Industrie, Aussterben der Familien, Krankheit usw. — „Bauernwirtschaft und Kapitalisierung der Rente sind allgemein theoretisch unvereinbare Begriffe. Insbesondere bleibt die Theorie den Beweis schuldig, daß die Tendenz des Besitzwechsels mit dem

Zoll und der Möglichkeit der Rente wächst; darauf aber kommt es an. Nicht ein Anhänger jener Lehre hat auch nur versucht, für den deutschen Bauern die wachsende Tendenz der Besitzveräußerung bei Zollrenten nachzuweisen. Es wäre auch nicht gelungen, denn alle bleiben nach wie vor auf ihren Höfen schollenklebig sitzen, verstehen kaum, was ihre Zollgegner mit ihrer Perspektive sagen wollen. Solange aber der Besitzwechsel fehlt, bleibt die Grundrente Einkommen, kann als Kapital den Betrieb intensivieren, nützt nicht nur dem Landwirt von heute, sondern den Nachkommen und der Landwirtschaft schlechthin; dieser Satz gilt für 95 % der kornverkaufenden deutschen Bauern."[71]) — Andererseits müsse zugegeben werden, daß in den deutschen Ostprovinzen, also in den Gegenden des überwiegenden Großgrundbesitzes, tatsächlich eine Besitzlockerung als Folge der Zölle vor sich gegangen sei. Der Großgrundbesitzer verfüge meist über derartige Mittel, daß die Frage des Berufswechsels ihm weniger bedeute. Wenn aber ein Landgut einmal verkauft werde, dann bleibe es Spekulationsobjekt und komme tatsächlich außer Genuß des Zolles. Habe auch die große Mehrzahl der Landgüter nicht den Besitzer gewechselt, so finde hier allerdings die Ansicht, daß der Zoll dem Nachbesitzer nichts nütze, ein praktisches Beispiel, das dann aber stets zu Unrecht verallgemeinert werde. — Ebenso habe jene Theorie einen Kern der Berechtigung gehabt, bei der zweiten Art des Besitzwechsels, dem Erbgang, so wie er früher vor sich zu gehen pflegte. Man habe in den Gegenden des bäuerlichen Anerbenrechtes häufig die einzelnen Erbteile nach dem jeweiligen Reinertrag des Bodens bemessen, sodaß der Erbe bei der besseren Preislage durch größere Kosten in Gestalt der Zinsen belastet gewesen wäre. Es sei Tatsache, daß der überwiegende Teil der Überschuldungen aus der Zeit der guten Konjunktur, aus den 60er und 70er Jahren, herrühre. Damals habe aber der weichende Erbe seinen Anteil aus der Masse ausgezahlt erhalten, wenn der Anerbe seinen Besitz antrat, um mit dieser Summe sich eine Lebensstellung gründen zu können; der Erbteil sei also gewissermaßen die Ablösung aus der Gütergemeinschaft gewesen. Diese Zustände hätten sich aber geändert. Der Nachwuchs habe sich mit dem Aufkommen des Industrialismus den zahllosen neuen Berufen zugewandt. Dazu brauchten sie dann nicht mehr das Kapital als Stammsumme, sondern sie benötigten eine Ausbildung mit Hilfe jener Summe. Sie werde also vor dem Erbgang aufgebracht; demgemäß werde sie meist aus dem laufenden Ertrage genommen, mithin auch aus der Zollrente. „Der Schein der Theorie trügt, im Leben sieht es anders aus als unter dem Schein der Studierlampe[72]."

Nun behaupte jene Theorie weiter, daß der Nachbesitzer eine Intensivierung seines Landes nicht vornehmen kann, da er nicht mehr als der Vorbesitzer vor dem Zoll wegen des Kaufes zu höherem Preise verdiene. Wie dargelegt, stehe und falle das Argument mit der nur in sehr beschränktem Maße gegebenen Voraussetzung des Besitzwechsels. Aber auch diese Voraussetzungen zugegeben, müsse es noch bewiesen werden, daß dem Nachbesitzer

[71]) Beckmann: Agrarkrisis und Agrarzölle. S. 80.
[72]) Beckmann: Agrarkrisis und Agrarzölle. S. 82.

eine Intensivierung nicht in höherem Maße möglich sei als dem Vorbesitzer. Es dürfe nicht außer Betracht gelassen werden, daß, wenn steigende Preise eine Erhöhung der Intensität bewirkten, der Nachbesitzer, der die Grundrente als Kosten bezahle, alle Kräfte auf die Erhaltung und Erweiterung der Intensität verwenden müsse; denn er habe den Betrieb so teuer gekauft, daß er bei Nachlassen der Intensität nicht auf seine Kosten kommen würde. Der Zoll sei aber dann gerade der Anlaß zu weiterer Intensität geworden und nicht umgekehrt. Seine theoretische Begründung finde der Vorgang darin, daß jede agrare Produktion mit bestimmten Preisen zu rechnen habe; danach richte sich Intensivierung oder Stagnation des Landbaues. Es bleibe dabei gleichgültig, ob der Betrieb sich einen Teil des Preises als Kosten oder als Grundrente anrechnen könne. Wer bei einem bestimmten Verhältnisgrad von Preis und Intensität Grundrente beziehe, der könne intensivieren, wer dabei aber keine Grundrente beziehe, der müsse intensivieren, sodaß es also an sich gar kein besseres Mittel zur Hebung des Landbaues geben könne, als durch Verwandlung der Grundrente bei einer bestimmten Preislage in Kosten den Intensitätsgrad zu „verankern". So habe auch bei steigenden Preisen niemals die Intensität nachgelassen, sie erfolge nicht trotz, sondern gerade dank der steigenden Preise.

Das sind im wesentlichen die Argumente, mit denen man der Ansicht der Oppositionsparteien entgegentreten zu können glaubt. Die Zollanhänger bestreiten weniger die Richtigkeit der Theorie, sie behaupten lediglich, daß die Voraussetzungen, auf denen die Theorie aufbaut, für die deutsche Landwirtschaft nicht gegeben sind. Damit ist nach ihrer Meinung einer auf dem Grundrentenargument fußenden Politik jede Grundlage entzogen.

2. Die Stellung zur Industrie.

a) Die Stellung zum Gleichgewichtsproblem der Wirtschaftszweige.

Während die Vorkriegszollpolitik bemüht war, durch Verwirklichung des Solidarschutzes das handelspolitische Gleichgewicht von Industrie und Landwirtschaft herzustellen, wurde diese Einheitlichkeit gestört durch die Entwicklung der Kriegs- und Nachkriegszeit. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Industriezölle erheblich erhöht worden ist; und ebenso auf die Tatsache, daß die 1914 aufgehobenen Agrarzölle nicht wieder eingeführt wurden. Es kann daher nicht Wunder nehmen, wenn sich die Landwirtschaft durch diese Maßnahmen benachteiligt fühlte, besonders als der Beginn der Krisis mit aller Deutlichkeit auf die unterschiedliche handelspolitische Behandlung hinweisen mußte. So wurde die handelspolitische Differenzierung von der Landwirtschaft außer all den andern Gründen benutzt, um für sich den Zollschutz zu fordern. Das „bewährte System des Solidarschutzes" galt ihr als die Voraussetzung für eine gute Entwicklung, ganz abgesehen von den besonderen Forderungen, die sie zum Schutze einzelner Produktionszweige erhob.

Es erschien ihr in Anbetracht des früheren Aufschwungs eine Selbstverständlichkeit, und sie empfand den Kampf um die Agrarzölle und die Abneigung der Linksparteien dagegen als einen Vorgang, der seinen Grund letzthin nur in der politischen Voreingenommenheit gegen die Landwirtschaft als das konservative Element innerhalb der Volkswirtschaft hätte.

Auch die Begründung der Regierung zur Zollvorlage führt die These des Solidarschutzes an. Da der Industrieschutz nicht zu umgehen sei, müsse die Landwirtschaft eine paritätische Behandlung erfahren. So vertrat die Regierung 1924 die Wiedereinführung der Agrarzölle vor dem Reichstag mit folgenden Argumenten: „Zweitens aber, was noch wichtiger ist, (der erste Punkt behandelte den Zolltarif als Verhandlungstarif) gilt es, der Landwirtschaft als einem so überaus wichtigen, bedeutsamen Faktor der nationalen Arbeit denjenigen Schutz zu gewähren, der ihr aus Gründen der Parität gegenüber den Industriezöllen gewährt werden muß, wenn nicht eine gefährliche Störung des Gleichgewichts die Folge sein soll[73])." — In der gleichen Weise erfolgte die Begründung seitens der Zollparteien. Ihr Standpunkt gibt sich in der folgenden Erklärung der Regierungsparteien wieder: „Die Parteien sind von der Überzeugung durchdrungen, daß die gegenwärtig bestehende Zollfreiheit von Agrarprodukten für die Landwirtschaft nicht länger erträglich ist, daß vielmehr auch ihr der Schutz vor drohender Überschwemmung mit Auslandsprodukten zuteil werden muß, den die Industrie in Gestalt von Zöllen und teilweisen Einfuhrverboten genießt[74])." So lautet also die Beweisführung, die hier zu Grunde gelegt wird, auf eine kurze Formel gebracht: weil die Industrie Zölle hat, muß auch die Landwirtschaft zur Herstellung des handelspolitischen Gleichgewichts Zölle erhalten, oder, mit einem Wort der zollpolitischen Debatte der 70er Jahre ausgedrückt: Zoll auf Roggen und Zoll auf Eisen sind die Grundlagen der volkswirtschaftlichen Entwicklung.

Wie begründet nun die Opposition ihre gegenteilige Ansicht? Auch sie erkennt an, daß grundsätzlich eine paritätische Behandlung von Industrie und Landwirtschaft stattfinden müsse. Aber die Parität solle auf andere Weise geschaffen werden: durch Abbau der Industriezölle. Damit würde der Grund wegfallen, den die Landwirtschaft stets zu ihren Gunsten anführen könne, und der bei dem jetzigen Zustand tatsächlich schwer zu widerlegen sei[75]). Es wird mit allem Nachdruck bestritten, daß man die Stellung der Landwirtschaft nicht genügend zu würdigen verstehe; man sei genau so wie die Zollparteien der Ansicht, daß auf einer

[73]) v. Schlieben, Reichsminister d. Finanzen (Dt. RT. II. Wpr. Bd. 386 S. 2574).
[74]) Erkl. d. Reg.-Part. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4267).
Vgl. ferner: Thomsen DN. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2583)
Schneider DV. (Dt. RT. III. Bd. 386 S. 2591).
Ehrhardt Z. (Dt. RT. III. Bd. 387 S. 4290).
v. Graefe Dt.Völk. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4283).
[75]) Rosenberg KP.: „Ich glaube, daß dieses einzige Argument, das die Landwirtschaft ernsthaft anführen könnte, dann wegfällt (wenn Freihandel auf industriellem Gebiete eingeführt wird)." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2627).
Sender SP. (Dt. RT. III. Wp. Bd. 386 S. 2595).
Mayer DD. (Dt. RT. Wpr. Bd. 386 S. 2613).

gesunden Landwirtschaft die ganze Volkswirtschaft beruhe. Daß der Vorschlag des industriellen Zollabbaues den heutigen Verhältnissen der deutschen Wirtschaft Rechnung trägt, geht nach Ansicht seiner Befürworter auch aus der Stellungnahme der bedeutendsten Träger der Wissenschaft hervor, wie sie besonders in der bekannten Freihandelsresolution des Vereins für Sozialpolitik in Stuttgart zum Ausdruck gekommen sei. Wenn ferner behauptet werde, daß die landwirtschaftlichen Zölle in den Tarif eingesetzt werden müßten, um die paritätische Behandlung von Industrie und Landwirtschaft zu wahren, so bedeute doch Parität nicht, daß, weil der eine Berufsstand Schutzzölle genieße, auch der andere die entsprechenden Zölle haben müsse; sie bedeute doch vielmehr, daß bei jeder einzelnen Ware die Schutzbedürftigkeit erst geprüft werden müsse. Diese werde aber für sehr viele Agrarprodukte bestritten. Dort, wo ein Zoll tatsächlich notwendig sei, wolle man ihn auch zugestehen, wie man es durch die Einstellung zu den Viehzöllen deutlich gezeigt habe. Lediglich der Gedanke des Solidarschutzes, der ohne weiteres den Schutz zubilligt, werde verworfen. Daß die industrielle Zollpolitik der letzten Jahre die Landwirtschaft mittelbar sehr geschädigt habe, unterliege keinem Zweifel, wenn auch nicht vergessen werden dürfe, daß die Wirkung abgeschwächt worden sei durch das Anziehen der Getreidepreise. Davon abgesehen aber könnte die unterschiedliche zollpolitische Behandlung für die schlechte Lage der Landwirtschaft mit verantwortlich gemacht werden. Trage dem jedoch selbst bei Einführung der Agrarzölle die Kompromißpolitik der Zollparteien Rechnung? Die Zollgegner bezweifeln das; denn auch bei Annahme der vorgeschlagenen Sätze werde kein Ausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft getroffen. Die beabsichtigten Agrarzölle blieben trotz ihrer Höhe verhältnismäßig hinter den geplanten Industriezöllen zurück. Die Preise der meisten Industriewaren würden sich fast immer um den vollen Zollbetrag erhöhen, wie es wegen der großen Kartellierungsfähigkeit der Industrie befürchtet werden müsse, während die agrare Preisgestaltung sich der industriellen nicht in gleichem Verhältnis anpassen könnte. Auch bei voller Zollauswirkung würde sich die Preisschere zu Ungunsten der Landwirtschaft öffnen. Allerdings könne an sich die Parität zwischen Landwirtschaft und Industrie auch durch Anpassung der Agrarzölle an die Industriezölle herbeigeführt werden, aber dieses Vorgehen komme wegen seiner produktionsverteuernden Wirkung, welche die Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Industrie bedeute, von vornherein nicht in Frage. Also bleibe nur der andere Weg: Abbau der Industriezölle. Der Vorwurf der Zollparteien, daß die Opposition lediglich die Agrarzölle mißbillige, wird mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Nur sei es selbstverständlich, daß es sich bei dem Abbau der Industriezölle um keine radikale, mit einem Schlage durchführbare Maßnahme handeln könne. Ebenso seien auch Schutzzölle, die aber dann nur tatsächlich Schutzzölle im Sinne von Erziehungszöllen sein dürften, als Ausnahme zu gewähren. Das entscheidende Argument der Oppositionsparteien liegt darin, daß die Landwirtschaft in der Gegenwart keinen durchgängigen Schutz nötig habe. Deshalb dürfte die handelspolitische Lage nicht mit dem Solidarschutz beschwert werden, wenn man nicht von vorn-

herein auf das große Ziel der Handelspolitik, die Herbeiführung des internationalen Freihandels, verzichten wolle[76]).

Übrigens werden ähnliche Gedankengänge auch von landwirtschaftlicher Seite geführt, nur daß sie natürlich zu den entgegengesetzten Ergebnissen gelangen. Die Landwirtschaft fühlt sich im Verhältnis zur Industrie von den Zollparteien benachteiligt und glaubt, höhere Zölle als die im Tarif vorgeschlagenen verlangen zu müssen. Es wurde bereits auf die hiermit zusammenhängende „Freihandelsdrohung" des Deutschen Landwirtschaftsrates hingewiesen, wie auch auf die Entstehung besonderer landwirtschaftlicher Parteien[77]), die auf diese Einstellung zurückzuführen ist.

b) Die Stellung zum Industrieschutzproblem.

Handelt es sich bei der Einführung der Agrarzölle um eine Erweiterung des geltenden Zolltarifs, die von der Opposition nicht für volkswirtschaftlich tragbar angesehen wurde, und die ihr eine Beschränkung der volkswirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten bedeutete, so lagen die Verhältnisse bezüglich des Industrieschutzes insofern anders, als er sich hier nicht um die Forderung neuer Zölle handelte. Es wurde schon erwähnt, daß die Industrie ihren Schutz ohne Unterbrechung durch den Krieg fortgenossen hatte, und daß er zum Teil sogar in der Inflationszeit noch erhöht worden war. Dieser Vorgang erklärt es, warum der Streit um die Industriezölle gegenüber dem Kampf um den Agrarschutz in den Hintergrund treten konnte.

Nur die Kommunisten treten als einzige Partei für den industriellen Freihandel ein; er allein sei für das Proletariat die richtige Handelspolitik, da nur so die größte Produktivität und die beste Versorgung gesichert sei[78]).

Sonst hat ein „Kampf" eigentlich nur stattgefunden um die Eisenzölle; bei den meisten anderen wichtigen Industrieprodukten sind die Sozialdemokraten und Demokraten zu Schutzmaßnahmen bereit; anderer Ansicht als die Zollparteien sind sie allerdings über das Ausmaß und die Art der Zölle. Sie betonen stets, daß ihr Ziel nach wie vor die volle Freiheit der Handelsbeziehungen sei; lediglich angesichts der handelspolitischen Weltlage, da die übrigen Nationen sich mit Hochschutzzollmauern umgeben hätten, seien sie bereit, die Zölle, soweit ein wirklicher Schutz nötig wäre,

---

[76]) Mayer DD.: „Die paritätische Behandlung . . . verlangen wir auch . . . aber (sie) . . . bedeutet nicht, daß, weil der eine Schutzzölle genießt, auch der andere Schutzzölle haben muß, sondern sie bedeutet, daß bei jeder einzelnen Ware die Schutzzollbedürftigkeit geprüft wird, gleichgültig, ob die Ware von der Industrie oder von der Landwirtschaft erzeugt wird . . . Was nun die Agrarzölle betrifft, so ist ja über sie eine Erörterung im Gange, in der die unabhängige deutsche Wissenschaft eine sehr eindeutige und fast übereinstimmende Stellung (für den agraren Freihandel) genommen hat." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2614).
Vgl. auch: Wissel SP. (III. Wpr. Bd. 386 S. 2580).
Rosenberg KP. (III. Wpr. Bd. 387 S. 4371).

[77]) Vgl.: S. 41/42.

[78]) Rosenberg KP.: „Entweder muß man mit kühnem Entschluß für das Freihandelssystem eintreten, nicht zur Unterstützung des Auslandes, sondern in unserm Interesse, um unsere Produktion zu heben und die Preise zu senken, oder in den harten Apfel des Schutzzolles beißen" (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S.)

zum Ausgleich zu gewähren[79]). In der Hauptsache sollten die Zölle als Verhandlungszölle betrachtet werden, vermittels derer man in den Handelsverträgen durch gegenseitigen Abbau dem Ideal des völligen internationalen Freihandels möglichst nahe zu kommen hoffe. Da also — mit Ausnahme der Kommunisten — die freihändlerischen Oppostionsparteien glauben, unter dem Zwange der Verhältnisse den Industrieprodukten einen Schutz zubilligen zu müssen, so ist damit das Problem für die Zollverhandlungen gestellt; es heißt nicht mehr wie bei den Agrarprodukten: Schutzzoll oder Freihandel, sondern: wie weit ist der Industrie ein Schutz zuzubilligen und nach welchen Grundsätzen hat er sich aufzubauen?

c) Die Stellung zur industriellen Solidarität.

Von allen Parteien wird als ein Leitsatz der deutschen Außenhandelspolitik die Förderung der Ausfuhr anerkannt. Vollkommene Einigkeit herrscht darüber, daß jede Anstrengung gemacht werden muß, um der deutschen Industrie den Export zu ermöglichen, da aus ihren Überschüssen vorwiegend die Devisen zur Abtragung der Londoner Verpflichtungen zu nehmen sind. Es kann hier unberücksichtigt bleiben, ob bei einzelnen Parteien durch besondere Stärkung der Landwirtschaft die Pflege des inneren Marktes im Vordergrund ihrer Bestrebungen steht. Die Notwendigkeit der Ausfuhrsteigerung wird auch von ihnen nicht verkannt. Es wurde auch schon darauf hingewiesen, daß nach Meinung aller Parteien für den Export im besonderen die Fertigwarenindustrie in Frage kommt, teils wegen Rohstoffknappheit, teils aus dem Grunde, um hochqualifizierte Arbeit in den Erzeugnissen hinauszusenden, die die Beschäftigung möglichst vieler Arbeitskräfte gestattet.

Die Opposition bestreitet nun, daß die von den Zollparteien gewünschte und eingeschlagene Politik solche Wirkungen auslösen wird. Die Vorbedingung hierfür ist nach ihrer Ansicht die freie Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten[80]), nur so könne mit den geringsten Kosten gearbeitet werden, die unbedingt nötig seien, um auf dem Weltmarkt erfolgreich bestehen zu können. Der Schutz der Fertigfabrikation, soweit er sich handelspolitisch ermöglichen lasse, sei eher in Erwägung zu ziehen, aber auch er solle nur ein wirklicher Schutz vor überlegener Konkurrenz sein, der keinesfalls zu Monopolbildungen führen dürfe. Jedenfalls müsse ein Zollsystem von oben nach unten aufgebaut sein, vom Fertigprodukt bis zum Rohstoff hin. Daß im Einzelfall davon abgesehen werden könne, sei selbstverständlich, aber im ganzen müsse ein Land wie Deutschland, das von der Einflechtung in die Weltwirtschaft abhängig sei, unter allen Umständen ein Zollsystem einführen, daß durch Rücksichtnahme auf die Exportnotwendigkeit bestimmt sei. Daher habe man bei der Festsetzung des Tarifs auszugehen von den Bedürfnissen der Fertigindustrie

[79]) Bericht des handelspolitischen Ausschusses über den Entwurf eines Gesetzes über Zolländerungen. (Dt. RT. III. Wpr. Drucks. Nr. 1336 S. 17).

[80]) Ber. d. handelspolitischen Ausschusses über den Entwurf eines Gesetzes über Zolländerungen. (Dt. RT. III. Wpr. Drucks. Nr. 1336).

und danach die Abstufungen einzusetzen; das bedeute mithin in erster Linie zollfreie Einfuhr der Grundstoffe. — Das geltende deutsche Zollsystem, wie es seit Beginn einer deutschen Handelspolitik gehandhabt worden sei, weise den entgegengesetzten Gang auf, von unten nach oben. Im Vordergrund aller Bestrebungen habe der innere Markt gestanden, dessen Schutz vor allem anderen betont wurde. Es solle auch gar nicht bestritten werden, daß das einer früheren volkswirtschaftlichen Lage entsprach; das Schwergewicht der deutschen Industrie habe im Inland gelegen, das bei wachsendem Wohlstand sich dauernd aufnahmefähiger zeigte. Der Export sei bei all seiner Bedeutung zurückgetreten, wenn er auch absolut stets zugenommen und zu einer nicht mehr lösbaren Verbundenheit mit der Weltwirtschaft geführt hätte. Gegenwärtig müsse in Anbetracht der veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse die Ausfuhr das Primäre sein, und danach habe sich alles andere zu richten. Die Fertigindustrie arbeite aber umso teurer und sei umso weniger konkurrenzfähig, je mehr sie für die Rohstoffe bezahlen müsse. Ein Zoll, der bereits unten einsetze, übertrage sich von einer Produktionsstufe auf die andere und führe so tatsächlich zu einer „Vorbelastung“ der Fertigindustrie, die sie im internationalen Wettbewerb unter Umständen nicht bestehen ließe. Es liege auch hier gerade so wie in der Landwirtschaft, bei der sich auch die Erhebung von Zöllen auf Futtermittel von selbst verbieten würde. Wie aber stehe die Praxis zu diesen Gedankengängen? Der Hauptrohstoff, auf dem sich alles andere aufbaue, sei das Eisen, das bisher im Mittelpunkt der „nationalen“ Wirtschaftspolitik gestanden habe und für die Zollparteien auch noch stehe. Darin liege aber die fehlerhafte Voraussetzung. Die Eisenindustrie bilde nicht mehr das „Rückgrat“ der gesamten Wirtschaft, für das sie handelspolitisch vor dem Kriege zweifellos angesehen wurde. Der Grund für den Umschwung liege in der veränderten Wirtschaftsgestaltung Deutschlands, welche die Zukunft der deutschen Wirtschaft nur in der Exportförderung beruhen ließe. Und bei der Exportausweitung stehe das Gebiet der Fertigfabrikation aus den bekannten Gründen im Vordergrund; ihre Vervollkommnung sei dank der technischen Vorbildung zweifellos möglich. Zwangsläufig wird nach Ansicht der Zollgegner Europa und damit Deutschland bei der zwischenstaatlichen Arbeitsergänzung, die als Ziel der Handelspolitik vorschwebt und sich langsam durchsetzen werde, die Rolle des Verarbeiters zufallen. Die Handelspolitik müsse auf weite Sicht eingestellt sein, und da trete für Deutschland wegen des unabänderlichen Zwanges zum Export die Förderung der Fertigindustrie als ausschlagebend in den Vordergrund, und somit auch die Notwendigkeit der zollfreien Rohstoffeinfuhr. — Es bestehe nun die merkwürdige Tatsache, daß die verarbeitende Industrie dem Zolltarif selbst zugestimmt habe, trotzdem es klar ersichtlich sei, daß sie dadurch nur geschädigt werde. Speziell auf die Haltung der an Bedeutung die eisenschaffende Industrie überragenden eisenverarbeitenden Industrie müsse verwiesen werden. Zum Teil fände dieses Verhalten seinen Grund in der wirtschaftlichen Verknüpfung dieser beiden Industrien: durch Aktienbesitz und ähnliche Beziehungen habe die Schwerindustrie großen Einfluß in der verarbeitenden Industrie und habe so ihre Zustimmung ge-

wonnen. Andererseits gewähre man der verarbeitenden Industrie zur Entschädigung der Zollbelastung „Rückvergütungen", indem bei der Ausfuhr dem Exporteur die Differenz zwischen Inlands- und Weltmarktpreis wiedererstattet würde. Diese Rückvergütungen seien Exportprämien. Sie könnten zwar vorübergehend der verarbeitenden Industrie einen Preisausgleich schaffen, auf die Dauer aber würde dieses Verfahren keinen Vorteil bedeuten, denn schließlich müßte doch der Konsument diese Vergütung in höheren Preisen bezahlen und würde genötigt, seinen Verbrauch zu beschränken. Das Ergebnis sei jedenfalls eine verringerte Versorgung des Inlands zu Gunsten des Auslands. Abgesehen davon seien Exportprämien nicht mehr ein wirksames Mittel in der Handelspolitik der Gegenwart, da das Ausland sofort zu Gegenmaßnahmen schreiten werde, und so nur der Verständigungswille der Nationen unnötig erschwert werde. Und wenn das Dumping möglich sei, erhalte das Ausland die Inlandserzeugnisse billiger als der heimische Markt und sei damit in der Lage, auch mit geringeren Kosten zu arbeiten, und das Inland im Wettbewerb von den andern dringend benötigten Märkten zu verdrängen. Also im Resultat werde ein solcher Export zu Dumpingpreisen ein Verlust für die Volkswirtschaft sein. Dieses Dumping habe es schon vor dem Kriege möglich gemacht, daß England seine Kriegsschiffe mit deutschem Stahl billiger herstellen konnte, als es Deutschland vermochte, und habe es sogar weiter ermöglicht, daß deutsche Ausfuhrwaren vom Ausland zu billigeren als Inlandspreisen zurückgebracht werden konnten. So lägen dieser von ihren Vertretern „national" genannten Handelspolitik entweder nur handelspolitisches Unvermögen oder rein privatwirtschaftliche Interessen zugrunde, die den allgemeinen Interessen direkt und ebenso dem sonst proklamierten Primat der Politik vor dem Berufsinteresse entgegengesetzt seien[81]).

Obschon die Zollparteien dadurch, daß sie die Notwendigkeit der Exportsteigerung annehmen, auch die Wichtigkeit der billigen Versorgung für die im Produktionsprozeß vorgelagerten Industrien anerkennen, glauben sie trotzdem, mit ihrer Haltung die Forderung eines Schutzes für die Rohstoffindustrie vereinbaren zu können. Im Grunde genommen handelt es sich bei ihnen um nichts anderes als die Fortsetzung der alten Vorkriegspolitik. Nach wie vor soll sich das Zollsystem von unten nach oben aufbauen, d. h. im Anfang aller ihrer handelspolitischen Forderungen steht die Notwendigkeit des Schutzes für die Rohstoffindustrie und insbesondere für die eisenschaffende Industrie. Sie begründen

[81]) Mayer DD.: „Auch ist . . . die Zahlung von Exportprämien nicht zulänglich . . . (Es) . . . bleibt die Frage offen, inwieweit angesichts der Dumpingmaßnahmen des Auslandes die Fortsetzung des Systems überhaupt möglich ist . . . Die . . . Eisenerzeugung hat sich in großem Umfange Betriebe zur weiteren Verarbeitung angegliedert, und infolgedessen wird sie durch die Zölle in ihrer Inlandswirkung kaum berührt . . . Ich muß die Frage aufwerfen, ob es richtig ist, durch die Zollpolitik eine Vertikalkonzentration zu fördern, zumal die Erfahrungen . . . zu ganz erheblichen Bedenken Anlaß gegeben haben." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 2618).

Vgl. auch: Wissel SP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4338).
Hörnle KP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4273).

ihre Stellungnahme mit der überragenden Wichtigkeit dieses Produktionszweiges für die gesamte volkswirtschaftliche Entwicklung. Gerade weil Deutschland so knapp mit Rohstoffen versehen sei, müsse es die dringende Aufgabe der Handelspolitik sein, das Vorhandene zu schützen. Genießt die Schwerindustrie keinen Schutz, so sei ihr Untergang gegenüber dem starken und durch den Ausgang des Krieges noch mächtiger gewordenen entsprechenden Auslandsindustrien zu befürchten. Die Notwendigkeit des Exports solle gewiß nicht verkannt werden, doch fraglich sei immerhin, ob die Sorge um die Ausfuhr im Vordergrund zu stehen habe. Keinesfalls dürften die Grundlagen jeder nationalen Produktion darüber vergessen werden[82]). — Es spielt in diese Ideologie, sicher zum Teil unbewußt, der Gedanke, von der „Gesundung durch den inneren Markt", von der Zielsetzung wirtschaftlicher Autarkie hinein. Wenn man so auch den Zoll mit wirtschaftlichen Gründen zu verteidigen sucht, in der Hauptsache sind es nationalistische oder jedenfalls außerhalb einer ökonomischen Betrachtungsweise gelegene Argumente, die bei dieser Einstellung mitsprechen. Bei allem Anerkennen der veränderten Wirtschaftsverhältnisse, wie sie in den Äußerungen von seiten des Zentrums und der Deutschen Volkspartei — weniger bei den Deutschnationalen — zum Ausdruck kommen, ist das auch offen ausgesprochen Leitmotiv der Handelspolitik die Fortsetzung der alten „segensreichen" Vorkriegszollpolitik: Rittergut und Hochofen als die Grundlagen der Volkswirtschaft, Roggenzoll und Eisenzoll als die Garanten für ihre Blüte. Eine „gesunde" Weiterentwicklung ist nach ihrer Argumentation nur auf dieser Grundlage gesichert; auch die Notwendigkeit des Exports habe da zurückzutreten vor einem Aufbau der Volkswirtschaft von innen heraus.

Es wurde bereits dargelegt[83]), wie man diese Auffassung wieder empirisch begründen zu können glaubt mit dem Gesetz von der fallenden Ausfuhrquote, das die steigende Wichtigkeit des inneren Marktes und damit die Notwendgikeit des Schutzes aller Produktionsstadien beweisen soll. Auch das Argument von der passiven Handelsbilanz zieht man in diesem Zusammenhang heran, wonach jede Einfuhr erst durch entsprechende Ausfuhr zu einem Gewinn werden kann. Ob es aber angesichts der als gegeben anzunehmenden Haltung der anderen Nationen gelingt, eine solche Steigerung herbeizuführen, wird von den Zollparteien bezweifelt. Die Richtigkeit der gegnerischen Argumente wird, vom Standpunkt der reinen Theorie aus betrachtet, eigentlich kaum bestritten; nur unter den gegebenen Verhältnissen der Wirklichkeit sei sie nicht durchführbar, wenn man nicht die „wirtschaftliche Selbständigkeit" ganz aufgeben wolle. Das Fundament dafür sei die Rohstoffindustrie und diese Grundmauer der deutschen Volkswirtschaft müsse, wenn es die Lage wie jetzt erfordere, durch den Zoll erhalten werden.

---

[82]) Erklärung der Reg.-Part.: „Um die deutsche Wirtschaft nicht zum Erliegen kommen zu lassen, . . . glauben die genannten Parteien, wieder Arbeitsmöglichkeit verschaffen zu müssen. Sie sind der Meinung, daß . . . dies nur möglich sein wird durch ein Schutzzollsystem." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4267).

[83]) Vgl. S. 31.

d) Die Stellung zum Organisationsproblem

Noch einen Punkt, der im Kampf der Parteien immer wieder von den Zollgegnern herangezogen wird, gilt es zu betrachten, den Zusammenhang zwischen Zolleinführung und Kartellbildung. Es handelt sich dabei um die Frage, ob der Zollschutz eine Tendenz zur Entstehung von Kartellen, deren volkswirtschaftlicher Nutzen umstritten ist, in sich trägt, bezw. ob bei bereits vorhandenen Kartellen die mit ihnen verbundenen Begleiterscheinungen sich in verstärktem Maße zeigen. Die Demokraten bedienen sich bei den handelspolitischen Auseinandersetzungen des Kartellargumentes nicht; sie sind nicht gegen die privaten Kartelle eingestellt, sondern erkennen deren Notwendigkeit ausdrücklich an. Sie wollen etwaigen Mißständen nur durch innerpolitische Maßnahmen der Kartellgesetzgebung begegnen[84]). Sozialdemokraten und Kommunisten dagegen erblicken in den privaten Kartellen grundsätzlich schon Auswüchse des Kapitalismus, die den Interessen der Unternehmer allein auf Kosten der Nurkonsumenten, insbesondere der Arbeiter, als der wirtschaftlich Schwächeren dienen. Da sich die Preise nach den Kosten der am teuersten arbeitenden, noch dem Kartell angeschlossenen Unternehmung richten, genössen die anderen Betriebe ein arbeitsloses Einkommen, die „Kartellrente", die nur möglich geworden sei durch eine künstliche Beschränkung der Produktivität. Diese volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigten, nur durch die gegenwärtige Gesellschaftsordnung bedingten Wirkungen müßten notwendigerweise bei Zollschutz in verstärktem Maße in Erscheinung treten. Wie bei Freihandel aller Nationen das tüchtigste Volk sich am besten entwickeln werde, so gelte dasselbe — immer unter der Voraussetzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung — analog für die einzelne Unternehmung bei freiem Konkurrenzkampf innerhalb der Volkswirtschaft. Ohne Schutzzölle hätten die Kartelle und Syndikate wenig Spielraum zu ihrer Entwicklung. Mit steigenden Schutzzöllen nehme die Tendenz zur Kartellierung der Industrieen zu, man versuche, die Weltmarktpreise um den Zollbetrag im Inland zu erhöhen, um durch Beeinflussung des Binnenmarktes eine Rente zu beziehen. Im Außenhandel werde zum Dumping gegriffen, mit dessen Kosten der Inlandskonsument belastet sei. Die durch den Zoll gesicherte Kartellrente bewirke, daß rationelle Arbeitsmethoden vernachlässigt werden, und an die Stelle des belebenden Wettbewerbes der Betriebe untereinander die Monopolstellung der Kartelle getreten sei. Während die freie Konkurrenz durch Kostenverringerung eine fortschreitende Warenverbilligung mit steigendem Absatz, mithin eine Zunahme des Reallohnes, bewirke, sei die Folge der Kartellpolitik eine Warenverteuerung, ein Stehenbleiben des Absatzes und des Lohnes. Im

[84]) „Die Deutsch-Demokratische Partei hat es selbstverständlich von jeher abgelehnt, sich an der üblichen Kartellhetze zu beteiligen . . . Zahlreiche große Verbandsbildungen dieser Art müssen als Schutzorganisationen kleinerer und mittlerer Betriebe betrachtet werden, und schon aus diesem Grunde wäre es verfehlt, gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Kartelle zu fordern. Dagegen ist es eine von der DDP. energisch vertretene Forderung, daß der Gesetzgeber dort eingreift, wo die Kartelle ihre Macht mißbrauchen."

Reif: Handelsvertragspolitik S. 12 (Schriftenreihe für politische Werbung, herausgegeben von der DDP. Heft Nr. 7).

Zusammenhang damit werde eine lohndrückende Arbeitslosigkeit um sich greifen und müsse die Unzufriedenheit der Arbeiter als der hauptsächlich durch eine derartige Politik Getroffenen sich mehren, ein Vorgang, der dann leicht zu gewaltsamen Erschütterungen des Wirtschaftslebens führen könne. Eine richtige Handelspolitik müsse darauf abzielen, den Reallohn zu steigern; das sei auf die Dauer nur möglich bei Rückgang der Preise. Diese Entwicklung werde gehindert durch die Entstehung und das Emporkommen der Kartelle, die begünstigt würden durch eine protektionistische Handelspolitik. Zwar behaupte man zur Begründung eines jeden Kartells, daß es lediglich dazu diene, um gegen die Auswüchse der freien Konkurrenz anzukämpfen und damit die Erhaltung des Fortschrittes zu sichern. Doch dieser Einwand sei lediglich die Verbrämung des privatkapitalistischen Gedankens. Die Auswüchse der freien Konkurrenz hätten früher lediglich in einem Druck auf das Lohnniveau durch Beschränkung der Koalitionsfreiheit gelegen. Nachdem aber hier Abhilfe geschaffen sei, müsse, solange die jetzige Gesellschaftsordnung bestehe, der freie Wettbewerb nur heilsam wirken, weil er die Arbeitsteilung fördere, die überflüssigen Glieder ausmerze und zur Verbilligung der Produkte bei steigendem Reallohn führe. Die „Planwirtschaft" der Kartelle, wie man sie bezeichne, um der Sache einen gemeinnützigen Anstrich zu geben, sei in der Gegenwart nichts anderes als eine planmäßige Unterstützung der Untüchtigkeit und eine planmäßige Ausbeutung der Konsumenten, deren Hauptgruppe durch die Arbeitnehmer gestellt werde. Die Behauptung, daß Kartelle notwendig seien als Folge des sozialen Zusammenlebens der Menschheit, das eine Beschränkung der individuellen Freiheit erfordere, sei verfehlt; denn die Beschränkungen sollen sich nur auf den Schutz der Persönlichkeit beziehen. Das Gegenteil täten aber die Kartelle, denn sie beuteten die Gesamtheit „planmäßig" aus zu Gunsten lediglich einer verhältnismäßig kleinen Gruppe wirtschaftlich Stärkerer. Kartelle seien volkswirtschaftlich nicht notwendige Machtpositionen, welche das Angebot zu Preisen förderten, die sich nicht aus den natürlichen Nachfrage- und Angebotsverhältnissen ergäben, und welche die Entwicklung der Volkswirtschaft schädigten durch Einschränkung der Produktion und das Beibehalten wirtschaftlich nicht gesunder Betriebe. Jedes Kartell strebe weiter zum vollständigen Monopol, denn dadurch werde jede Konkurrenz ausgeschaltet, und beherrsche das Kartell den Markt vollkommen. Monopole dürften lediglich Staatsmonopole sein; nur in diesem Falle würden die Gesamtheitsinteressen vertreten, und sei es eine richtige Planwirtschaft, die der Gesamtheit zugute komme und nicht einigen Auserwählten. Eine derartige Einstellung der Produktion wird nach Meinung dieser Richtung erst in der sozialistischen Gesellschaftsordnung vollkommen durchgeführt werden können. Wenn daher die Kartelle und sonstigen privaten Monopolgebilde bekämpft werden müßten, so sei der Kampf zu beginnen bei dem Kampf um die Einführung der Schutzzölle, denn sie seien die Wurzel alles Übels[85]).

[85]) Hilferding SP.: „Ich kann von Ihnen (den Zollparteien) nicht eine sozialistische Außenhandelspolitik verlangen. Was ich aber verlangen kann, ist, daß

Die theoretische Richtigkeit dieses Gedankens wird von den Anhängern der Zölle und in diesem Falle auch von der Deutschdemokratischen Partei nicht bestritten, doch ist es nach ihrer Ansicht reine theoretische Spekulation, die die praktischen Verhältnisse nicht berücksichtigt. Gewiß hätten Kartelle die üblen Begleiterscheinungen der Kartellrente, oder vielmehr sie könnten sie haben, wenn es nicht in der Wirklichkeit immer genügend Außenseiter gebe, an denen die Monopolbestrebungen der Kartelle zunichte würden. Die gegenwärtige Lage erfordere Kartelle[86]), um die Produktion in Einklang zu bringen mit dem Verbrauch, und das Angebot mit der Nachfrage in ein Gleichgewicht, bei dem die Industrie zu lohnenden Preisen absetzen kann. Aber wie dem auch sei, daß Kartelle den Keim zu Krankheitserscheinungen in sich tragen, wird von den Zollanhängern nicht geleugnet; es brauche auch nicht bestritten zu werden, denn die Kartelle seien in der Gegenwart unerläßlich. Den Nachteilen, die sich als Folgen des Schutzzolles auswirken werden, — der Schutzzoll ist aus anderen Gründen nicht zu umgehen — müsse man versuchen, auf innerpolitischem Gebiet entgegenzuwirken durch Regelung der Kartellgesetzgebung. So werde es schließlich gelingen, die Mißstände des Kartellwesens zwar nicht ganz zu beseitigen, sie aber doch erheblich zu mildern.

IV.

Die Stellung der Parteien zum Problem des Kampfzollsystems

Aus der Darstellung der handelspolitischen Grundsätze der deutschen Parteien kann festgestellt werden, daß die sogenannten Rechtsparteien mit dem Zentrum auf dem Standpunkt der Schutzzollhandelspolitik stehen, um die Volkswirtschaft, soweit es möglich ist, zu einer autarken Wirtschaft zu gestalten. Das ist die eine Aufgabe der Außenhandelspolitik, wie sie für diese Parteien durch die Verhältnisse der deutschen Volkswirtschaft in der Nachkriegszeit bedingt ist. Die Zollpolitik soll aber auch noch einer zweiten Aufgabe dienen, nämlich den Außenhandel, soweit es angemessen ist, in freiheitliche Bahnen zu lenken, um die Volkswirtschaft an den Vorteilen des internationalen Handelsverkehrs teilnehmen zu lassen; dadurch soll der Anschluß an die Weltwirtschaft gewahrt und die Ausfuhr gefördert werden. Dieses Ziel läßt sich nach ihren Ausführungen erreichen durch den Zolltarif

---

Sie . . . nicht das partikuläre Zünftlerinteresse vertreten, das Sie in den Tausenden deutscher Kartelle . . . vorfinden . . . Wir haben kein Interesse daran, daß . . . durch die Kartelle der letzte schlechteste Produzent mitgeschleppt wird, um nur den Kartellprofit aufrecht zu erhalten." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4265). Vgl. auch: Rosenberg KP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2593).

[86]) Ehrhardt Z.: „Es hat den Anschein, als ob in manchen Industriezweigen die Preispolitik der Kartelle lähmend gewirkt hätte . . . Über die Tatsachen sind wir uns aber im Klaren: Große Teile der Industrie bedürfen einer Erholungspause, um innerlich gekräftigt zu werden." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4299).

als „Verhandlungsinstrument", „dessen Höhe die Gewähr leistet, in die Zollmauern der Vertragsgegner eine Bresche zu schlagen[87])" und die Kontrahenten zwinge, in den Handelsverträgen auch ihrerseits mit den Zollsätzen herunterzugehen. Zu diesem Zwecke sei es notwendig gewesen, den geltenden Zolltarif umzugestalten, um eine ausreichende Unterlage für die Vertragsverhandlungen zu haben. Bei der Festsetzung der veränderten Tarifpositionen habe man in Erwägung ziehen müssen, daß alle anderen hauptsächlich in Betracht kommenden Länder ihre Tarife im Verhältnis zur Vorkriegszeit beträchtlich erhöht hätten, wie auch die Goldentwertung bei den Steigerungen zu berücksichtigen gewesen sei. Es bleibe die Aufgabe, sobald wie möglich einen vollständig neuen Tarif zu schaffen, welcher der neuen handelspolitischen Lage angepaßt sein müßte. Solange dieser aber nicht fertiggestellt sei, dürfte es nicht möglich sein, den unveränderten alten Tarif bei Verhandlungen erfolgreich zu benutzen, um zu günstigen Handelsverträgen zu kommen. Daher seien die vorgeschlagenen Abänderungen lediglich als Provisorium gedacht, das durchaus nicht allen Erfordernissen genüge, wie von den Zollparteien ohne weiteres zugegeben wird; für Verhandlungen aber sei es jetzt unbedingt notwendig[88]).

Wie dargelegt wurde, erblicken die Oppositionsparteien grundsätzlich die richtige Außenhandelspolitik im Freihandel; doch erkennen auch sie die Notwendigkeit eines Zolltarifs für Verhandlungszwecke an. Er ist ihnen das Mittel, das ihren freiheitlichen Idealen möglichst Geltung verschaffen soll. Allein bei der Kommunistischen Partei erfolgt keine Erörterung über den Zolltarif als Verhandlungstarif. Für sie gelten die vorgeschlagenen Sätze als Minimalsätze, von denen man auch beim Abschluß von Handelsverträgen nicht abgehen wolle. Die Begründung für diese Haltung ist darin gegeben, daß die Kommunisten die „bourgeoise" Handelspolitik nur als von den beteiligten Interessentengruppen ohne jede Rücksicht auf den Konsumenten beeinflußt sehen[89]).

Wenn nun auch Demokraten und Sozialdemokraten Verhandlungszölle für notwendig erachten, um zu ihrem Ziele des internationalen Freihandels gelangen zu können, so lehnen sie doch den vorgeschlagenen Tarif ab. Sie begründen es ebenfalls mit dem Mißtrauen, das sie gegenüber seiner Handhabung hegen, und glauben nicht an den ernstlichen Willen der Zollparteien, im Verhandlungswege mit den Zollsätzen heruntergehen zu wollen[90]). Ihr

---

[87]) Erklärung d. Reg.-Part. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4267).

[88]) Erklärung der Reg.-Part.: „Sie (die Reg.-Part.) sind der Meinung, daß die vollkommene Durchberatung des Zolltarifs nicht möglich war . . . Sie betrachten daher den Tarif als ein Provisorium, das innerhalb einer Frist von längstens zwei Jahren durch einen endgültigen Tarif ersetzt werden muß." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4267).

Vgl. auch: Reichskanzler Luther (III. Wpr. Bd. 387 S. 4255).

[89]) Hörnle KP.: „Mit Hilfe der Zollmauer soll eine Preisdiktatur aufgerichtet werden . . . Prohibitivzölle nach außen, Monopolgewinne nach innen, das ist der eigentliche Zweck der Zollvorlage." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4273).

[90]) Frhr. v. Richthofen DD.: „Sie (die Zollparteien) gestatten, daß ich bezüglich der zukünftigen Handelsverträge nach allen Erfahrungen, die wir erlebt haben, ein sehr geringes Vertrauen entgegenbringe." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 387 S. 4327).

Vgl. auch: Wissel SP. (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2578).

Mißtrauen ist nach ihrer Ansicht besonders durch das Hereinbringen von Mindestzöllen auf Agrarprodukte gerechtfertigt, aus deren Vorhandensein klar und deutlich die schutzzöllnerische Tendenz der beabsichtigten Handelspolitik hervorgehe. Auch den übrigen Erhöhungen fehle der Charakter der Verhandlungszölle. Wenn man die dem Interesse irgendeines Produzenten tatsächlich oder auch nur mutmaßlich entsprechenden sehr hohen Zollsätze vorschlage mit der Begründung, man brauche sie als Kompensationsobjekt für die Handelsvertragsverhandlungen, so eröffne das dem Protektionismus jede Möglichkeit. Tatsächlich habe sich das bereits dahin ausgewirkt, daß Deutschland bei den bisherigen Verhandlungen gerade wegen seiner zu hohen Zollsätzen nicht genügende Zugeständnisse von der Gegenseite erlangt habe. Ein Zollabbau der Verhandlungszölle sei dringend notwendig, wie auch die Weltwirtschaftskonferenz, die doch hauptsächlich von protektionistischen Staaten beschickt gewesen wäre, zu der Einsicht gekommen sei, daß die gegenwärtig angewandten protektionistischen Methoden sich überlebt hätten, und eine entsprechende Niederlegung der Schranken notwendig sei. Der deutsche Tarif aber bringt nach ihrer Meinung nicht das geringste Verständnis für solche Ideen auf, sondern bewirkt im Gegenteil eine weitere Stärkung des Protektionismus in der ganzen Welt, da diese bei dem vorgeschlagenen Tarif nicht an den wirklichen Willen Deutschlands glaube, seinerseits für den internationalen Freihandel zu wirken.

Die Demokratische Partei wünscht im besonderen eine Prüfung der Frage, ob der autonome Tarif überhaupt noch zu verwenden ist. Nach ihrer Meinung empfiehlt es sich, den Übergang zum System des Doppeltarifs zu vollziehen. Sie befürchtet, daß den Interessenverbänden die autonomen Sätze zum großen Teil als Vertragssätze garantiert worden seien. Beim Bestehen von Minimalsätzen könne wenigstens erkannt werden, wie weit die Absichten auf Zollherabsetzungen in Wirklichkeit bestehen. Wenn das auch keineswegs dem Ideal des Freihandels entspräche, so sei wenigstens ein Programm vorhanden, nach dem die betreffenden Industrien sich einzustellen hätten. Auf der so gewonnenen Grundlage könne man weiter arbeiten[91]). — Die sozialdemokratische Einstellung ist anders; sie lehnt den Doppeltarif ab, da er Mindestzölle enthält, die in jedem Falle nichts anderes bedeuteten als echte Schutzzölle[92]).

Wenn die Zollgegner auch Zölle als Verhandlungszölle billigen, so ist es selbstverständlich, daß sie die Mindestzölle, wie sie für bestimmte Agrarprodukte gefordert werden, ablehnen. Nach ihrer Meinung bedeuten sie stets echte Schutzzölle, vermittels derer man nie zu freihändlerischen Ergebnissen kommen könne. Dagegen glauben sie wohl, daß die von ihnen angeregten Bereit-

[91]) Mayer DD.: „Wir sehen . . . uns veranlaßt, . . . die Frage zur Erwägung zu stellen, ob nicht . . . zu dem System der Maximal- und Minimalzölle übergegangen werden müßte, und halten . . . es schon jetzt für notwendig, daß die Regierung uns wissen läßt, inwieweit sie die Zölle als Minimum betrachtet." (Dt. RT. III. Wpr. Bd. 386 S. 2613).

[92]) Bericht des handelspolitischen Ausschusses über den Entwurf eines Gesetzes über Zolländerungen. (Dt. RT. III. Wpr. Drucks. Nr. 1336 S. 12).

schaftszölle sich auch für Handelsvertragsverhandlungen eignen, denn sie müßten den Gegner eher zur Nachgiebigkeit bewegen als Schutzzölle, die stets den Außenhandelsverkehr hemmten. Die übrigen Parteien bezweifeln den Wert der Bereitschaftszölle für Verhandlungzwecke, da der Vertragsgegner wegen der Unsicherheit ihrer Wirkungen nicht zu Konzessionen veranlaßt würde.

Der Wert von Verhandlungszöllen als Mittel, das durch gegenseitige Zugeständnisse den Gegner bei Handelsvertragsverhandlungen zur Herabsetzung seiner eigenen Zölle zwingen soll, wird also prinzipiell von allen Parteien anerkannt. Die Spannungen bestehen jedoch unverändert fort in der Auffassung über ihre Handhabung, sodaß es nicht möglich war, zu einem Kompromiß zu gelangen.

Literatur-Angaben

Aereboe, Fr.: Agrarpolitik. Berlin 1928.
Derselbe: Zur Frage der Agrarzölle. Berlin 1925.
Albrecht, Gerh.: Zur Krisis der Landwirtschaft. Jena 1924.
Arndt, Paul: Der Schutz der nationalen Arbeit. Jena 1925.
Bäumer, Gertrud: Die Hausfrau und die Zölle. Berlin 1925.
Beckmann, Fr.: Agrarkrisis und Agrarzölle. Berlin 1925.
Derselbe: Die weltwirtschaftlichen Beziehungen der deutschen Landwirtschaft und ihre wirtschaftliche Bedeutung. Bonn 1925.
Benckiser, N.: Das Problem der staatlichen Organisation der Weltwirtschaft. Karlsruhe 1927.
Bickel, W.: Die ökonomische Begründung der Freihandelspolitik. Zürich 1926.
Brentano, Lujo: Die deutschen Getreidezölle. Eine Denkschrift. Stuttgart 1925, III. Aufl.
Derselbe: Handelspolitik und Londoner Abkommen. Frankfurt/Main 1925.
Derselbe: Agrarpolitik. Berlin-Stuttgart 1925.
Classen, W.: Die Bedeutung der Agrarproduktion für die deutsche Volkswirtschaft nach dem Kriege. Berlin 1925.
Dietzel, I.: Die Bedeutung des „Nationalen Systems" für die Vergangenheit und Gegenwart. Jena 1925.
Eckert, Ch.: Die Umgestaltung der deutschen Handelspolitik. Halberstadt 1924.
Ehrhardt, Fr.: Arbeiterschaft und Zollpolitik. Berlin 1925.
Erde, H.: Die kapitalistischen Räuber und die Zollvorlage. Berlin 1926.
Ernst, O.: Zölle und Teuerung. Berlin 1925.
Esslen, I.: Die Valutazölle der Gegenwart. Jena 1922.
Eulenburg, Fr.: Probleme der deutschen Handelspolitik. Jena 1925.
Derselbe: Wirtschaftliche Solidarität der Völker. Berlin 1922.
Feder, G.: Das Programm der national-sozialistischen deutschen Arbeiterpartei und seine weltanschaulichen Grundgedanken. München 1928.
Fischer, H.: Europäische Wirtschaftsfreiheit und Solidarität. Den Haag 1928.
Frick, W.: Die Nationalsozialisten im Reichstag 1924/28. München 1928.
Fränckel, K. I.: Die deutschen Arbeiter und die Handelspolitik. Diss. Frankfurt 1926.
Gerber, U.: Der Kampf gegen die Getreidezölle. Berlin 1924.
Gothein, G.: Brauchen wir Getreidezölle? Berlin 1925.
Goerke, E.: Niedergang und Neubau der deutschen Volkswirtschaft. Berlin 1922.
Harms, B.: Gegenwartsaufgaben der deutschen Handelspolitik. Jena 1925.
Derselbe: Die Zukunft der deutschen Handelspolitik im Rahmen des Neuaufbaues der deutschen Volkswirtschaft und ihrer weltwirtschaftlichen Beziehungen. Bd. I. Jena 1925.
Kaufhold: Deutschnationale Volkspartei und Landwirtschaft im Reichstag und preußischen Landtag. Von 1925 bis 1927. Berlin 1927.
Derselbe: Wir und die Landwirtschaft. Berlin 1927.
Kayserlingk, Graf v.: Landwirtschaft und Handelspolitik. Berlin 1925.
Keiser: Weltwirtschaft und deutsche Agrarpolitik. Stettin 1925.
Klönne, M.: Industrie und Landwirtschaft. Berlin 1927.
Koellenreuter, O.: Die politischen Parteien im modernen Staate. Breslau 1926.
Koß, A. v.: Die Parteien und ihr Programm im Lichte der Wirklichkeit. Berlin 1920.
Lambach, B.: Durch Sozialpolitik zur Nahrungsfreiheit. Berlin 1927.
Lejeune-Jung: Staat, Gesellschaft, Wirtschaft. Berlin 1927.

Derselbe: Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaft und Sozialpolitik. Berlin 1927.
Lange, K.: Die Passivität der deutschen Handelsbilanz. Berlin 1925.
Lenz, A.: Der Wirtschaftskampf der Völker und seine internationale Regelung. Stuttgart 1920.
Lotz, W.: Die Ideen der deutschen Handelspolitik von 1861—1891. München 1892.
Mackenroth, G.: Ein Beitrag zum Problem des Protektionismus. (Eine theoretische Untersuchung über die Wirkung von Zöllen auf Preise, Sozialprodukt und Volkseinkommen). Diss. Halle-W. 1926.
Marchionini, K.: Die Arbeiter und die Schutzzölle. Stuttgart 1925.
Marshall, A.: Die zollpolitische Regelung des auswärtigen Handels. Jena 1925.
Mayer, G.: Die Freihandelslehre in Deutschand. — Ein Beitrag zur Gesellschaftslehre des wirtschaftlichen Liberalismus. Jena 1927.
Most, O.: Deutscher Liberalismus. Berlin 1925.
Nickel, K. W.: Ausfuhrvermehrung? Exportindustriestaat oder Industrieagrarstaat? Die praktisch-theoretischen Grundlagen der deutschen Ausfuhrpolitik. Cöthen 1926.
Posse: Die Grundlagen der künftigen deutschen Handelspolitik (Veröffentlichungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Heft 23). Berlin 1924.
Reichert, I. W.: Die deutschnationale Handelspolitik. Berlin 1926.
Derselbe: Die Lebensbedingungen der deutschen Eisenindustrie. Berlin 1927.
Reif, H.: Mittelstandspolitik. Berlin 1928.
Derselbe: Handelsvertragspolitik. Berlin 1928.
Remmele, H.: Die Steuerlawine. Berlin 1925.
Richthofen-(Boguslawitz), Frhr. v.: Zur Zollfrage. Schweidnitz 1924.
Ritter, Kurt: Agrarpolitische Aufsätze und Vorträge. Berlin 1925.
Roeder, A.: Der Weg des Zentrums. Berlin 1927.
Röpke, W.: Die internationale Handelspolitik nach dem Kriege. Jena 1923.
Rosenberg: Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik. München 1925.
Rüstow, A.: Schutzzoll oder Freihandel / Das Für und Wider der Schutzzollpolitik. Frankfurt 1925.
Saternus, A.: Zölle und Produktivkraft. Jena 1924.
Sering, M.: Die internationale Agrarkrisis. Berlin 1925.
Derselbe: Die Krisis der Weltwirtschaft und auswärtige Handelspolitik. Jena 1923.
Siegert, R., u. Bertsch: Handels- und zollpolitische Fragen der Gegenwart. Beiträge zur internationalen Wirtschaftskonferenz. Berlin 1927.
Skalweit, A.: Agrarpolitik. Berlin-Leipzig 1924.
Solmssen, G.: Wie schaffen wir dem deutschen Volke Arbeit und Brot? Berlin 1926.
Spieckernagel, W.: Der deutsche Liberalismus in Vergangenheit und Gegenwart. Berlin 1926.
Sulzbach, W.: Die Grundlagen der politischen Parteibildung. Tübingen 1921.
Susat, W.: Über die Beziehungen zwischen Außenhandel und Volkswohlstand. Jena 1927.
Schiele, M.: Die Landwirtschaft an der Jahreswende. Berlin 1927.
Derselbe: Mehr deutsche Arbeit, mehr deutsches Brot. Berlin 1927.
Derselbe: Die deutsche Wirtschaft und der Osten. Berlin 1927.
Schiele, G. W.: Devisenverschleuderung. Naumburg/Saale 1927.
Derselbe: Rede zur Zollvorlage. Naumburg/Saale 1927.
Derselbe: Industriearbeiter und Agrarprogramm. Naumburg/Saale 1927.
Derselbe: Unsere zukünftige deutsche Handelspolitik. Naumburg/Saale 1924.
Derselbe: Wann und wie endet die große Wirtschaftskrise, Naumburg/Saale 1926.
Schlange-Schöningen: Rationalwirtschaft und Nationalwirtschaft. Berlin 1927.
Schmidt, A.: Das neue Deutschland in der Weltpolitik und Weltwirtschaft. Berlin 1925.
Schneider, R.: Transfer und Handelspolitik. Leipzig 1925.
Schreiber, G.: Grundfragen der Zentrumspolitik. Berlin 1924.
Derselbe: Politisches Jahrbuch, Jhrg. 1925—27. München-Gladbach 1925—27.
Schulz, R.: Die Gestaltung des Außenhandels in Schuldnerstaaten. Karlsruhe 1926.

Wernicke, J.: Das System der nationalen Schutzpolitik nach außen. Jena 1896.
Westarp, Graf v.: Bauernnot — Volksnot. Berlin 1927.
Woytinski, W.: Die vereinigten Staaten von Europa. Berlin 1926.
Zander, E.: Deutscher Untergang oder Aufbau auf dem Boden. Berlin-Leipzig 1923.

„Neue Grundlagen der deutschen Handelspolitik."
Wissenschaftliche Gutachten herausgegeben von Fr. Eulenburg (Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 171/72). München 1925.
„Das Werden in der Weltwirtschaft."
Herausgegeben von der Industrie- und Handelskammer. Berlin 1926.
„Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik."
Veröffentlichungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Berlin 1925.
„Wirtschaftspolitische Gegenwartsforderungen."
Verhandlungen des Hansabundes. 1925/26. Berlin 1926.
„Der Schutz der landwirtschaftlichen Erzeugung als Vorbedingung des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft."
Denkschrift zur 55. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates. Berlin 1925.
„Denkschrift des Reichslandbundes über die wirtschaftspolitischen Forderungen der Landwirtschaft." Berlin 1925.
„Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik."
Herausgegeben von den freien Gewerkschaften. Berlin 1926.
„Deutschnationale Volkspartei und Landwirtschaft."
Deutschnationale Rüstzeuge. Heft Nr. 9.
„Die Deutschnationalen und das Dawesgutachten."
Deutschnationale Rüstzeuge. Heft Nr. 11.
„Der nationale Liberalismus und die Bauern."
Flugschrift der Deutschen Volkspartei Nr. 69.
„Gegenwartsforderungen der Deutschen Volkspartei zur wirtschaftlichen Notlage."
Flugschrift der nationalen Volkspartei Nr. 66.
„Deutsche Wirtschaftspolitik."
Flugschrift der Deutschen Volkspartei Nr. 67.
„Zwei Jahre Deutsche Wirtschaftspolitik."
Flugschrift der Deutschen Volkspartei Nr. 73.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags II. und III. Wahlperiode 1924 ff. Berlin 1924 ff.
Drucksachen des Deutschen Reichstages II. und III. Wahlperiode 1924 ff.
Verhandlungsberichte der Parteitage der einzelnen Parteien.
Programme der einzelnen Parteien.
Verhandlungsberichte des Deutschen Landwirtschaftsrates 1924/27. Berlin 1924/27.
Verhandlungsberichte des deutschen Industrie- und Handelstages 1924/27. Berlin 1924/27.
Verhandlungsberichte des Vereins für Sozialpolitik über die Tagung in Stuttgart 1924. München 1925.

Lebenslauf

Am 31. August 1901 bin ich, Gerhard Holland, evangelischer Konfession, als Sohn des 1909 verstorbenen Pfarrers Heinrich Holland zu Berlin geboren. Ich besuchte das Viktoria-Gymnasium zu Potsdam und bestand im Januar 1919 an dieser Anstalt die Notreifeprüfung, um darauf ins Heer einzutreten. Nach meiner Entlassung studierte ich im WS. 1919 und ZwS. 1920 in Berlin Theologie und setzte von SS. 20 und WS. 21/22 in Marburg meine Studien fort. SS. 22 und WS. 22/23 studierte ich wieder in Berlin, gab dann mein Studium auf und trat bei einer Berliner Großbank ein. Durch meine kaufmännische Tätigkeit angeregt, begann ich im WS. 24/25 das Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Berliner Universität, an der ich bis zum SS. 26 immatrikuliert war. Nach dem Besuch der Universität zu Münster i. W. im WS. 26/27 bestand ich hier im Juli 1927 die Diplomprüfung für Volkswirte.

Verlagsdruckerei Hans Plasnick, Großenhain i. Sa.